

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Halbjährlich 3,50 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 26. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgezeigte Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 30 Pfg. Kleine Anzeigen, das festgedruckte Wort 30 Pfg. (zählige 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Einzelzeile und Schließstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Anzeigen sind bis 7 Uhr abends gedruckt.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Banditismus und Anarchismus.

(Von unserem Spezialberichterstatler.)

Brüssel, im April.

I.

Eine neue Expropriationsepoche.

Die wilde Jagd der Sensationen hat die Taten der Automobilbanditen in Frankreich, die ein paar Wochen lang das Publikum in Aufregung hielten, in der bürgerlichen Presse wenigstens vorläufig in den Hintergrund gedrängt. Man erfährt nur einiges über den Gang der Untersuchung, die sich anscheinend etwas mühselig vorwärts schleppt, und bloß die ganz ordinären, prostituierten Zeitungsorgane der internationalen Sozialreaktion beharren dabei, das Banditentum schamlos verlogen in eine Beziehung mit der organisierten Arbeiterkassette und ihrer revolutionären Gedankenwelt zu bringen.

In Wahrheit haben die neuesten Raub- und Mordtaten weder mit der sozialistischen Bewegung noch auch mit dem anarchistischen Utopismus etwas gemein, wenngleich sich ihre Urheber die Raivität und die dogmatische Staatsfeindschaft anarchistischer Konfessionisten sicher zunutze gemacht haben. Es ist offenbar, daß die Polizei jetzt die Stunde für den großen Fischzug gekommen hält und im sorgfältig ausgearbeiteten Netz alle möglichen Leute festhalten will, deren revolutionäre Propaganda ihr mißfällt und die sich durch eine kindlich-gläubige Anhängerschaft kompromittiert haben. Zweifellos wird die Polizei, schon um ihre eigene Leistung in höherem Glanz erscheinen zu lassen, bestrebt sein, einen möglichst großen Kreis von Mitschuldigen zu finden und als eine weitverbreitete Verschwörung erscheinen zu lassen, was nur die Unternehmung einiger Desperados war, die allerdings die Vorteile, die ihnen das anarchistische Milieu für Flucht und Verbrechen bietet, infolge ihres Durcheinanders durch die revolutionäre Bewegung wahrzunehmen wissen.

Denn wohl ist das eine nicht zu leugnen: Die Automobilverbrechen haben in einer noch gar nicht weit zurückliegenden Vergangenheit in Nachbarschaft zu revolutionären Kreisen gelebt und hierbei die Schlagworte eines einfältigen, mit aufgeklauten Wendungen Ricchs, Stirners u. a. ausgestatteten „individualistischen Anarchismus“ angenommen, die ihnen schon damals als jämmerliche Apologie der Lumperei dienten, aber der Ignoranz der Polizei und der Stupidität des bürgerlichen Reportertums noch heute als „Philosophie“ imponieren.

Die Polizei und das Reportertum zu belehren, kann nicht unsere Absicht sein. Dieses wird immer Verbrecher möglichst „interessant“ zu machen bestrebt sein, jene hat alles Interesse daran, daß der wahre Charakter eines Kreises nicht offenbar werde, worin das organisierte Spießtum bei weitem forumpierender wirkt, als irgendwelche „Philosophie“. Aber vielleicht können etliche brave Leute aus der sich nun wiederholenden Erfahrung, daß jede unter revolutionärer Flagge unternommene Expropriationskampagne, wenn sie stets schon in ihrem Ursprung verdächtig ist, schließlich in einen gemeinen Banditismus mündet, die Lehre ziehen, daß es durchaus nicht eine revolutionäre Pflicht ist, im Kampf zwischen Polizei und Banditen, der oft genug ein Kampf zwischen früheren Mitarbeitern ist, den flüchtigen Banditen für schutzwürdig zu halten. Wichtiger jedoch ist es, zu zeigen, daß im jetzt gegebenen Fall eine Verbrecherorganisation just auf einen von der französischen und der internationalen Polizei beobachteten und bearbeiteten Boden erwachsen ist und daß ihre Anfänge direkt ins Milieu des vom Lockspiegelum durchsetzten russischen Terrorismus, und zwar in die Lockspiegelzentrale Brüssel zurückführen.

Am zweiten Jahrsinst des zwanzigsten Jahrhunderts zeigt sich in Belgien ein Wiedererwachen der anarchistischen Bewegung, mit einem eigentümlichen Hervortreten ihrer terroristischen Richtung. Es ist die Zeit, wo nach der Niederwerfung der russischen Revolution Massen von Emigranten in diesem Land zusammenströmen, wo die Gastlichkeit für politische Flüchtlinge Tradition ist. Schon 15 Jahre zuvor hat die russische Geheimpolizei durch den berühmten Propagateur Jagolkowski, alias „Baron von Ungern-Sternberg“, unter den belgischen Anarchisten die „Propaganda der Tat“ betreiben und Dynamitattentate organisieren lassen, um die öffentliche Meinung gegen das Asylrecht aufzuregen. Jagolkowski, der mit Hilfe der russischen Regierung fliehen konnte, hat im „General Harting“ alias Benjamin Landesen, seinen würdigen Nachfolger gefunden. Und die Ereignisse wiederholen sich mit einem merkwürdigen Parallelismus, wenngleich mit originellen Nuancen.

Es fällt uns natürlich nicht ein, die anarchistische Agitation jener Zeit etwa mit der russischen Lockspiegelerei zu identifizieren. Es gab da viel harmloses Diskutieren, eine wenig seriöse agrarische Kolonie in Stokel bei Brüssel, die sich mehr zu einem Kaffeefränkchen entwickelte und bald verschwand, und natürlich viel Polizeischikanen. Von diesen hatte eigentümlicherweise eine Gruppe „individua-

listischer Anarchisten“, die bald in heftigen Zwist mit den zahlreichen kommunistischen Anarchisten geriet, am wenigsten zu leiden. Diese Gruppe hatte ein Organ, „Le Revolte“, das sich durch eine blutrünstige Sprache hervor- tat und z. B. den Banditismus, wie er sich in der Affäre von Soundstich kundgegeben hatte, glorifizierte, ohne daß die Polizei daran gedacht hätte, den ihr wohlbekannten Urheber dieser Artikel zu Leibe zu gehen, während sie gegen- über kommunistischen Anarchisten viel schneidiger verfuhr und besonders mit Ausweisungsverfügungen gegen Ausländer roch bei der Hand war. Der „Revolte“, der wenigstens zum Teil und eine Zeitlang durch persönliche Opfer über Wasser gehalten wurde, verschwand schließlich. Leser hatte er keine gefunden, auch unter den Leuten nicht, denen man ihn gratis in die Hand drückte. Aber er hatte jedenfalls die um seine Redaktion gruppierten Personen der Polizei in Evidenz gebracht und Spigelumtriebe erleichtert. So daß, wenn innerhalb dieses Kreises irgendwelche „Unternehmungen“ ausgeführt wurden, es der Polizei nicht schwer werden konnte, den persönlichen Zusammenhängen nachzuspüren — selbst in dem Fall, daß sie nicht über die Dienste von „Anzeigern“ verfügte.

Im Kreis der Brüsseler „Revolte“ finden wir eine Anzahl von Leuten, die sich später um die als Spigelherd be- rühmte Pariser „Anarchie“ gesammelt haben und die — wir haben hier nicht zu erörtern, mit welchem Maß von Schuld — in die Banditenaffäre verwickelt sind. Einige von ihnen haben sich in Brüssel eines guten Rufes erfreut. Callemine, der vielgenannte „Raymond la Science“, galt als ein auf sein eifrig erlesenes Wissen eitler Rindskopf. In wesentlich anderem Licht stellt sich, namentlich was die letzten Monate seines Brüsseler Wirkens betrifft, die Persön- lichkeit des anfangs April verhafteten Carouy dar, mit dem wir uns noch zu beschäftigen haben werden. Hier sei nur bemerkt, daß Carouy von der bürgerlichen Presse ein viel zu großer Anteil am „Revolte“ zugeschrieben worden ist. Er hat wohl bei der technischen Herstellung Hand angelegt, obte aber bei der Redaktionsarbeit ersichtlich in Frage zu kommen. In Diskussionen tat er sich durch einen renommierten Synismus hervor, der dem bald gegen ihn rege gewordenen Verdacht Nahrung gab. Die fähigsten Köpfe — wenn man so sagen darf — am Revolte waren ein unter dem Pseudonym „Kion“ schreibender Franzose, der mit den Pariser Affären in keine Verbindung gebracht worden ist — als einen „Dilettanten“ bezeichnet ihn jemand, der ihn gut zu kennen glaubt — und ein junger Belgier russischen Ursprungs, Ribalschisch, dessen Redaktionspseudonym „Kell“ längst gelüftet ist. Er ist einer von den ersten, die im Zusammenhang mit dem Ueberfall auf den Bankdiener in der Rue Ordener in Haft genommen wurden. Der phantastisch veranlagte, seit seiner Kindheit nie moralisch für voll ge- nommene junge Mensch, in dessen Erziehung infolge droiver Verhältnisse die nötige energische Leitung gefehlt hat, ist in der Öffentlichkeit besonders in einem Diskutierklub in St. Gilles durch gehässige Polemiken gegen Brüsseler Sozialisten hervorgetreten. Ribalschisch stellt das Bindeglied zwischen der Gruppe des „Revolte“ und dem russischen Terroristenkreise in Brüssel dar, aus dessen Mitte im Anfang des Jahres 1912 eine Reihe von „Expro- priationen“ mit Anwendung von Bomben teils geplant, teils ausgeführt wurden.

Schluß der Heeresdebatten.

Aus dem Reichstage, 25. April. Neben minder wert- vollen und belanglosen Reden brachte der heutige Tag eine in großen Zügen angelegte Rede des Genossen Sturm über die Deckungsfrage, die tiefgründige Sachkenntnis mit lebendigster Anschaulichkeit zu paaren wußte. Er hob scharf den Gegensatz zweier Weltanschauungen hervor, der Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien trennt, und ging dann, anknüpfend an jene berühmte, Arbeiterprogramm genannte Rede Lassalles, ausführlich auf Wesen und Wirkung der indirekten Steuern ein, behandelte dann technische Einzelheiten der Brantweinbesteuerung — alles das in fesselnder Weise — und meldete zum Schluß die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie an.

Dieser klaren und entschiedenen Rede hatte der Fortschrittler D a u h m a n n eine höchst unklare und unentschiedene vorausgeschickt, von der man sagen kann, was er selbst über die internationale Situation ausführte: Nicht schwarz noch weiß, sondern die beiden Farben flossen zusammen in das Grau. Bald kam die demokratische, bald die imperialistische Seele des schwäbi- schen Fortschrittmannes zu Wort und wenn er den Kriegsheeren scharf in die Parade fuhr, so rasselte er auf der anderen Seite selbst mit dem Säbel. Die von ihm herangezogene Verabschiedung des Generalarztes à la suite, des berühmten Professors Czerny, gab dem Kriegsminister v. Hee- ringen Gelegenheit, mit einigen in der Form verbindlichen, in der Sache unverbindlichen Worten dem Ereignis den Stachel zu nehmen — wie er wenigstens glauben mochte. Der Chef des Reichs- verbandes, Herr v. Liebert, brachte das Kunststück fertig, die Ver- williger der Heeresvorlagen Pazifisten, die Verweigerer als Kriegs- säturer hinzustellen — wer also Pulverfaß auf Pulverfaß türmt, vermindert die Explosionsgefahr, wer das Gegenteil tut, der ver- mehrt die Gefahr nach Liebertscher Logik. Der Welfe Colldorn trat, mit gleichfalls merkwürdiger Logik, für die Heeres- und gegen die Flottenvermehrung ein, was nachher dem National-

liberalen Götting Gelegenheit gab, eine schmetternde Blech- trompete für das patriotische und nationale Herz der Hannoveraner zu blasen.

Daß für die gestrige plumpe Erklärung zur Duellfrage dem Kriegsminister vom Zentrum nicht so schnell Absolution erteilt wurde, war nach dem gestrigen Entrüstungsturm vorauszu sehen. In der Tat stieg heute Herr Spahn auf die Tribüne und ließ eine kurze und scharfe Erklärung los, die nach Krieg schmeckte, und Herr v. Heeringen machte einen Augenblick ein Gesicht wie der Vater, der es auf des Daches steilem First donnern hört.

Zum Schluß kamen zwei Reden von erschreckender Bedeutungs- losigkeit. Die eine hielt der Graf v. Posadowski, der es un- nachahmlich versteht, kupferne Hellen mit solcher Grandezza hinzu- legen, als handle es sich um güldene Dufaten, und die plattesten Gemeinplätze mit dem Purpur königlicher Würde umkleidet. Unter dem lebhaften Geplauder des ganzen Hauses, das zur Ab- stimmung schon versammelt war, ging die zweite dieser Reden gänzlich unter und man sah nur einen älteren Herrn, anzuschauen wie ein Sonnenreiter aus Scheffels „Eckehard“, mit den Armen in der Luft herumrudern. Sicherem Vernehmen nach war es einer der beiden antisemitischen Werner.

Dann kam es zur Abstimmung über die Frage, ob das Brantweinsteuergesetz in der Budgetkommission mit den anderen Gesetzen zusammen mit Hurra, hurra hopp hopp hopp durch- gegeben werden oder ob es in einer besonderen Kommission sorgfältig duraberedet werden soll. Da das Ab- stimmungsergebnis zweifelhaft blieb, wurde der Sammelsturm vorgenommen und linker Hand, rechter Hand war alles vertauscht, denn die „stets verneinende“ Sozialdemokratie trat durch die rechte Ja-Für, mit samt Fortschrittler und Rationalisten, in den Saal, der schwarzblaue Bloß mit seinen Anhängern ergoß sich durch die Linke, die Nein-Für. Mit 160 gegen 158 Stimmen ergab sich eine Mehrheit von 2 Stimmen für die besondere Brantweinsteuer- kommission, was im Interesse der Sache zu begrüßen, aber nicht etwa zugunsten einer „Mehrheit der Linken“ auszulegen ist.

Morgen 1 Uhr: Jesuitengesetzinterpellationen und Reichstags- sachen.

Der Kriegsminister ein — Anarchist!

Das Zentrum ist plötzlich energisch geworden. Jahrelang hat es sich als zuverlässigsten Regierungslafaien bewährt, hat die reaktionäre Politik des Herrn v. Bethmann aufs un- bedingteste gestützt, alle seine ehemaligen demokratischen oder sozialpolitischen Regungen schmählich preisgegeben, und sich zu einer Schutztruppe des Militarismus, des sozialpolitischen Stillstandes, des organisierten Streikbruchs, der Entrechtungs- politik gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschafts- bewegung gewandelt. Und nun soll plötzlich alles anders werden. Herr Erzberger hat vorgestern im Reichstag die kaiserliche Kabinettsorder über die Ablehnung des Duells als eine Schmach bezeichnet und Herr Spahn hat gestern in feierlicher Parteierklärung vom Kriegsminister, der diese Kabinettsorder und damit den ungeseglichen Duellzwang ver- teidigte, gefagt, der Minister habe sich damit selbst außer- halb des Gesetzes gestellt.

Und noch scharfer schreibt die „Germania“. Sie knüpft an das Wort des Herrn v. Heeringen an: „Ein solcher Mann (der den Duellzwang ablehnt) gehört nicht in die Gesellschafts- kreise des Offizierkorps“ und bemerkt dazu:

„Dieses Wort, das der preukische Kriegsminister v. Hee- ringen den Offizieren und Reserveoffizieren ins Antlitz schleuderte, die religiös empfinden und daher den von den Gesetzen der Reli- gion, der Sitte und des Rechtes gleichmäßig beurteilten Duell- mord nicht begehen wollen, muß man nach seiner Neuerung auf diesen Herrn selbst anwenden. Ein Mann, der ein derartiges Prinzip im deutschen Reichstag aufstellen kann, hat an der Spitze unserer Heeresverwaltung nichts mehr zu suchen. Eine öffentliche Verhöhnung der Strafgesetze, die als Grundlage des Rechtszustandes unseres Staates gelten, eine be- wußte Mißachtung der religiösen, wie allgemein sittlichen Pflichten jedes Menschen schließen eine Propagierung des Unfuges in sich, wie sie schlimmer kein Anarchist betreiben kann. Ist man aber gegen den Umsturz von unten, so muß man es mit der gleichen Berechtigung auch gegen den Um- sturz von oben sein: er ist zum mindesten ebenso gefährlich wie der andere. Und die Zentrumspartei würde all ihre religiösen Prinzipien verleugnen, ihre rechtlichen Empfinden gänzlich beiseite schieben, wenn sie mit einem Minister sich ferner ein- lassen wollte, der derartige Tendenzen vertritt!“

Unser Heer ist kein Prätorianerheer von bezahlten Söldlingen, es ist die Blüte unseres Volkes, die Jugendkraft der Nation, aus denen es gefügt ist. Alle die jungen Männer, die unter der Fahne dienen, sind deutsche Staatsbürger, und die Gesetze des Reiches gelten für sie genau so, wie für jeden anderen. Wir wollen aber nicht, daß unsere braven Soldaten Erzieher haben, deren Korpsgeist und „Ehrgefühl“ es nicht verträgt, religiös, sittlich und rechtlich zu denken und zu handeln. Unsere Offiziere sind keine privilegierte Kaste, die das Sittengesetz und das Recht mit Füßen treten darf, und wenn solche Ideen der Herr Kriegsminister ihnen einflößen will, dann mag er dieses Amt in irgend einem Barbarenstaat verwalten — in Deutschland nicht: hier sollen Recht und Gesetz gelten! Und der Grundsatz muß auch in der Armee befolgt werden: Rei publicae salus, suprema lex! Die Wohlfahrt des Staates wird aber ganz gewiß nicht gewahrt, wenn man den privilegierten Duell- mord als Sittengesetz verkündet. Wegen eines derartigen Vergehens

higung des Rechts, gegen eine derartige Klassenjustiz legen alle gesteuerten Deutschen die schärfste Verwahrung ein.

Nach den Neuerungen des Herrn v. Heeringen ist es überflüssig, auch nur mit einem Wort in eine Diskussion über die religiösen Pflichten sich mit ihm einzulassen. Für unsere christlichen Offiziere gilt aber nach wie vor der Befehl des Herrn: Du sollst Gott mehr gehorchen, als den Menschen. Dabei es gänzlich gleichgültig ist, ob diese Menschen Kriegsminister oder noch etwas Höheres sind; sie gelten für nichts neben Gottes Willen — neben Gottes Willen, den das Gesetz des Staates außerdem feierlich sanktioniert hat! Bleibt der Herr Kriegsminister und bleiben seine Anschauungen maßgebend für unser Heer, so können wir allen Offizieren, denen Religion und Gesetz nicht leere Moral sind, nur den Rat geben, desto fester auf dem Standpunkt zu verharren, den sie aus gewissenhafter Pflicht einnehmen. Will dann die Heeresverwaltung gegen alle diese tapferen und wirklich eheliebenden Männer einschreiten: nun gut, sie mag es probieren; sie dürfte aber bald merken, daß die Vertreter des Volkes im Reichstag nicht mit sich spielen lassen und, wie den Willen, so auch die Macht haben, ihre Ansicht in der Frage zur zwingenden Geltung zu bringen!

Das sind sehr entschiedene Worte. Werden aber auch die entsprechenden Taten folgen? Der ungesetzliche, niederträchtige Duellzwang ist ja nichts Neues und was Herr v. Heeringen plump, aber deutlich gesagt, danach haben alle früheren Kriegsminister, hat die Offizierliste stets gehandelt, und das Zentrum war ja Regierungspartei, hätte ja schon längst gegen diesen außerordentlichen Zustand auftreten können. Und an Gelegenheit hat es ihm nie gefehlt. Hat doch die Sozialdemokratie immer wieder auf das Unerträgliche dieser Zustände hingewiesen, hat sie ja immer wieder verlangt, daß die politischen und religiösen Anschauungen aller Angehörigen der Armee respektiert werden. Leider haben unsere Bestrebungen nie die Unterstützung des Zentrums erhalten. Soll es jetzt anders werden, wird das Zentrum in der Kommission wirklich ernst damit machen, daß unsere Brüder im Waffendienst ebenso wie die katholischen Offiziere in ihren Ueberzeugungen nicht verfolgt werden? An uns soll es ja nicht fehlen, und wenn das Zentrum auf seiner durchaus berechtigten Forderung der Entlassung des Kriegsministers besteht, wird es dafür die Unterstützung der überwiegenden Majorität des deutschen Volkes haben.

Aber wir werden die Taten des Zentrums erst sehen müssen, um daran zu glauben. Denn vorläufig läßt die plötzlich hervorgerufene Energie eben doch den Verdacht nicht ganz abweisen, daß das Zentrum durch den so demonstrativ begonnenen Kampf die Aufmerksamkeit seiner Wähler davon ablenken will, daß es in seiner ganzen Politik die stärkste Stütze jenes volksfeindlichen Systems ist, von dem der Fall Sambeth schließlich nur einen und nicht den wichtigsten Auswuchs darstellt.

Keine Reform des preußischen Wahlrechts!

Als eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart hat die Thronrede vom Jahre 1908 die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts bezeichnet. Noch nicht vier Jahre sind seitdem ins Land gegangen, und das preußische Staatsministerium, die Regierung des Königs, ist sich schlüssig geworden, auf absehbare Zeit dem Landtage eine Wahlrechtsvorlage nicht zu unterbreiten. Deutlich hat das Volk bei den Reichstagswahlen sein Verdammungsurteil auch über die Wahlrechtsfrage des größten Bundesstaates gefällt, und eine Regierung, die auch nur etwas Verständnis für die Forderung des Tages hat, würde sich beeilen, dem erbärmlichen Dreiklassenwahlrecht den Todesstoß zu versetzen. Die preußische Regierung aber sagt: Nun gerade nicht! Nicht einmal das direkte und geheime Wahlrecht soll eingeführt werden, obwohl hierfür sogar im Junkerparlament eine Mehrheit vorhanden ist. Nein, in all seiner Schönheit, nicht entstellt durch irgendein Pflasterchen, soll das volksentrechtende Dreiklassenwahlrecht erhalten bleiben, gleichsam als ein Wahrzeichen dafür, daß die Entwicklung von sechs Jahrzehnten spurlos an Preußen vorübergegangen ist.

Ueber diese Absicht der Regierung das Volk nicht im unklaren lassen zu haben, ist das Verdienst, freilich das einzige Verdienst, des Polizeiministers v. Dallwitz, dessen Etat am Donnerstag im Abgeordnetenhaus beraten wurde. Daß der Ministerpräsident sich selbst an diesem Tage nicht im Hause bilden ließ, nehmen wir ihm nicht übel, seine „untergeordnete“ Stelle ist vollwertiger Ersatz für ihn. Dallwitz ist des Bethmann und Bethmann ist des Dallwitz würdig. Eine homogene Regierung, homogen in der Unterdrückung und Entrechtung des Volkes!

In der Form wäre die Rede Bethmanns, wenn er sich über die Wahlrechtsvorlage geäußert hätte, vielleicht anders ausgefallen. Möglich auch, daß er der Logik nicht so Gewalt angetan hätte wie Herr v. Dallwitz, aber in bezug auf die Ablehnung jedes Entgegenkommens herrscht zwischen ihnen volle Uebereinstimmung. In ihrer gottgewollten Abhängigkeit vom preußischen Junkertum, das in dem Dreiklassenwahlrecht seine festeste Stütze erblickt, mag die Regierung nicht, an den Wurzeln des Dreiklassenwahlrechts zu rütteln. Diese ihre Abhängigkeit verbirgt sie hinter „Gründen“, deren Fadenziehigkeit auf der Hand liegt, die aber gerade deshalb von diesem Parlament als durchschlagend angesehen werden. Die immer wiederkehrende Einbringung des fortschrittlichen Wahlrechtsantrages ist nach Herrn v. Dallwitz nur geeignet, der Wiedereinbringung der Wahlrechtsvorlage Hindernisse in den Weg zu legen. Wird im Parlament eine Änderung des Wahlrechts gefordert, so widersteht sich die Regierung der Erfüllung dieser Forderung. Ist aber alles hübsch ruhig, dann gibt es erst recht keine Änderung des Wahlrechts. Die Befürworter der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen können es machen, wie sie wollen, der Regierung werden sie es niemals recht machen. Das wird erst dann anders werden, wenn der Entrüstungsturm des Volkes diese wahrheitsfeindliche Regierung hinweggefegt hat und Männer an ihre Stelle getreten sind, die des modernen Geistes reinen Sauch verspüren. Aber mag auch Herr v. Dallwitz und die ihm gleichgesinnten Polizeiseelen in ihrer Beschränktheit und Ueberhebung glauben, daß sie sich über den Willen des Volkes hinwegsetzen können, das Volk wird sich eine solche Rücksicht, ein so frivoles Spiel mit seinen höchsten Rechten nicht gefallen lassen und mit größerer Schärfe als bisher den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht aufnehmen.

Keuherlich verlief die Sitzung ziemlich ruhig. Die Rechte und das Zentrum hatten sich dahin verständigt, entgegen

Allen bisherigen Gepflogenheiten, zunächst zwei Redner der Oppositionsparteien hintereinander reden zu lassen. Der Zweck des Manövers ist durchsichtig; der Reihe nach werden dann später die konservativ-kerikalen Blockbrüder über die Opposition herfallen, und wenn diese erwidern will, wird ihr das Wort abgeschnitten werden. Als erster sprach Abg. Sachnick (Sp.), der in den Vordergrund seiner Ausführungen die Wahlrechtsfrage stellte und energischer als wir es sonst von ihm gewohnt sind, die Notwendigkeit der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen betonte, um sodann die Handhabung des Vereinsgesetzes und die bekannten Jagomirer Erlasse zu kritisieren und landrätliche Uebergriffe zur Sprache zu bringen.

Nach einer Erwidrerung des Ministers v. Dallwitz, die, abgesehen von der Ablehnung jeder Wahlreform, auf eine Verherrlichung der Polizei und der Landräte hinauslief und nicht nur wegen der Art des Vortrages, sondern auch deshalb komisch wirkte, weil der Minister gegen eine vorjährige Reichstagsrede des Abg. Korfanty polemisierte, bestieg Genosse Liebknecht die Tribüne. Die Herren von der Rechten werden sicherlich wieder eine große Geschrei anstimmen über den Mißbrauch der Redefreiheit, weil Liebknecht etwa zwei Stunden gesprochen hat. Und doch muß man erkennen, daß unser Redner sich ein großes Maß von Beschränkung auferlegte. Aber bei den zahllosen Mißständen in der inneren Verwaltung, bei den fortgesetzten Uebergriffen aller Stellen, vom Minister herab bis zum Gendarmen, und vor allem bei der Art, wie gerade Herr v. Dallwitz den Kampf zu führen pflegt, ist es schlechterdings unmöglich, so kurz zu reden, wie man es gern möchte. Liebknecht unterzog sich seiner Aufgabe mit großem Geschick, eine Fülle von Material zur Beurteilung der Parteiregierung und der Verwaltungswillkür bot er in prägnanter Form dar, und mit Nachdruck trat er für die Rechte des Volkes, vor allem für ein freies Wahlrecht ein. Rücksichtslos enthüllte er die Pläne der Scharfmacher, die den Tag des blutigen Zusammenstoßes zwischen Volk und Junkertum kaum erwarten können, aber gleichzeitig gab er aufs deutlichste zu verstehen, daß die Sozialdemokratie den Scharfmachern den Gefallen nicht tun, sondern ihre noblen Pläne zunichtemachen wird.

Die in allen Punkten zutreffende Kritik unseres Redners verlor an Bedeutung weder durch die fortgesetzten Ordnungsrufe, die auf ihn herniederfielen, noch durch das Zutreten der Mehrheitsparteien.

Am Schluß der Sitzung gab es für das Tribünenpublikum wieder einmal eine Sensation. Der Präsident Frhr. v. Criffa rief nachträglich den Genossen Liebknecht wegen Beleidigung Preußens und den Genossen Ströbel wegen Verleumdung Preußens, die durch einen Zwischenruf erfolgt sein soll, zur Ordnung, wobei es ihm aber selbst passierte, daß er sich gegen Ströbel eines Ausdrucks bediente, den er, wenn Redner aus dem Hause ihn brauchen, zu rügen pflegt. Natürlich ließen unsere Genossen sich das nicht gefallen, sie gaben ihren Unwillen durch Zwischenrufe zu verstehen. Rechte und Zentrum ergingen sich gleichfalls in Zwischenrufen, kurz und gut, es herrschte einige Minuten ein reines Chaos. Schuld daran ist die Sozialdemokratie nicht.

Am Freitag wird die Debatte fortgesetzt. Als erster Redner kommt der Obermarschall Frhr. v. Jeditz an die Reihe.

Der Krieg.

Noch keine Aufhebung der Dardanellenperre.

Konstantinopel, 24. April. Der Ministerrat, der heute über die Wiedereröffnung der Dardanellen beriet, dauerte bis 8 Uhr abends. Die Minister haben der Presse keine Nachricht zugehen lassen. Gerüchteleise verlautet, daß die Konferenz keinen Entschluß gefaßt habe, da die Minister noch nicht einig waren. „Terdjiman-i-Hakikat“, das Organ des Komitees für Einheit und Fortschritt, schreibt in einem langen Artikel: Wer kann versichern, daß die Italiener nicht beabsichtigen, ihre Handelsdampfer unter fremder Flagge die Dardanellen passieren zu lassen, um dort ein anderes Unternehmen zu versuchen. Solange darüber nicht ausreichende Sicherheiten gegeben sind, können wir nicht daran denken, die Dardanellen zu öffnen. — Man behauptet, daß die englische Botschaft bei der Pforte wegen der Wiedereröffnung der Dardanellen vorstellig gemorden ist.

Einem Gerücht zufolge schickt Rußland neue Truppen von Kasan nach dem Kaukasus.

Konstantinopel, 25. April. Amtlich werden alle Meldungen über den Zeitpunkt der Befestigung der Minenperre in den Dardanellen als verfrüht bezeichnet. Ein diesbezüglicher Beschluß sei noch nicht gefaßt. Gleichzeitig wird verlautet, daß die Furcht vor einer Losreißung der Minen unbegründet sei. Die bisher ausgelegten Minen seien solche neuesten Systems. Alle Minen würden nur im äußersten Notfall verwendet werden. Uebereinstimmende amtliche Meldungen befähigen, daß die italienische Flotte in die italienischen Gewässer zurückgekehrt ist.

Ein Bombardement im Roten Meer.

Konstantinopel, 25. April. Nach Berichten des Kriegsministers haben die Italiener drei Tage lang Aszufuda im Roten Meer bombardiert, ohne größeren Schaden anzurichten.

Ferner macht der Kriegsminister bekannt, daß die Italiener in dem letzten Kampfe bei Derna 150 Tote und Verwundete verloren und die Verschanzungen aufgegeben hätten.

Ein italienisches Dementi.

Rom, 25. April. Amtlich wird folgende Note veröffentlicht: Viele Zeitungen verbreiten fortgesetzt Nachrichten über eine Befreiung von Inseln im Ägäischen Meere, insbesondere von Lemnos, Tenedos und anderen Inseln nördlich von Ostropolia. Die Nachrichten, die fast sämtlich aus Konstantinopel kommen, sind vollkommen unrichtig.

Ein neuer albanischer Aufstand in Sicht?

Nestis, 25. April. Im Vilajet Kossowo machen sich die Zeichen eines neuen albanischen Aufstandes bemerkbar. Die unmittelbare Ursache bildet die Wahlstation des jungtürkischen Komitees, gegen die die Albanesen in zahlreichen Versammlungen heftige Angriffe erhoben. In die betreffenden Gegenden wurde Militär geschickt. Eine Schaar gut bewaffneter Albanesen ist in das Gebirge geflüchtet und hat dort eine Bande organisiert. Zwischen der Bande des Bandenführers Ismael Bajlow und einer Gendarmerieabteilung kam es zu einem heftigen Kampfe, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist. Eine zweite Bande setzt die Bevölkerung des Bezirkes Ohilane in Schrecken. Zahlreiche Bewohner flüchten über die Grenze.

Die Revolution in China.

Eine Sonderanleihe.

Shanghai, 25. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Republikaner von Shanghai haben für die Bezahlung der Truppen eine besondere Anleihe von 2 Millionen Taels abgeschlossen. Eine deutsche Firma soll die Anleihe übernommen haben. Die Republikaner versuchen ferner, eine Anleihe von 10 Millionen Taels zu erhalten. Diese Anleiheunterhandlungen stehen in keiner Verbindung mit den Unterhandlungen über die Anleihe der Sechsmächte-Bankgruppe.

Die Truppen von Kanling werden unruhig, da sie keine Bezahlung erhalten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. April 1912.

Ein vernünftiger Beschluß der Steuerkommission.

Infolge der neueren Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts ist es den Jeniten mit höherem Einkommen nicht allzu schwer gemacht, einer richtigen Steuereinschätzung aus dem Wege zu gehen. Früher war es Grundfaß, daß es Sache des Steuerpflichtigen ist, die zur Begründung seines Rechtsmittels dienlichen Tatsachen und Beweismittel selbst zu beschaffen, widerigenfalls er sich die Zurückweisung seines Rechtsmittels zuschreiben habe. Auch das jetzt geltende Einkommensteuergesetz hält, wie aus der Ausführungsanweisung und aus der Begründung hervorgeht, an diesem Grundfaß fest, und ebenso hat sich das Oberverwaltungsgericht in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes auf diesen Standpunkt gestellt. Später hat es seine Rechtsprechung revidiert und die Beweislast für das Rechtsmittelverfahren direkt umgekehrt, nämlich dem Steuerpflichtigen abgenommen und der Steuerbehörde auferlegt. Das Oberverwaltungsgericht sagt, auch wenn der Steuerpflichtige es unterlassen hat, für seinen Rechtsmittelantrag irgendwelche tatsächlichen Anführungen oder Beweise beizubringen, soll die zur Entscheidung des Rechtsmittels berufene Kommission nicht befugt sei, ihn als beweisfällig abzuweisen und es damit bei der Veranlagung bewenden zu lassen. Vielmehr soll sie auch in diesem Falle die Aufgabe haben, die Veranlagung in selbständiger Beurteilung nachzuprüfen, die bei der Veranlagung zugrunde gelegten Tatsachen, die vom Steuerpflichtigen gar nicht bestritten sind, zu untersuchen und für die bei der Veranlagung vorgenommenen Schätzungen beweiskräftige Unterlagen zu beschaffen. Die Folge davon ist, daß trotz aller Bemühungen und Verhandlungen mit dem Jeniten in zahlreichen Fällen die Richtigkeit der Veranlagung in jedem einzelnen Punkte nicht bewiesen werden kann und daß die den Verhältnissen des Steuerpflichtigen nach Ansicht der Vereinskommision- oder Veranlagungskommission wie auch der zur Entscheidung des Rechtsmittels berufenen Kommission durchaus entsprechende Veranlagung, gegen deren Richtigkeit der Jenit selbst nicht das geringste vorgebracht hat, seinem Antrage gemäß herabgesetzt werden muß. Natürlich handelt es sich hierbei nicht um Arbeiter und sonstige Angestellte, deren Einkommen ja auf Grund des § 23 bis zum letzten Pfennig erfasst wird, sondern um Drückberger aus den wohlhabenden Klassen. Ein Kaufmann oder Landwirt z. B. kann, wenn er keine ordnungsmäßigen Bücher führt, mit Leichtigkeit der richtigen Steuereinschätzung entgehen, denn die Behörde kann ihm ja nichts nachweisen. Tatsächlich werden auf diese Weise große Summen dem Staate und den Gemeinden entzogen, und die Defraudanten laden sich ins Häuschen.

Durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz soll nun dem Jeniten die Pflicht auferlegt werden, seine gesamten Einkünfte und die gesetzlich zulässigen Abzüge anzugeben und nötigenfalls auf Erfordern nachzuweisen, wenn infolge eines von ihm eingelegten Rechtsmittels von den Behörden eine vollständige Erörterung seiner Vermögens- und Einkommensverhältnisse für erforderlich erachtet wird. Damit soll namentlich dem vorgebeugt werden, daß Steuerpflichtige, welche ohne Abgabe einer Steuererklärung oder unter Abweichung von den Angaben ihrer Erklärung veranlagt worden sind, die ihnen vorteilhaften Unterschätzungen der Veranlagungskommission stillschweigend hinnehmen, dagegen durch erfolgreiche Anfechtung der ihnen nachteiligen Annahmen eine noch ihren Gesamtverhältnissen nicht gerechtfertigte Ermäßigung des veranlagten Steuerjahres erreichen.

Dieser von der Regierung beantragten Änderung des § 45 des Einkommensteuergesetzes ist nun die Kommission in ihrer letzten Sitzung beigetreten. Dabei ergab sich die interessante Konstellation, daß mit der Regierung und der Rechten besonders die Sozialdemokratie für die Vorlage eintrat. Während sich Polen, Fortschrittler und ein Teil des Zentrums dagegen wandten, bezeugte der Vertreter der Sozialdemokratie es als eine Ehrenpflicht, nachdem der § 23 heilheilig sei, alles zu versuchen, um auch die Konservativen zu erfassen. In gleichem Sinne äußerten sich die Konservativen, von denen ein Redner unter anderem erklärte, wenn die neue Bestimmung nicht Gesetz werde, könnte man den § 23 mit gutem Gewissen überhaupt nicht aufrecht erhalten. Der Finanzminister vollends bezeugte die neue Bestimmung als eine der allerwichtigsten und fügte hinzu, daß die Regierung darauf das größte Gewicht lege.

Die neue Bestimmung wird zweifellos Gesetz werden. Ob sie auf dem Papier stehen bleiben oder ob in der Praxis davon Gebrauch gemacht werden wird, das hängt allerdings im wesentlichen von der Zusammensetzung der Veranlagungskommissionen ab, die vor allem nach der Richtung reformiert werden müssen, daß nicht mehr Landräte an ihrer Spitze stehen.

Ein deutscher Arbeitervertreter als Gast der gesetzgebenden Versammlung Nordamerikas.

Die „New Yorker Volkszeitung“ berichtet aus Washington: „Sprecher (Präsident) Clark und Vertreter Wilson aus Pennsylvania (Dem.) trafen Arrangements für eine am 20. April im Hause abzuhaltende „Labor Lecture“ (Vortrag über Arbeiterfragen). Als Redner für diesen Vortrag ist Genosse Karl Legien, Mitglied des Deutschen Reichstages und Sekretär des deutschen wie auch des internationalen Gewerkschaftsverbandes, auserselben. Um dem Genossen Legien zu einer Ansprache Gelegenheit zu geben, wird dem Hause eine Pause in den Verhandlungen einverleitet lassen und zu dem Vortrage den Senat wie auch prominente Bundesbeamte einladen.“

Eine preussische Gefängnisverwaltung im Dienste der Unternehmer.

Bei der Aktiengesellschaft für Fabrication von Eisenbahnmateriale zu Orlitz stehen schon seit längerer Zeit sämtliche Arbeiter im Streik. Die Firma sucht nun überall Arbeitswillige zu bekommen und hat sich ansehnend zu diesem Zwecke an die Gefängnisverwaltung in Senftenberg gewandt, ihr entlassene Strafgefangene zuzuführen. Diefem Ersuchen ist auch stattgegeben worden, wie nachstehender Entlassungschein beweist:

Entlassungsschein.

Der Stellmacher (folgt Name) hat die wegen Diebstahls bezw. schweren Diebstahls gegen ihn erkannten vier bezw. sechsmonatlichen Gefängnisstrafen abgehört, und ist heute nach Görtzig (Kreis Görtzig) entlassen worden, worüber ihm diese Bescheinigung erteilt wird. Führung während der Strafzeit: gut. Dieser Schein gilt als Legitimation gegenüber der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale zu Görtzig und der Polizeiverwaltung Görtzig. (Stempel.)

Senftenberg (Lausitz), den 24. April 1912.

Richter, Gefängnisinspektor.

Damit der Entlassene aber auch sicher nach Görtzig geht und in der bestreikten Firma Arbeit nimmt, hat die Gefängnisverwaltung den ersparten Arbeitsverdienst zum größten Teil an die Polizeiverwaltung in Görtzig gesandt, wo ihn der Entlassene abheben kann. Diese Maßnahme entbehrt übrigens jeder gesetzlichen Begründung. Die Gefängnisverwaltung führt aber auch noch an, daß der Entlassungsschein als Legitimation gegenüber der Aktiengesellschaft gilt. Ein sicherer Beweis dafür, daß ein Abkommen zwischen der Verwaltung des Werkes und der Gefängnisverwaltung getroffen ist.

Die Schonung des Geldsacks patriotische Pflicht.

Mit einer Unverschämtheit, die selbst junkerliche Brutalität in den Schatten stellt, wirft sich das Zentrum als Schützer des Geldsacks auf. Diese „Volkspartei“ segelt nun mit geschwollenen Segeln in das Meer des wildesten Nützlichkeits eifers hinein — aber es gebietet, den Geldsack für die Kosten nicht in Anspruch zu nehmen. Zwar, des Vaterlandes Wohl gebiete die Zustimmung zu den neuen Wehrvorlagen, aber der Preis einer Erbschaftsteuer dafür sei denn doch zu hoch. Die „Köln. Volksztg.“ — Nr. 352 — bemerkt zur Forderung der Wiedereinbringung der Erbschaftsteuer-vorlage:

„Etwas anderes aber ist es, ob sie — die Liberalen — nicht durch die Verquickung der Erbschaftsteuer mit den Wehrvorlagen diese letztere ernstlich gefährden. Die Regierung selbst hat auf die Wiedereinbringung der Erbschaftsteuer verzichtet. Wie es der Liberalismus mit seinen Pflichten gegen das Vaterland vereinbaren will, sich zum Totengräber der auch von ihm als notwendig erkannten Wehrvorlagen zu machen, mag er mit sich selber abmachen.“

Also wenn die Erbschaftsteuer wieder auf Tapet kommt, dann läßt das Zentrum die Wehrvorlagen begraben! Jetzt bezweifle noch jemand den lautereren Patriotismus der — Zentrumsjesuiten.

Staatgefährliche Waschfrauen.

Am 7. Januar 1912 tagte während des Wahlkampfes eine Versammlung in Reudorf bei Graudenz in der Wohnung des Genossen Czoffel und im Hause des Genossen Müller. Redner war der sozialdemokratische Reichstagskandidat Blomowski. An der Versammlung beteiligte sich auch die Frau des Genossen Hinz. Die Ehefrauen der Genossen Czoffel, Müller und Hinz wurden seit länger als sieben, elf und drei Jahren Militärschwestern bei den Infanterieregimentern 129 und 176 in Graudenz gegen einen monatlichen Verdienst von je 95 M. Nach den Stichwahlen wurden die drei Frauen ohne Angabe von Gründen plötzlich entlassen.

Die von den Gemahlinnen vorgenommenen Nachforschungen ergaben, daß die Frauen aus Mitleid gemorfen waren, weil sie an einer sozialdemokratischen Versammlung teilgenommen oder ihre Räume dazu hergegeben hätten. Daß eine Frau abends noch ein Loch auf die Sozialdemokratie ausbrachte, wurde ihr als besonders schweres Vergehen angekreidet.

Die brotlos gemachten Mütter wandten sich schriftlich an die Kommandantur und ersuchten um offizielle Untersuchung der Entlassungsgründe und um Aufhebung der Maßregelung. Von der Kommandantur kam folgender höflicher und vielgelobter Bescheid:

„An Frau Alwine Müller, Reudorf.“

Auf Ihren Antrag vom 20. Februar d. J. teilt Ihnen die Kommandantur mit, daß nach den eingeholten Ermittlungen kein Grund vorliegt, das erlassene Verbot aufzuheben.

(Namen?) Generalleutnant und Kommandant.“

Wir haben demnach die Tatsache hier zu verzeichnen, daß die Militärbehörde drei Frauen auf die Straße wirft, weil sie sich erlaubten, in ihrer freien Zeit ihre politischen Rechte auszuüben. In der Handlungsweise der Behörde liegen Eingriffe in die privaten persönlichen Angelegenheiten der Frauen, die mit der Wäscherei für das Militär gar nichts zu tun haben. Wo sind die rechtlichen Unterlagen zu finden, die gestatten konnten, den Waschfrauen irgend eine strafbare hurratriotische Betätigung bei Strafe des Hungers vorzuschreiben?

Genosse Czoffel und seine Ehefrau bemühten sich mit Erfolg um Arbeit bei der Wasserbauverwaltung. Doch schon nach kurzer Zeit, am 13. März 1912, sollten sie die Hungerpeitsche wieder zu kosten bekommen. Sie erhielten folgenden Brief (in getreuer Wiedergabe):

Herrn Czoffel

Teile Ihnen mit das Ich Ihnen nicht zu Arbeit nehmen kann und Ihre Frau auch nicht. Den bei mir ist was neues eingegangen. Wohlgedessen kann Ich sie ein vier alle mal nicht nehmen, müssen sich schon Andre Arbeit suchen.

Der Subnenmeister.“

Gründe? Ein Korr fragt! Die wegen ihrer Ueberzeugung verfolgten Frauen Czoffel und Müller sind die Haupternährer ihrer sechs und neun Köpfe zählenden Familien. Die beiden Männer können als Invaliden wenig verdienen. Die dritte Leidensgefährtin, Frau Hinz, hat eine sechsköpfige Familie und der Mann sucht seit einem halben Jahre vergeblich Arbeit.

Ist das nicht ein prächtiger Staat, wo schon der Besuch oder die Fuldung einer sozialdemokratischen Versammlung Verbrechen genug sind, ganze Familien mit völlig unschuldigen Kindern dem Hunger auszuliefern!

Die sächsische Regierung weicht aus.

Die aufsehenerregende Nichtbestätigung des zum Oberbürgermeisters von Zittau erwählten fortschrittlichen Bürgermeisters Dr. Roth aus Burgstädt hat die Veranlassung zu einer Interpellation der fortschrittlichen Fraktion der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtages gegeben, deren Mitglied Dr. Rath ist. Durch diese Interpellation wird die Regierung um Auskunft darüber ersucht, was sie gegen die Maßregelung Dr. Roths durch die Reichshauptmannschaft zu tun gedenke. Der Regierung scheint diese Anfrage die sicher zu einer sehr lebhaften Debatte im Landtage geführt hätte, sehr un bequem zu sein, denn sie hat am Dienstag in der Zweiten Kammer eine Erklärung abgegeben, wonach sie die Interpellation zurzeit nicht beantworten kann; erst dann wird sie zu einer Beantwortung bereit sein, wenn die Beschwerde der sächsischen Körperschaft in Zittau über diesen aufsehenerregenden Fall von den maßgebenden Instanzen erledigt sein werde. Bis zu dieser Zeit wird aber der Landtag nicht mehr beisammen sein. Auf diese Weise glaubt die Regierung wohl um eine Erörterung über die ihr un bequeme Sache herumzulommen.

Wermuth als Bürgermeister von Frankfurt a. M.

Wie die „Frankfurter Nachrichten“ melden, sucht der Vorschlagsausschuß des Frankfurter Magistrats den früheren Reichshauptsekretär Wermuth als Oberbürgermeister an Stelle des von seinem Amt zurücktretenden Dr. Adickes zu gewinnen. Bereits haben im Kreise der Mitglieder des Magistratsausschusses zur Wahl des neuen Oberbürgermeisters Vorbesprechungen stattgefunden. Es ist auch schon Fühlung mit Wermuth genommen worden, und auch auf dieser Seite ist der Plan nicht von der Hand gewiesen worden. Von Wermuths Seite sind bereits Informationen über die Frankfurter Verhältnisse eingezogen worden, so daß mit einer Besetzung des Frankfurter Oberbürgermeisterpostens durch ihn gerechnet werden kann. Als aussichtsreicher Kandidat neben Wermuth soll der Oberbürgermeister von Königsberg, Körte, in Betracht kommen. Hierzu ist zu bemerken, daß Körte noch kürzlich den ihm angetragenen Posten des Oberbürgermeisters von Breslau an Stelle von Bender abgelehnt und erklärt hat, in Königsberg bleiben zu wollen.

Bürgerliche „Jugendbildung“ mit dem Schießisen.

Die gewaltige Stimmzunahme, die unsere Partei bei den letzten Wahlen im Kreise Hanau-Gelnhausen erzielte, hat unsere Gegner veranlaßt, sich mit Hochdruck auf die Jugendberziehung zu werfen. Mit „sanftem Druck“ werden, besonders im Gebiet des oft genannten Fürsten v. Wächtersbach alle abhängigen Elemente veranlaßt, ihre Kinder den staatsstreuen Jugendvereinen zuzuführen. Welche „Bildung“ den Kindern da geboten wird, kann man jetzt Sonntag für Sonntag sehen. Mit allerlei „Gewehr und Gewaffen“ ausgerüstet, ziehen die „Pfadfinder“, Turner und Jugendwehr hinaus, um große Kriegsspiele zu veranstalten; einer der hoffnungsvollen Jünglinge brachte bei der letzten „Übung“ am Aufenauer Berg sogar ein geladenes Lejshing mit und schöß bei dem „Kriegsspiel“ einer Zuschauerin, einer jung verheirateten Frau Maria Deubert, ein Projektil in den Unterleib; die Frau wurde nach dem Hanauer Landkrankenhaus gebracht, wo sie unter gräßlichen Schmerzen verstarb. Die Sozialdemokraten aber — wollen die Jugend verrotzen!

Die Wirren in Marokko.

Die Anführer des Aufsturs in Fes.

Paris, 25. April. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Fes meldet vom 20. April, die Niederwerfung des Aufstandes sei der Energie des Generals Brulard zu danken, der trotz des Widerstands des noch immer allzu optimistischen Generalen Regnault diejenigen Stadtviertel bombardieren ließ, in die sich die Reuterer geflüchtet hatten. Sofort nach dem Bombardement seien zahlreiche hervorragende Marokkaner in das Haus des Generalen Regnault sowie auf das Konsulat und in das Hauptquartier des Generals Brulard gekommen, um ihre frangosenfreundliche Gesinnung zu beteuern und Pardon zu erbitten. Man habe ihnen erklärt, daß die Häuser bombardiert würden, falls sie nicht unverzüglich französische Fahnen aufstaketen. Als bald seien auch die meisten Häuser mit Tricoloren besetzt gewesen.

Der Korrespondent berichtet weiter, es sei festgestellt, daß hervorragende Beamte des Nachens, darunter der Stellvertreter und der Sekretär des Kriegsministers, zu den Anführern des Aufstandes gehörten. Auch der Sohn des Großwesirs El Mokri, der Pascha des Stadtviertels Fes El Bait, siehe im Verdacht, mit den Aufständern gemeinsame Sache gemacht zu haben, und sei deshalb abgefehrt worden.

Neue Unruhen in Kustif.

Paris, 25. April. Der Kriegsminister erhielt gestern eine Depesche von General Moirier aus Fes, welche besagt, daß der Tag am 23. ruhig verlaufen ist und die Unterwerfung der marokkanischen Truppen andauere. Die aufständischen Soldaten, die auf etwa 1000 geschätzt werden, sind aus Fes geflohen und haben sich ins Innere des Landes begeben, um die Stämme für einen Aufstand gegen die verhassten Franzosen zu begeistern. Es liegt also die Gefahr vor, daß man in vielleicht nicht allzu kurzer Zeit mit neuen größeren Unruhen zu rechnen haben wird.

Angriffe auf die Spanier.

Paris, 25. April. Aus Argila wird unter dem 24. April gemeldet, die Djebala haben die Spanier bei Sidicherif angegriffen; sie töleien einen und verwundeten zwei Mann.

Die Lage in Fes.

Fes, 25. April. Die französischen Truppen halten alle Tore besetzt. 80 scharifische Deserteure sind durch die Benimter angehalten worden, die hier von ihnen getötet haben. Die Entwaffnung der scharifischen Labor wird fortgesetzt. Ein französischer Transportzug ist bei Elhajeb angegriffen worden, wobei zwei Schützen getötet wurden.

Die Lage der Juden.

Fes, 25. April. Siebentausend Juden, die bei dem Blutbad in Mellah entkommen sind, haben halb nackt in den Gärten des Sultans Zuflucht gesucht, wo sie sich ohne Obdach befinden. Einige haben in den leeren Koffigen der Menagerie des Sultans Unterschlupf gefunden. Man ist jetzt damit beschäftigt, ihnen Zelte zu errichten. Während des Aufstandes sind 51 Juden getötet und 86 verwundet worden.

Oesterreich.

Die Wiener Gemeinderatswahlen.

Wien, 25. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Sozialdemokraten haben bei den Stichwahlen der allgemeinen Wählerklasse drei Wahlbezirke erobert: den zweiten, Leopoldstadt; den ersten, Simmering; und den fünfzehnten, Fünfhau. Einen Wahlkreis, Meidling, hat die Sozialdemokratie verloren. Die Liberalen haben einen Wahlkreis, die Innere Stadt, gewonnen. Alle übrigen Wahlkreise haben die Christlichsozialen behauptet, so daß die Christlichsozialen drei Wahlbezirke verloren, die Sozialdemokraten zwei und die Liberalen einen gewonnen. Das Gesamtergebnis der Wahl ist: Neun Sozialdemokraten, ein Liberaler, elf Christlichsoziale. Es ist ein bedeutsamer Erfolg der Sozialdemokratie, wenn auch seine Größe infolge des sabelhaften Wahlchwindels der Christlichsozialen hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Italien.

Der Zusammentritt des italienischen Parlaments.

Rom, 23. April. (Fig. Ver.) Ungegen dem Gerücht, das von einer neuen Vertagung der italienischen Kammer wisse wollte, ist diese vom 30. April einberufen worden. In erster Stelle werden mehrere Konsumtionsbudgets beraten werden, wobei sensationelle Enthüllungen in Aussicht gestellt werden, besonders solche über Wirtschaft in der Eisenbahnverwaltung. Der 6. Mai wird dann mit den Interpellationen ein Zurückkommen auf den Eisenstruststand bringen, und darauf beginnt dann die Diskussion über die Reform, die vermutlich drei Wochen dauern wird. Der offiziöse „Messaggero“ will wissen, daß im Herbst des kommenden Jahres die Parlamentswahlen mit erweitertem Wahlrecht stattfinden sollen.

England.

Liberaler Wandlungen.

London, 23. April. (Fig. Ver.) Südwales wurde bisher stets als die Hochburg des Liberalismus betrachtet. Kaum daß die Konservativen dort dann einen Kandidaten mit Ruhe und Not durchdrückten. An der Spitze des südwalisischen Liberalismus stehen die großen Unternehmer des Fürstentums. Vor allem ist es der Zehngewaltige D. A. Thomas, der in dem Bergarbeiterkreis eine so große Rolle spielte, der dort den Ton angibt. Ein Konfessionsmist wie die Mehrheit des walisischen Volkes, ist er der Hauptverfechter der Enstaatlischung der anglikanischen Kirche in Wales und hat diesem Zwecke schon viel Geld geopfert. Ueberhaupt hat er es verstanden, sich bei dem Kleinbürgertum und den liberalen Arbeitern durch große religiöse Spenden äußerst populär zu machen. Wenigstens bis zum Ausbruch des Streiks konnte man sagen, daß niemand mehr Anspruch auf den Titel König von Wales hatte als König Thomas. Aber die arbeiterfreundliche Haltung einiger liberaler Parlamentsmitglieder hat Herrn Thomas verschmupft. Er findet, daß der Liberalismus nicht mehr das ist, was er früher war. Das sind ja halbe Sozialisten, sagt Herr Thomas von diesen armen Schludern von Liberalen, die sich durch ihre arbeiterfreundliche Haltung nur die Stimmen der immer mehr dem Sozialismus zuneigenden Arbeiter sichern wollten. Auch mit der liberalen Regierung sieht Herr Thomas nicht auf gutem Fuße. Es wurmt ihn, daß sich die Regierung, die von den Stimmen der Arbeiter lebt, während des Streiks den gefährlichen Scharmacher drei Schritt vom Leibe hielt. Er wird auch nicht dergelassen haben, daß ihn Herr Asquith in einer der Sitzungen zwischen Bergarbeiter- und Arbeitgebervertretern zum Gaudium der Arbeiter schmählich blamierte. „Herr Thomas“, sagte der Premierminister, „Sie bestehen auf die Erfüllung des Vertrages vom Jahre 1910?“ — „Ja.“ — „Aber Sie haben doch erklärt, daß Sie bereit sind, über die abnormen Stellen, einen Punkt, der im Vertrag erwähnt wird, zu verhandeln?“ — „Lange Verlegenheitspause.“

„Die Heiligkeit des Vertrags kann daher nicht als Grund für Ihre Weigerung, den Minimallohn zu diskutieren, in Betracht kommen.“ Herr Thomas ist grimmig verstimmt und will es nun der Regierung fühlen lassen. Unter dem Vorwande, daß die liberale Parteioorganisation in Südwales und Konnonshire in Gefahr ist, von den Sozialisten erobert zu werden, hat er eine Bewegung inszeniert, die den Liberalismus von den „halben Sozialisten“ säubern soll. An Geld mangelt es der Bewegung natürlich nicht. Der Hauptzweck ist, den „halben Sozialisten“, die unter der liberalen Flagge segeln, bei allen Wahlen streng orthodoxe Liberale entgegenzustellen, ob nun diese Kandidaten von der liberalen Parteileitung genehmigt worden sind oder nicht. Der Kreuzzug soll auch auf andere Landesteile übertragen werden.

Man hat es hier also mit einem Versuch zu tun, eine großkapitalistische liberale Partei zu gründen. Vielleicht brauchte dieser der Verstimmung eines oder einiger Magnaten entsprungene Bewegung nicht allzu viel Bedeutung beigemessen werden, wenn sie ein vereinzelt Symptom wäre. Das ist sie aber nicht. Eine ähnliche Bewegung ist von dem Haupt der Baumwollindustrie, dem liberalen Herrn Marara ins Leben gerufen worden. Vor einigen Monaten gründete dieser, wie hier berichtet wurde, eine parlamentarische Liga zur Vertretung der Arbeitgeberinteressen. Vor kurzem veröffentlichte diese Vereinigung ein Rundschreiben, in dem von dem schnellen Fortschritt der Bewegung die Rede war und auf den Erfolg des Bundes der Industriellen in Deutschland hingewiesen wurde.

Aus Industrie und Handel.

Reutenkurse.

In einer großen Zahl von europäischen Staaten ist der Kurs der Staatsanleihen infolge dauernder Zunahme der Schulden erheblich gesunken. In Preußen beschäftigt sich der Landtag gerade jetzt mit einem Gesetzentwurf, durch den Sparmassen gezwungen werden sollen, einen Teil ihrer Einlagebestände in Staatspapieren anzulegen. Davon erwartet man, wenn auch vergeblich, eine Debung der Kurse der preussischen und der Reichsanleihen. Auch in Frankreich will man dem Sinken der Reutenkurse begegnen. Eine Senatskommission hat den Vorschlag gemacht, die französischen Staatsrenten von der Einkommensteuer zu befreien. Ob diese Maßnahme den beabsichtigten Erfolg haben wird, ist nicht so sicher als die Tatsache, daß sie eine Verachtlichung der Proletarier bedeutet. Denn nur Begüterte können natürlich als Rentner ihr Leben zubringen und dazu noch den Vorteil der Steuerfreiheit genießen. Sicher ist weiter, daß diese Maßregel, wenn sie aus einem Plan zur Wirklichkeit würde, für den französischen Staat einen großen Steueranfall nach sich ziehen würde. Der Ausfall müßte dann durch vermehrte Anleihen wieder gedeckt werden.

Ein rentabler Pflug.

Ein Motorpflug, der wenigstens schon jetzt für seinen Erfinder sich gut rentiert, wurde von einem Herrn v. Rechenburg konstruiert. Das Fabrikationsrecht für Deutschland und Norwegen verkaufte er an die Siemens-Gesellschaft und zwar zu dem neuen Preise von 130000 M. und dem Ansprüche auf 9 Proz. vom Verkaufspreis eines jeden Pfluges. Das ist für den Erfinder zweifellos ein feines Geschäft. Der Verlauf des Fabrikationsrechtes für die übrigen europäischen Staaten wird vielleicht noch mehr einbringen. Das hängt natürlich sehr davon ab, wie sich der Pflug in der Praxis bewährt. Dem Motorpflug des Herrn von Rechenburg wird als Ergebnis eingehender Untersuchungen nachgerühmt, daß er den Boden in einer vorzüglichen Weise 3 Dezimeter durch ein Kratzerfluten auflodere. Er wird von einem 18 PS. Benzinmotor, Automobil über das Feld getrieben. Da er wirklich ganz besondere Leistungen vereinigt, dafür spricht schon der von der Siemens-Gesellschaft gezahlte hohe Preis für das Fabrikationsrecht und die zugesandene hohe Lizenzabgabe. Mit seiner Leistungsfähigkeit und seinem relativ geringen Gewicht von nur 13 Zentnern soll der neue Motorpflug alle anderen vorhandenen Systeme weit in den Schatten stellen. Entspricht er den Erwartungen, dann steht auf den großen Gütern eine wesentliche Umwälzung in der bisherigen Betriebsweise bevor. Eine große Anzahl Arbeitskräfte wird der Motor ersetzen. Aber die Veränderung in der Betriebsweise bedingt auch eine höherstehende Arbeiterschaft. Der Siedezug der landwirtschaftlichen Maschinen läßt auch die Arbeiter mit ihren höheren geistigen und materiellen Ansprüchen in der Landwirtschaft vordringen. Jede Verbesserung in der landwirtschaftlichen Betriebstechnik mit der Verdrängung einer größeren Anzahl völlig ungelerner Arbeiter durch eine kleinere Anzahl vorgebildeter, ist ein Nagel am Sarge der Feudalherrschaft. Insofern können wir jede Revolutionierung der Betriebsweise auch als einen politischen und kulturellen Fortschritt begrüßen.

Reilmaschinen.

Mit der Konstruktion einer idealen funktionierenden Reilmaschine hat die Technik einen neuen Triumph erzielt. Eine maschinelle Reilmaschine für 180 Kühe ist seit einem halben Jahre auf dem Sophienhofe in Ostholstein in Betrieb. 16 Reilmaschinen werden von einem 8 PS Benzinmotor bedient. Die ganze Anlage erfordert nur noch 5 Leute zum Anlegen der Apparate und geringfügiges Nachstellen. Der Vorzug der maschinellen Reilmerei, bei der die Tiere durchaus ruhig sind, besteht in der Schnelligkeit, Sauberkeit und großen Ersparnis an physischer Arbeitskraft.

Reichstag.

46. Sitzung. Donnerstag, den 25. April 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, v. Seeringen, v. Tirpitz, Kühn.

Die erste Beratung der Wehr- und Deckungsvorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Haußmann (Sp.): Die politische Lage ist nicht rosig, aber auch nicht schwarz, sondern grau; ich weise auf Tripolis hin, auf die Revolution in China, deren Folgen wir noch nicht kennen. Das Sicherheitsgefühl in Europa ist erschüttert und das ist ein wichtiger Faktor. Auch der Redner der äußersten Linken erkannte an, daß das Sicherheitsgefühl nicht mehr vorhanden ist und daß die Völker bis an den Abgrund eines Krieges geführt werden. Dann aber müssen wir alles tun, um das Sicherheitsgefühl zu verstärken. Aus dieser Erwägung heraus müssen wir auch alles zur besseren Ausgestaltung der Wehrmacht tun. Bezüglich der Deckung ist zu erwägen, ob nicht auch angesichts der hohen Anforderungen in anderen Ressorts Ersparnisse gemacht werden können. Auf jeden Fall muß endlich ein Schluß gemacht werden mit weiteren Militärforderungen, dem Drängen nach erhöhter Vermehrung der Truppen treten wir mit aller Entschiedenheit entgegen. Das deutsche Volk will keinen Krieg, trotz aller Großsprecheren einzelner ist die große Mehrheit des deutschen Volkes von einem tiefen Friedensbedürfnis erfüllt. (Sehr richtig! links.) Das Schreiben der Chauvinisten bei uns ist geradezu gewissenlos. Herr v. Tirpitz hat nun gesagt, auf die Agitation des Flotten- und Wehrvereins habe er keinen Einfluß. Gewiß sind diese Vereine selbständig, aber sie entnehmen einen Teil ihrer Kraft dem Rückhalt, den sie bei dem Pressebureau des Reichsmarineamts durch Lieferung von Material finden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat früher Herrn v. Tirpitz selbst nachgerühmt, daß er eine großangelegte Aufklärungsarbeit mit Hilfe des Flottenvereins betrieben habe. (Hört! hört! links.) Wir erwarten eine Aufklärung der Regierung über die mit dem englischen Kriegsminister gepflogenen Verhandlungen und ihr Resultat. Ich komme zu dem Duell, das gestern der Kriegsminister mit dem Abg. Erzberger gehabt hat. Der Kriegsminister hat erlebt, daß die bürgerlichen Empfindungen nicht die Auffassung der Militärverwaltung sind. Der Abg. Paasche hätte allerdings eine lobende Aufgabe, wenn er als erster Vorsitzender des Wehrvereins dafür sorgen würde, daß der Wehrverein nicht nur in die Veredelung der Auffassung der Militärverwaltung, sondern auch in Militärkreise die Auffassung der bürgerlichen Kreise hineintragen würde. (Sehr richtig! links.) Der Kriegsminister hat den Erlaß, der in vorstehenden Worten abgefaßt war, mit verblüffender Deutlichkeit ausgelegt, und den Grundgedanken dahin ausgesprochen, ein Mann, der aus inneren Bedenken ein Duell ablehnt, ist nicht unwürdig, in dem Verband der Armee zu bleiben, aber er ist unmöglich in diesem Verband. Der Mann wird eingeladen, sich zu entfernen — mit freundlichen Worten — aber es wird daran festgehalten, daß er nicht dorthin gehört. Es ist der Grundgedanke des bürgerlichen Lebens, daß die Würdigkeit eines Menschen von seinen sittlichen Eigenschaften abhängt. (Lebhaftes Sehr richtig!) Seit 22 Jahren fordert das Parlament, daß die Duellverhältnisse geändert werden; seit 22 Jahren ist es nicht gelungen, dem Empfinden von neun Zehntel des Volkes Rechnung zu tragen. (Widerspruch rechts.) Das Parlament ist vom Kriegsminister, der hier mit solcher Deutlichkeit gesprochen hat, geradezu herausgefordert. (Sehr richtig! links.) Wir haben jetzt wieder von einem Duell gehört, an dem ein Herr v. Seeringen beteiligt war. Er mußte es annehmen unter einem moralischen Zwang. (Zuruf: Unmoralischer Zwang!) Die bürgerlichen Parteien sollten zu ihrem Schutze Maßnahmen treffen. Es ist unmöglich, daß in einem solchen Falle die Herren vom Ehrengericht ihren Kollegen zum Duell zwingen und dann womöglich dasselbe Gericht im Namen des Königs den Menschen verurteilt, der unter ihrem Verdikt an dem Duell teilgenommen hat. Das muß geändert werden. Ueberhaupt muß im Militärverband für die innere Ueberzeugung des Menschen Raum geschaffen werden. Lebhaftes Zustimmung links.) Wir müssen sie reklamieren. Auch gegen den Geheimrat Czerny ist eingeschritten worden. Ein Mann, der Generalat war, der im rüstigen Alter stand, der der Wissenschaft nicht zu beschreibende Dienste getan hat und ganze Generationen von Veragten erzogen hat, die mit Achtung und Verehrung zu ihm aufsehen. Er mußte aus dem Militärverbande austreten, weil er eine Ansicht über die letzten Reichstagswahlen geäußert hat, die der seiner liberalen Partei in Baden entsprachen hat. Das kann auf die Dauer nicht so weiter gehen, diesen Uebertreibungen muß das Volksbewußtsein entschieden entgegengetreten. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ueber das Nachrichtenbureau habe ich neulich schon das Erforderliche ausgesprochen. Ich muß auf das entscheidendste betonen, daß das Nachrichtenbureau sich irgend wie beteiligt habe an einer Hege gegen England. Daß ich keinen Einfluß auf den Flottenverein habe, haben die scharfen Angriffe bewiesen, die dieser Verein seinerzeit gegen mich gerichtet hat. Kriegsminister v. Seeringen: Nur zwei Worte gegenüber dem Abg. Haußmann. (Reiterseit links.) Professor Czerny hatte in dem erwähnten Artikel allerdings an einigen Stellen angegriffen. Es wurde ihm dies mitgeteilt und der Generalstab der Armee hat ihn um eine persönliche Unterredung. Professor Czerny ist auf diese Sache überhaupt nicht eingegangen. (Lebhaftes Sehr richtig! Sehr gut! links.) Ohne daß seitens der Militärbehörde überhaupt die Absicht vorlag, ihm seine Verabschiedung auch nur nahe zu legen, hat er sofort sein Abschiedsgesuch eingereicht. Ich nehme an, daß in der Kommission näher auf den Fall eingegangen werden wird, ebenso wie auf die Duellfragen und den Fall Sembath. (Lachen links.)

Abg. v. Liebert (Sp.): Die Militärvorlage wäre besser schon sieben Monate früher gekommen. Damals haben weite Kreise des deutschen Volkes erklärt: Wir wollen keinen Krieg wegen Marokko, aber wir wollen eine Verstärkung unserer Rüstung, damit wir schiingebietend im Rate der Völker dastehen. Leider bringt die Vorlage noch nicht die Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht. Diese hat neben anderen Vorzügen auch den, ein Erziehungsorgan gegen die Zerschlagung der Sozialdemokratie zu sein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner erörtert weiter Einzelheiten der Vorlage vom militär-technischen Standpunkte aus. Wer die Vorlage bewilligt, ist Pazifist. Die Verteilung der Kosten des Krieges. (Bravol rechts.)

Abg. Goldhorn (Welfe) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Freunde, die Verstärkung des Heeres zu prüfen, lehnt aber die Flottenvorlage ab. Die tief bedauerliche Erklärung des Kriegsministers über das Duell müsse in der Kommission gründlich erörtert werden. In Bezug auf die Deckung sei den Vorschlägen der Regierung zuzustimmen, von der Erbschaftsteuer dürfe keine Rede sein, sie sei eine ungleichmäßige und daher ganz ungerechte Vermögenssteuer. (Zustimmung rechts.)

Abg. Bunn (Soz.): Zwischen Ihnen und herrscht der Gegensatz verschiedener Weltanschauungen. Diejenigen, die die Interessen des Kapitalismus vertreten, brauchen den Militarismus, aber diejenigen, die die Interessen des Proletariats vertreten, verlangen den friedlichen Wettbewerb der Völker. Derselbe Gegensatz herrscht auch in unserer Finanzpolitik. Gerade vor einem halben Jahrhundert hat ein Mann hier in Berlin zuerst auf diesen Gegensatz zwischen Ihnen und uns hingewiesen, den man dafür auch wegen Verdrängung der Staatsrenten mit vier Monaten Gefängnis bestrafte. Ferdinand Lassalle war es, der darauf hinwies, daß von jeder der privilegierten Stände die Steuerlasten von sich abwälzen auf die Beherrschten Klassen. Dabei wurde nach demselben Rezept verfahren, das schon in der Mitte des 17. Jahrhunderts ein geistlicher Würdenträger dem Kardinal Richelieu gegenüber mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Die Ansehbarkeit der Kirche ist es, daß für die Bedürfnisse des Staates das Volk beisteuern sein Gut, der Adel sein Blut, die Geistlichkeit die Gebete.“ Daran hat sich nur geändert, daß vom Volke jetzt Gut und Blut genommen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der ganze Verlauf unserer Finanzpolitik beweist, wie recht Lassalle hatte. Worauf beruht denn das Reich? Auf Lebensmittelpreisen, auf Verbrauchsabgaben, die

mittleren und ärmeren Schichten weit mehr belasten, wie die Reichen. Die indirekten Steuern haben den Nachteil in ungeren, den Vorzug in Ihren Augen, daß sie von der Volksmasse nicht so nachgerechnet werden können. Bemerkenswert sind sie allerdings gründlich, gemerkt sind sie auch von unseren 4 1/2 Millionen Wählern, aber nachgerechnet können sie nicht so werden. Das ist ja auch der Grundgedanke Bismarcks gewesen; Bismarck erklärte sich deshalb für die indirekten Steuern, weil der einzelne dabei nicht so merke, wieviel auf ihn kommt.

Im Jahre 1872 betrug die indirekten Steuern 616 Millionen, im letzten Etat waren es, bevor er frisiert war,

1561 Millionen

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) und nachdem der neue Staatssekretär sich als Schatzgräber versucht hatte, kamen noch 70 Millionen an Zöllen hinzu, und es wurden noch einige Millionen herausgerechnet, so daß wir auf 1640 Millionen gekommen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber damit nicht genug, daß das System der indirekten Steuern das einzige ist, das im Deutschen Reich ausgebaut wurde, man hat unter Bismarcks Führung noch ein System ausgebaut, das ein Sondergeheimnis den Großen bringt, das ist jene Liebesgabe, mit der wir uns zu beschäftigen haben. Man hat im Wahlkampf gesagt, das Wort „Liebesgabenpolitik“ sei eine sozialdemokratische Erfindung. Der historische Wahrheit zuliebe sei festgestellt, daß es zuerst am 11. Mai 1887 hier gebraucht wurde und zwar von dem konservativen Abgeordneten v. Bedell-Malkow, welcher sagte, für die 100 Millionen neuer Belastung müsse man doch den Brennern eine Liebesgabe geben. Doch kaum war ihm das Wort entfahren, möcht' er's im Augenblick bewahren. Es brach eine stürmische Reiterseite los, und Herr v. Bedell-Malkow sagte verlegen hinzu, man müsse den Brennern doch als billiger denker Mensch diesen kleinen Vorteil geben. Also in vollem Verständnis für die Zuteilung an die Brenner quittierte Herr v. Bedell-Malkow mit seinem Dank. Gleichzeitig und kurz vorher haben wir auch die Zuderliebesgabe gehabt, durch die bis jetzt aus den Taschen des Volkes an die Zuderfabrikanten 1400 Mill. W. gezahlt sind; durch die Branntweinliebesgabe sind in die Taschen der großen Brenner aus denen der Armen 1100 Millionen Mark gewandert. Das Branntweinsteuergesetz von 1887, das die Liebesgabe schuf, belastete den Liter Branntwein statt mit 5 Pf. mit 30 Pf., jetzt ist er mit 88 Pf. belastet. Damals hat man nicht gegagt, das Gesetz so abzufassen, wie es mit Hilfe der Herren vom Zentrum, der Konservativen und Nationalliberalen jetzt abgefaßt ist. Es gibt wohl kein zweites Gesetz, das ein solches gesetzgeberisches Monstrum,

ein solches Ungeheuer ist, wie dieses, nur verständlich für den, der als Fachmann sich hineinarbeiten kann, und der dabei auch noch mit einer außerordentlichen Fähigkeit begabt sein muß, die wirren Schleichwege dieses Gesetzes zu wandeln. Es hat 188 Para-graphen und dazu noch 638 verschiedene Ausführungsbestimmungen. Nicht weniger als zwölfmal ist es abgeändert worden. 17 verschiedene Gruppen von Brennerreien werden darin aufgezählt, jede davon aber setzt sich noch wieder aus 12 zusammen. Der ganze komplizierte Bau ist ein Reiterstück schlauer und hinterlistiger Berechnung, im Interesse bestimmter Ligen der Großen, bestimmter einflussreicher politischer Gruppen. Im Interesse der notleidenden Landwirtschaft sei das Gesetz erlassen, sagte man. Das war die erste unrichtige Behauptung. Das Gesetz soll die Brenner gegen die Erhöhung der Kartoffelpreise schützen, dabei spielen die Kartoffeln, die in der Brennerrei verbraucht werden, gar keine Rolle, es sind nur 7—8 Proz. unseres Gesamtverbrauchs. Unter 5 1/2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe sind noch nicht 14 000, die in irgend einer Art mit Brennerreien zu tun haben, also ein ganz verschwindender Teil. Es wird geschieden zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennerreien. Sie sagen, nur two der Brenner auch Besitzer des Gutes ist, handelt es sich um eine landwirtschaftliche Brennerrei. Das ist aber nicht wahr. Die Schlempe auch aus den sogenannten gewerblichen Brennerreien bekommt das Vieh als Viehfutter, und zwar kommt diese Schlempe auf den Markt, wo sie von Tausenden von kleinen Bauern gekauft wird, während die Schlempe Ihrer „landwirtschaftlichen Brennerreien“ nur dem Großgrundbesitzer zugute kommt. Sie behaupten ja immer, Sie vertreten die Interessen der Bauern. Dabei ist

drangsalierter; es ist die traurige Verkommenheit Marokkos, die an dem Ruin der Viertelmillion Menschen, die in den Skettos des Landes zusammengedrückt leben, die Schuld trägt. Die französische Herrschaft wird hier wohl auch entscheidenden Wandel schaffen, wie sie es in dem benachbarten Algerien getan hat, wo die Juden seit über 40 Jahren französisches Bürgerrecht besitzen.

Der Beginn der Wandelblüte. Während in Deutschlands Gauen erst in diesen Tagen unter dem Einfluß der Frühlingssonne die Wandelbäume ihre Blüten entfalten und die Äste mit einem leichten, schimmernden Blütenkranz umkleiden, hat man in Frankreich und in England in diesem Jahre eine ungewöhnlich frühe Wandelblüte erlebt. In Wandsworth in der Nähe von London haben die Wandelbäume in diesem Jahre bereits Ende Februar in Blüte gestanden: ein Ereignis, das zu so früher Zeit zu den Seltenheiten zählt. Wie der „Gardener Chronicle“ mitteilt, haben die an demselben Wandelbaum vorgenommenen Beobachtungen für die letzten acht Jahre folgende Blütezeiten ergeben: Im Jahre 1904 am 21. März, 1905 am 7. März, 1906 am 28. Februar, 1907 am 20. März, 1908 am 23. März, 1909 am 1. April, 1910 am 12. März, 1911 am 11. März und in diesem Jahre bereits am 24. Februar. Und ähnliche Feststellungen konnten in Frankreich gemacht werden. So haben England und Frankreich in diesem Jahre einen ungewöhnlich frühen Beginn der Wandelblüte zu verzeichnen, während wir in Deutschland im Gegensatz zum Jahre 1911 in diesem Jahre wohl im allgemeinen von einer sehr späten Wandelblüte sprechen können.

Notizen.

— Strindberg'sche Pläne galten nicht einem Roman „Robespierre“, vielmehr einem Drama, das zur Zeit Ludwigs XVI. von Frankreich spielt. Ferner trug er sich mit der Absicht, den englischen Grubenarbeiterstreik dramatisch zu gestalten, und zwar mit der ausgesprochenen Tendenz, dabei die Unentbehrlichkeit der Arbeiterklasse darzutun. Schließlich wollte er noch die Reihe seiner historischen Erzählungssammlungen um eine neue vermehren, die den Titel „Der schwedische Robinson“ führen und mit einer Darstellung des schwedischen Generalstreiks von 1909 enden sollte. Diese Arbeiten, die ihn bis in die letzten Tage noch beschäftigt haben, erweisen sein unvermindertes Interesse und Verständnis für die wichtigsten Fragen unserer Gegenwart, und es zeigt die ganze Ahnungslosigkeit unserer Luxusliteraten, Strindberg schon seit geraumer Zeit als schöpferisch verdrängt abzutun.

— Zwei Millionen für das Hygienemuseum. Für die Errichtung eines deutschen Hygienemuseums in Dresden ist die sächsische Regierung bereit, 2 Millionen Mark bewilligen. — Die Arbeiterkraft wird sicher die Idee eines solchen Museums lebhaft fördern, wenn sie die Gewissheit erhält, daß die Unterlassungsfünden der Hygieneausstellung dabei nicht wiederholt werden. — Moskau wächst. Nach der letzten Volkszählung hat Moskau 1 615 923 Einwohner, während Petersburg deren nur 1 599 139 zählt. Wie die russischen Wälder feinstellen, ist Moskau augenblicklich die größte Stadt der Welt und unter allen Großstädten diejenige, deren Bevölkerung am schnellsten zunimmt. Falls Moskau in demselben Maße weiter wächst wie bisher, wird es in drei Jahren mehr als 2 Millionen Einwohner haben.

Kleines feuilleton.

Erinnerungen an Millet. Die Persönlichkeit des französischen Bauernmalers Millet, die ihren untergärtlichen Ausdruck in der monumentalen Reinheit seiner Kunst gefunden hat, ist vielfach erforscht worden, seitdem ein später Ruhm den lange Verdachten erhoben hatte. Aber jedes neue Licht, das auf diesen eigenartigen Charakter fällt, gibt neue Aufschlüsse über das Wesen seiner Malerei, und man muß deshalb dem Millet-Forscher Wartlet dankbar sein, daß er die Erinnerungen, die er in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts unter den Freunden des Künstlers sammelte, nunmehr der Öffentlichkeit übergibt. Er teilt jetzt im „Century Magazine“ die Aufzeichnungen mit, die ihm ein naher Freund Millet's, der berühmte Maler von Tieren und Waldszenen, Karl Bodmer, übermittelt hat. Ich erinnere mich noch an den Tag, so berichtet Bodmer, als Millet und seine Familie auf dem schmalen Waldpfad nach Barbizon kam: es war der 13. Juni 1849. Was er und die Seinen in den ersten sechs oder sieben Jahren litten, wird man nie ganz erzählen können. Eines Tages schrieb mir Senfer, der Minister der schönen Künste wollte Millet 200 Frank geben, obwohl er eigentlich dagegen war, Geld an solche Leute wegzuworfen. Senfer hat mich, festzustellen, ob Millet das annehmen würde. Ich fragte ihn und Millet antwortete: „Ja, ich will es nehmen unter jeder Bedingung und allen Umständen.“ Der Millet's Stolz und Feinsinnigkeit kannte, mußte diesen Vorfall als einen Beweis für das Hoffnungslose seiner Lage ansehen. Bald schrieb Senfer wieder an mich, Millet solle doch um Gotteswillen seine Art zu malen ändern, sonst werde er nie etwas verkaufen können. Damals kam Millet aus der schwarzen und dunklen Farbengebung heraus in eine klarere und hellere Art. Millet hätte sich nie von dem einmal eingeschlagenen Wege seiner Kunst abbringen lassen; er mußte ganz genau, was er tat. Millet, der sich selbst als Bauer fühlte, litt am meisten unter dem Verhalten der Bewohner von Barbizon, die im Künstler ein gutes Objekt zum Gelderwerb sahen und ihn seine Not auf härteste fühlen ließen. Manchmal stieg der Mangel an allem Nötigen in dem kleinen Häuschen des Malers aufs höchste. Eines Tages, zu Anfang der 50er Jahre, kam ich wie gewöhnlich zu Millet ins Atelier, und das erste, was er mit einem gewissen Ingrimm zu mir sagte, war: „Ich habe jetzt einen neuen Weg, um Leinwand zu bekommen.“ „Wie denn?“ fragte ich. „Ach, ich nehme amerikanische Potasche, reibe sie nachts über ein altes Bild, am morgen wasche ich das ab, und dann habe ich eine saubere schöne Leinwand.“ „Du willst mir doch nicht sagen, daß Du auf diese Weise Deine fertigen Bilder zerstörst?“ fragte ich auf. „Nicht alle, aber die meisten, besonders die historischen, die werde ich doch nie verkaufen.“ „Um Gotteswillen“, rief ich, „ich bitte Dich, höre damit auf, das ist abscheulich, das darfst Du nicht.“ „Aber ich muß, ich muß doch Leinwand haben, um zu malen. Jetzt bin ich an dem Bilde, und er wies auf das herrliche Cepidubild. Schließlich sagte er: „Willst Du den Cepidubild haben?“ und als ich mich erst weigerte, sagte er mir, dann würde er es unweigerlich zerstören. Ich nahm das Bild daher an. Millet's Atelier war in den ersten Jahren in einer alten, dumpfigen Scheuer, die im Winter nicht zu heizen und sogar für Tiere unbrauchbar war. Ruhig und ohne jede Bitterkeit ertrug er nicht nur die leiblichen

das Gesetz so zugeschnitten, daß die gewerblichen Brennereien weniger Nutzen davon haben, und daß ihr Weiterbestehen ganz unmöglich wird, wenn die neue Vorlage Gesetz wird.

Wie weit ist denn überhaupt die Spiritusbrennerei für die Landwirtschaft notwendig? Als das Gesetz geschaffen wurde, hat jener Herr, der als Minister später der Liebling der Agrarier wurde, als Abgeordneter das Schlagwort geprägt: Keine Brennerei, keine Schlempe, kein Vieh; kein Vieh, kein Dinger, und ohne Dinger keine Kartoffel. (Weiterkeit links.) Daran glauben die Herren noch heute. Sie haben aber durch die gesetzlichen Vorschriften zugunsten einiger landwirtschaftlicher Brennereien weiter nichts erreicht, als daß sich das Brennereigewerbe außerhalb der Landwirtschaft, technisch nicht weiter entwickeln konnte. (Hört! hört! links.) Die Kartoffel, ein wichtiges Volksernährungsmittel, wird dem Wackel entzogen, weil sie zur Herstellung von Schnaps verarbeitet werden muß, während Schweden und Norwegen z. B. längst dazu übergegangen sind, die bei uns lästigen Abfälle der Sägemühlen und Holzstoffabriken zur Spiritusherstellung zu verarbeiten. Es ist berechnet worden, daß 7 Prozent der gesamten deutschen Spiritusproduktion aus diesen Abfällen hergestellt werden könnte, die heute unbrauchbar und im Wege sind. Aber unsere Gesetzgebung macht das eben unmöglich. Sie zwingt, die Kartoffel, Getreide und höchstens noch die Melasse der Rübenzucker zu Spiritus zu verarbeiten. So greift das Gesetz auch in die Interessen der Landwirtschaft selbst hemmend ein. (Sehr richtig! links.) Weshalb ist aber das Gesetz so gemacht worden? Der Vater des Gesetzes, der Abgeordnete v. Camp, hat gesagt, das Gesetz sei dazu da, eine Bindung der Produktion zu schaffen. Also man will die Erzeugung von Spiritus künstlich durch die Gesetzgebung einschränken, damit der Spiritus dem freien Wettbewerb entzogen wird, der ja nur preisdrückend wirken kann. Dieses „löbliche“ Bestreben hat der Gesetzgeber dann fortgesetzt mit der Einführung der Brennsteuer, die scheinbar vom Brenner, in Wirklichkeit vom Schnapsstricker bezahlt wird. Dann kam die Denaturierung des zu gewerblichen Zwecken hergestellten Spiritus. Diesen Spiritus aber verkauft die Zentrale nach dem Ausland billiger als nach dem Inland. (Hört! hört! links.) Im Ausland war man nämlich inzwischen auch zur Spiritusproduktion übergegangen, und nun verkaufte die Zentrale nach dem Ausland

unter dem Selbstkostenpreis,

unbestimmt darum, daß dadurch die deutsche Industrie schwer geschädigt wurde. Es ist doch ganz klar, daß das Ausland mit diesem billigen Spiritus die Produkte billiger herstellen kann, als die deutschen Fabrikanten, die den denaturierten Spiritus teurer bezahlen müssen. (Sehr richtig! links.) Auch eine Illustration für den Patriotismus der Herren vom Spiritusring! (Lustige rechts.) Neben der Einschränkung der Produktion kam die Einführung der Differenzierung zwischen dem kontingentierten Spiritus und dem Spiritus, der außerhalb dieses Kontingents hergestellt wird. Diese Differenzierung brachte die Liebesgabe von 46 Millionen Mark jährlich, und um diese 46 Millionen Mark ist der Weinbrandwein verteuert worden. Diese 46 Millionen Mark sind der Zuschuß der armen Branntweintrinker zu den Produktionskosten der reichen Brenner. (Hört! hört! links.) Was dieser Zuschuß für den Brenner bedeutet, das haben uns einwandfreie Zeugen gesagt. Unseren jetzigen Kollegen, den Grafen Posadowsky, hat der Abg. Dr. Semler als Zeugen dafür angerufen, daß ihm Graf Posadowsky gesagt hat: Diese Liebesgabe ist notwendig, weil sonst unsere ostelbischen Großgrundbesitzer nicht mehr in der Lage sind, die notwendigen Zuschüsse für den Herrn Sohn Leutnant und den Herrn Sohn Referendar zu geben. (Lebhaftes Hört! hört! links. Lustige rechts.) Herr Semler hat ausdrücklich gesagt, daß ihm Graf Posadowsky das erzählt habe, und er (Semler) habe hinzugefügt, das sei wenigstens ehrlich. (Weiterkeit links.) Herr Kretz habe aber gesagt:

Ehrlich wohl, aber dumm.

(Stürmische Heiterkeit links.) Mögen die Herren das jetzt untereinander abmachen. Im Interesse der historischen Wahrheit möchte dies erwähnt werden. (Lustige rechts: Ist ja alles widerlegt worden!) Graf Posadowsky ist ja nachher zum Worte gemeldet und wird sich hierzu äußern. Koch ein Zeuge. Die „Kreuz-Zeitung“ hat dieser Tage darauf hingewiesen, daß, wenn die Liebesgabe abgeschafft würde, die Domänenpächter ein flagbares Recht gegen den Staat hätten, daß ihnen die Macht um den Betrag der Liebesgabe ermächtigt wäre. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Einen besseren Beweis können wir wohl nicht erbringen, als wenn dies von dem führenden konservativen Blatt selbst zugegeben wird. Und nun ein Kronzeuge! In unserer Mitte sitzt der Herr, der als der Urheber des letzten Branntweinsteuergesetzes zu bezeichnen ist, der wegen seiner Verdienste um die Zentrale zum Direktor der Spirituszentrale gewählt wurde. (Abg. Kretz: Ist nicht wahr! — Stürmische Gelächter links.) Der Herr, von dem das Gericht geht, daß er dem Minister das Gesetz in die Feder diktiert hat. (Widerpruch des Abg. Kretz.) Darüber sind sich alle Fackelträger einig, daß das Gesetz nur auf die Interessen der Spirituszentrale zugeschnitten ist. Ohne dieses Gesetz hätte die Spirituszentrale trotz aller höchst merkwürdigen terroristischen Geschäftsmethoden sich nicht die Stellung erringen können, die sie heute errungen hat. (Lebhaftes Zustimmung links.) An unverdächtigster Stelle, nämlich auf der Generalversammlung der Spiritusfabrikanten hat am 23. Februar 1912 dieser Herr eine Rede gehalten, die das Entzünden der Zuhörer in einer Weise erregt hat, daß beantragt wurde, die Rede drucken zu lassen und sie allen Reichstagsabgeordneten zuzuschicken — außer den Roten. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In dieser Rede hat Herr Kretz ausdrücklich betont, daß der Kontingent für die Ostelbier von geringerer Bedeutung sei, als für die süddeutschen Brenner, weil der Spirituspreis in Norddeutschland um den Betrag der Kontingentsabgabe überreichlich erhöht werden könnte. (Hört! hört! links.) Also die Liebesgabe kann ruhig fallen, die Ostelbier brauchen nicht zu jammern, denn die Zentrale bringt den Verlust wieder reichlich ein. (Sehr richtig! links.) Auch der frühere Staatssekretär Sydow, der das Gesetz selbst ein

Fürsprechgesetz für die Brenner

genannt hat, hat ausdrücklich erklärt, daß durch das Wirken der Spirituszentrale die Liebesgabe überflüssig geworden sei, weil die Zentrale den Spirituspreis aus sich heraus nicht merklich steigern könne. (Hört! hört! links.) Eigentlich brauchen wir da gar nicht mehr Herrn Baasche, Mitglied des Ausschusses der großen Brennereien in Simmern, die circa 300 000 Mark jährlich an Liebesgaben erhalten. Aber auch er hat gesagt, daß die Konservativen auf die Liebesgabe durchaus verzichten könnten, weil sie wüßten, daß ihre Spirituszentrale jeden Augenblick den Preis des Spiritus um den Betrag der Liebesgabe erhöhen könnte, sobald sie die Liebesgabe dann nur aus einer anderen Tasche erhielten. (Hört! hört! links.) Uebrigens stimmt das mit der anderen Tatsache nicht. Es ist immer dieselbe Tatsache des armen Branntweintrinkers und nur die Methode ist eine andere. (Sehr richtig! links.) Wieviel den Herren an dem Gelde liegt, das ihnen die Schnapsstricker zahlen müssen, geht auch daraus hervor, daß der Salvo-Bloed gerade an der Liebesgabe gescheitert ist. Aber jetzt, wo die Herren wissen, daß sie durch die Zentrale mehr als die Liebesgabe bekommen, kommen sie her und bringen sie als Geschenk und stellen sich vor dem deutschen Volke so hin, als verzichteten sie großzügig auf die Liebesgabe! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer da glaubt, daß die Agrarier freiwillig etwas hergeben, der muß politisch wirklich sehr naiv sein. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Allerdings, ganz einig sind sich die Herren nicht. Es wird auch hier die berühmte Schlacht des Ostens gegen den

Westen und Süden geschlagen. Es liegt an den verschiedenen Vorderrhältnissen des Ostens und des Südens und Westens. Im Ganzen aber bleibt es dabei, daß die Herren nur deshalb auf das Ostens verzichten, weil die Zentrale ihnen noch mehr Geld schafft.

Nun gibt es eine Jussanz, die alles, was der Zentrale schädlich sein kann, beseitigt: das ist der hohe Bundesrat. Der Bundesrat wacht darüber, daß nur ja nicht die Produktion über das Kontingent hinausgeht, damit die Preise auf keinen Fall sinken. Wenn das geschieht, dann wird auf Grund des Durchschnittsbrandes, der an die Stelle des Kontingents getreten ist, sofort regulierend eingegriffen. Von diesem Recht macht der Bundesrat ständig zu Gunsten der Zentrale Gebrauch. Bekanntlich hatte der sozialdemokratische Parteitag in Leipzig den Schnapsboykott beschlossen. Nun ist unsere Nacht leider begrenzt. Es ist uns nicht möglich, an die im tiefsten Abend lebenden Volkskreise heranzukommen, die durch Ihre (nach rechts) Schulen auf dem Lande in systematischer Verdummung erzogen werden, und deren Gehirne verkleistert sind. (Großer Lärm rechts, lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es sind dies die Kernkräfte der Armen, die am niedrigsten entlohnt werden, die keine Lebensfreude haben und die in der Flasche ihre Seligkeit finden. Dieselben Leute, die für einen Schnaps Ihnen ihre Stimmen verkaufen. (Lärm rechts, lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würden wir die Landkarte nehmen und die Kreise schwarz anstreichen, in denen die Konterbativen und das Zentrum herrschen, und in denen der größte Schnapskonsum herrscht, wir würden ziemlich auf dieselben Gegenden kommen. (Lebhaftes wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Democh ist es uns gelungen, den

Schnapskonsum um eine halbe Million Hektoliter einzuschränken, und 10 Millionen Mark Liebesgabe sind den Herren nicht in die Tasche geflossen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Aber anstatt daß eine königliche Staatsregierung dieses Bestreben, das Volk vom Branntweinentum zu erretten, unterstützt, hat der Bundesrat sofort die Kontingentsziffer herabgesetzt, damit nur ja nicht die Gefahr eintritt, daß durch den geringeren Verbrauch der Preis gedrückt wird. Hätte man den Dingen freien Lauf gelassen, so wären nicht nur 10 Millionen, sondern volle 46 Millionen Liebesgabe rettungslos verloren gewesen, und der Spiritus hätte um 20 Mark billiger werden müssen. Aber wir geben unseren Kampf nicht auf. In jeder Versammlung legen wir unseren Freunden ans Herz:

trinkt keinen Branntwein, der Körper und Geist zerrütet und der nur die Taschen eurer erbittertesten Feinde füllt.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Bundesrat ist gewissermaßen der Oberaufsichtsrat der Zentrale, und es befehlt hier ein Privatmonopol unter staatlicher Aufsicht mit staatlicher Förderung im Interesse ihrer keinen Gruppe wohlhabender und reicher Leute. (Sehr wahr! links.) Daß die kleinen Brenner von dieser Begünstigung einen Vorteil haben, ist ein Märchen. Die Zentrale von 50 000 wird nur genannt, damit es so scheint, als ob eine große Menge hinter der Zentrale steht. In Wirklichkeit sind es nur einige tausend Gutsbesitzer. Dieses Privatmonopol ist durch die Gesetzgebung geschaffen worden, im Widerspruch zu den imstehenden Parteien, geschaffen von den Herren, die jetzt so tun, als ob sie bereit wären, auf die Liebesgabe zu verzichten. Herr Spahn scheint die Schätze des Gesetzes nicht genau zu kennen, sonst müßte er wissen, daß in Wirklichkeit alles beim Alten bleibt, und daß nur die Firma sich ändert. Die Macht der Zentrale bleibt ungebrochen und die Belastung der großen Massen wird auch nicht um einen Pfennig gemildert.

So lange die Kontingentierung der gesamten Produktion und die Straffenern für den Ueberbrand bestehen bleiben, so lange wird nichts Durchgreifendes geändert. Im letzten Jahre sind etwa 2 1/2 Proz. Ueberbrand erzeugt worden. Sofort hat der Bundesrat absichtlich den Durchschnittsbrand entsprechend niedriger eingestellt, damit die volle Wirkung des Gesetzes zu Gunsten der Brennerkreisläufer zum Ausdruck gelangt. Aber das ist noch nicht alles. In ihrer Sündenmaitenblüte haben Sie auf Befehl der Spirituszentrale noch den Vergällungszwang in das Gesetz hineingebracht. Der Vergällungszwang liefert erst recht alles, was nicht ostelbisch ist, der Zentrale aus. Dieser Vergällungszwang trifft vor allem die gewerblichen Brennereien, die vergällten, d. h. steuerfreien Spiritus auf den Markt bringen müssen. Je größer der Prozentsatz ist, den eine Brennerei an vergälltem Spiritus auf den Markt bringen muß, desto geringer der hohe Verdienst an dem teuren für Trinkzwecke bestimmten Spirit. Nun ist das Gesetz wieder so gefaßt worden, daß die landwirtschaftlichen Brennereien auf Grund einer Bundesratsverfügung aus dem vorigen Jahr nur 30 bis 40 Proz. ihrer Ausbeute zu vergällen brauchen, die gewerblichen Brennereien, vor allem die Hefebrennereien aber 55 bis 70 Proz. (Hört! hört! links.) Das alles geschieht, damit dieselben Leute, die schon infolge der Kontingentierung Vorteile haben, auch aus dem Vergällungszwang Nutzen ziehen können. Und, um der Zentrale nun den Markt ganz ausschließlich einzuräumen, hat man in das Gesetz die Bestimmungen aufgenommen, daß Spiritus im Kleinhandel nur in ganz bestimmten Gefäßen mit festgesetztem Rauminhalt und einem vorgeschriebenen Verschluss verkauft werden darf. Damit ist natürlich der kleine Zwischenhandel ganz vernichtet, denn ein solches Lager abgestempelter Flaschen kann sich nur der Großhandel leisten. (Sehr richtig! links.) Die Zentrale will das getan haben, um dem unredlichen Zwischenhandel zu beugen. Die Herren wollen recht recht viel verdienen, sie wollen jede Konkurrenz ausschalten und nachdem ihnen das gelungen ist,

nehmen sie Wiederpreise für ihr Produkt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Schatzsekretär meinte, daß das vorliegende Gesetz, abgesehen von der Aufhebung der Liebesgaben, nur Bestimmungen formaler Natur enthielte. Er scheint die einzelnen Paragraphen gar nicht genau zu kennen. (Weiterkeit links.) Der § 13 z. B. ist durchaus kein Beiwerk, sondern enthält eine der schlimmsten Bestimmungen, durch die die Zentrale wieder in die Lage kommt, ihre Macht weiter zu vergrößern. § 13 bestimmt nämlich, daß die norddeutschen Brennereien ihr altes Kontingent nach wie vor vergällungsfrei behalten dürfen. Dadurch werden aber die gewerblichen Brennereien, die nach 1887 entstanden sind, schwer geschädigt, weil sie gezwungen werden, ihre ganze Produktion zu vergällen und zu einem niedrigen Preise auf den Markt zu bringen. Dieser Paragraph heißt also die ohnehin allmächtige Zentrale aufs neue. Wenn wir ernstlich die Absicht haben, die Extrakteur auf Spiritus zugunsten einiger wohlhabender und sehr reicher Brennereibesitzer zu beseitigen, da nicht es nichts, einige Paragraphen über die Liebesgabe zu ändern, sondern es muß das ganze Gesetz durchgearbeitet werden und — man kann sagen — es muß geäubert und gereinigt werden um all den geheimen Kniffen, die die Zentrale hineinzubringen verstanden hat. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Erst wenn das gelungen ist, können Sie sagen, daß Sie etwas für die Landwirtschaft getan haben, denn erst dann werden eine ganze Reihe neuer landwirtschaftlicher Brennereien entstehen können. Erst dann werden sie erziehbare sein. Allerdings wird dann die Zentrale nicht mehr die Macht haben, die sie heute hat, und sie wird dann ihren Lieblingen nicht mehr die heutigen Meßenterteile zuwenden können.

Es gab ja bis in die letzten Jahre hinein einige Ouisider, die sich neben der Zentrale hatten behaupten können. Auf der letzten Generalversammlung der Spirituszentrale konnte aber endlich zur allgemeinen Verdrückung der Herren festgestellt werden, daß Frieden im Gewerbe ist. Alle sind still gemacht. Wissen Sie, wie? Alle, die nicht mehr selbständig auf dem Marke auftreten können, müssen der Zentrale für das, was sie verkaufen, eine Extragebühr, eine Verpflichtungsgeldgebühr von 1 1/2 M. zahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also für Ware, die gar nicht durch die Zentrale verkauft wird, müssen sie ihrem Tribut entrichten. Was das für Erfolge hat, nun, das ist nicht aus den

Vorjahren zu ersehen, die gibt es für Spiritus nicht mehr, sondern aus den Mäßen der Zentrale. 1909 war der Preis 46 Mark, augenblicklich ist er 75 1/2 Mark. (Abg. Kretz, konst.: Die Kartoffelpreise kennen Sie wohl nicht!) Ach ja, aber solche Preissteigerung um 50 Prozent entspricht keineswegs den Steigerungen der Kartoffelpreise, die in einzelnen Gegenden um ein Viertel geblieben sind. Steigerungen des Spirituspreises sind erst in letzter Zeit erfolgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch des Abg. Kretz.) Ja habe das ja aus Ihren eigenen Berichten. (Weiterkeit — Lärm des Abg. Kretz.) Eine Zentrale, deren Vorgehen als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet ist, die wiederholt wegen unlauteren Wettbewerbs verurteilt ist, sollte sich vor solchen Vorwürfen hüten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz macht es gewissen Gruppen von Brennereien unmöglich, mit den landwirtschaftlichen Brennereien in Ostelbien zu konkurrieren, es hat die freie Konkurrenz künstlich ausgeschaltet; es verhindert künstlich die neue Entstehung von Brennereien. Das haben 1909 auch die Nationalliberalen gesagt, freilich nur mit Worten. Herr Wassermann nannte es einen Vortag der landwirtschaftlichen Großbrenner gegen die landwirtschaftlichen und gewerblichen Konsumenten. Trotzdem haben die Nationalliberalen immer mitgeschrien, das Gesetz so zu gestalten, wie es geworden ist. Es ist ein Hilfsmittel zur Ausplünderung der armeren Volksmassen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist so konstruiert, daß das Privatmonopol der Zentrale existieren und bestehen kann und daß man wohl bloß noch auf die Nummer 16 im Reichshandelsregister wartet, um das Monopol für den Staat zu bringen. Die freie Konkurrenz zugunsten der Zentrale wird auch durch den unglaublich hohen Schutz auf ausländischen Spiritus verhindert. 1909 betrug er 30 Mark, jetzt 125 Mark über die Höchststeuer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch diese Bestimmung muß heraus, wenn wir wirklich die Liebesgabe beseitigen und die Macht der Zentrale brechen wollen. Aber sie fühlt sich sicher, ihre Mitglieder sind ja

verschwägert mit hohen und höchsten Herren,

die Tausende und Zehntausende von Mark aus der Liebesgabe bekommen. Wir 110 würden schon daran gehen, an dieses Privatmonopol und es in Fesseln reifen, aber wie weit wir von den anderen Herren Hilfe haben, wissen wir ja noch nicht.

Süddeutschland hat sich 1887 sein Reservatrecht gesichert und sich nur dadurch über Ohr haufen lassen, daß es sich nicht auch die Spannung sichern ließ. Das Kontingent selbst ist zugunsten Süddeutschlands festgesetzt, es bringt fast gar keinen Ueberkontingent auf den Markt, sondern kann die ganze Liebesgabe in die Tasche stecken. Aber mit Recht fragen die kleinen und mittleren Brenner in Sachsen, Hessen, dem Elsaß, was sie denn dafür können, daß sie nicht Süddeutsche sind. Nun reden ja die Herren von der Zentrale sehr viel davon, daß sie die kleinen und mittleren Brenner nicht schädigen. Warum wird klar, wenn man an die Worte des Herrn Köstke auf der letzten Generalversammlung der Zentrale denkt: man darf nicht von dem Standpunkt ausgehen, daß man die Großen erhalten und die Kleinen vernichten will, weil allemal noch ein Großer kommt. (Weiterkeit.) Nicht Wille bewegt die Zentrale, sondern die Angst vor dem Staatsmonopol. Die eigentlichen Schnapsstricker sitzen auf dem Lande, der höchste Arbeiter hat sich meist schon davon befreit. Jeder die Verteuerung des Schnaps wird der Bauer und der Landarbeiter wütend, und mit Rücksicht auf diese Wähler wird das Zentrum es sich doch überlegen, ob es statt der vorgeschlagenen nicht andere Maßnahmen ergreift.

Verharrt das Zentrum dabei, dieses schwierige komplizierte Gesetz der Budgetkommission zu überweisen, so liegt ich es öffentlich an, daß es dieses verwickelte Gesetz in Hände legen will, die es gar nicht bearbeiten können. Eine besondere Kommission müßte ein Branntweinsteuergesetz machen. Da würden auch Fachleute sitzen, die das Gesetz nicht so liebedürftig machen, wie das letzte des Schnapsbodes. Einer der Herren von der Zentrale ist selbst Besitzer dreier Relassebrennereien, hat aber bei der leichtfertigen Schnellschneiderei übersehen, daß beim Uebergang von der Relassebrennerei zur Hefebrennerei das Kontingent nicht beibehalten werden darf. Diese Lücke im Gesetz hat ihm jedoch nicht geschadet, er verlangt für die Herabsetzung des Kontingents auf zehn Jahre eine Entschädigung von je 50 000 Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie wurde ihm gewährt, und die Zentrale hat noch ein gutes Geschäft gemacht, denn was sie von ihm erworben hat, ist jeß jährlich 150 000 M. wert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kommt die Vorlage an die Budgetkommission, so können ja noch ganz andere Steuern aus der Verteuerung austauschen. Im Februar d. J. ist in einem geheimen Rundschreiben des Deutschen Bauernbundes seinen Mitgliedern mitgeteilt, daß die Brau- und Biersteuer vor 1914 nicht kommen soll, dann aber in Aussicht genommen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zur Deckung sei u. a. auch eine

Reichsteuer auf den Umsatz in Gastwirtschaften

in Aussicht genommen. Wer garantiert uns, daß in der Budgetkommission nicht diese Steuerpläne austauschen? Wenn die Zentrale merkt, das Gesetz soll ihre Macht einschränken, wird sie schon neue Steuern vorschlagen. Das Publikum kann ja zahlen.

Neben dem Spiritusring hat das Gesetz auch einen Hefering ermöglicht, durch den die Böder und das Publikum ebenfalls auf das empfindlichste geschädigt werden. Um 10 Millionen Mark jährlich ist durch diesen Ring dem Volke das Brot verteuert. Das Gesetz bringt einen Paragraphen, der zunächst sympathisch anmutet; er spricht von der Heiligkeit im Handel, wer Schnaps trinkt, soll wissen, wieviel Spirit er enthält, und deshalb wird der Gehalt von 25 Proz. vorgeschrieben. In der Praxis kommt das auf Polizeischilane hinaus. 1909 ist auch der Zufuß von Branntweinschärfen verboten. Die Ausführungsvorbereitung für diese Bestimmung ist dem Bundesrat überlassen. Auf meine Erfindung erfuhr ich, daß sie sich noch nicht im Jahre 1912, im Stadium der Vorbereitung befindet. (Große Heiterkeit.) Jetzt kommt diese neue Bestimmung mit den 25 Proz. So wünschenswert es ist, daß der Vergällung des Spiritus entgegengeritten wird, so wenig glaube ich, wird es damit zu erreichen sein. Bei der Spiritusgesetzgebung hat ja alles differenziert; so könnte man auch darauf verfallen, die Schnapsgläser zu differenzieren, sie in patriotische und unpatriotische zu teilen (Weiterkeit), und den des nicht genügenden Patriotismus verdächtigen Gastwirten nur die unpatriotischen keinen Gläser zu gestatten. Auch für die Hefeproduktion will die Vorlage das Auftreten einer neuen Konkurrenz, speziell die genossenschaftliche Produktion, verhindern. Mit all seinen verwickelten Bestimmungen ist er keineswegs geeignet, etwas zu schaffen, was im Interesse weiterer Volkskreise notwendig ist. Auch wir bedauern die Verbreitung des Branntweintrinkens. Wer aber sagt, die Verteuerung des Branntweins schadet nichts, denn sie schränkt den Schnapsgenuß ein, der kennt die Verhältnisse nicht. Jede anfängliche Einschränkung wird bald wieder aufgeholt. Denn die Kreise, die durch ihre traurige wirtschaftliche Lage zum Schnapssteufler getrieben werden, trinken ihn auch, wenn er teurer wird.

Die Verteuerung wächst und daher wird noch mehr Schnaps getrunken.

So bringt die Verteuerung sogar noch eine Steigerung des Konsums beim Schnaps hervor. Sehen Sie doch nach Rußland. Dort besteht die höchste Schnapssteuer. Freilich kommt auf den Kopf der Bevölkerung dort etwas weniger Schnaps als bei uns; aber doch nur, weil weite Kreise aus religiösen und anderen Rücksichten gar keinen Schnaps trinken; in den Kreisen aber, wo der Schnapsgenuß zu Hause ist, ist trotz der hohen Steuern der Konsum ein ganz gewaltiger.

Wir müssen Protest dagegen einlegen, daß das Deutsche Reich seine Einnahmen aus der Verteuerung der Nahrungsmittel und Genußmittel der Armen zu verarmen. Wenn Ueberflüsse vorhanden sind, so hat man seine Schulden zu bezahlen, und was hat die Verpflichtung, die Versprechungen

einzuflößen und das zu erfüllen, was man aus Mangel an Geld abgesehen hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dazu gehört die Herabsetzung der Altersgrenze, dazu gehört die Erhöhung der Invalidenpensionen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Warum hat man noch nichts für den armen Mann getan, der für Sie geblutet hat? Infolge der Steuererhöhung sind so viel Hundstärker in den Elend gekommen, für diese braucht man Geld. Die Erhöhung der Soldatenlöhne will man noch auf ein Jahr verschieben. Diese 8 Pf. reichen noch nicht aus, um die Verteuerung weitzumachen, die auch der Soldat spürt, wenn er sich ein Glas Bier, eine Zigarre oder etwas Butter zum Brot kaufen will. Sie rechnen, daß die Heberschüsse auf Jahre hinaus sich ergeben werden. Weiß denn der Schatzkammer nicht, daß die Handelsverträge ablaufen. Durch das Volk geht der

Schrei nach billigerem Brot.

und wir wollen eine Herabsetzung der Zölle erkämpfen. Wo bleiben dann die Heberschüsse? Oder ist es im Reichshauptamt schon beschlossene Sache, daß die Zölle nicht herab, sondern heraufgesetzt werden? Wollen Sie Geld haben, dann schaffen Sie die Einfuhrzölle ab, da können Sie mit Leichtigkeit 40 oder 50 Millionen locher machen. Jede Verteuerung der Lebensmittelpreise schädigt die Volksgesundheit und läßt die Zahl der Verbrechen steigen. (Sehr richtig! links.) Die Heberschüsse des Staats bestehen auf einer Erhebung, die hohe Zölle verlangt und können sich nur mit den Zöllen halten. Und in den nächsten Jahren — das ist das unabwendbare Schicksal der kapitalistischen Produktionsweise — kommt auf die Hochflut wieder die Krisis. Dem sinken die Einnahmen aus den Zöllen, wo wollen Sie dann die Heberschüsse hernehmen? Wir haben keine Veranlassung, dem Militarismus Mittel zu bewilligen. Keinen Mann und keinen Groschen bewilligen die Sozialdemokraten, wohl aber verlangen wir, daß an Stelle der indirekten volksbedrückenden Steuern direkte eingeführt werden. Bei uns tragen in den Einzelstaaten auch die Beamten die direkten Steuern, die Progression macht bei dem großen Einkommen halt.

Vizepräsident Paasche: Ich bitte den Redner, auf die direkten Steuern im einzelnen nicht einzugehen.

Abg. Wurm (Soz.):

Herr Spahn hat behauptet, bei uns werden in den Einzelstaaten die direkten Steuern nur von den Reichen getragen, das muß ich widerlegen können. Der Redner führt den zahlenmäßigen Nachweis für die geringe Progression der direkten Steuern. Darunter leiden auch die Kommunen, die bei der Bekämpfung ihrer Einkommensteuern an die Staatssteuern gebunden sind. Wir haben hinarbeiten auf

direkte Steuern im Reich.

Und wenn Sie sagen, so viel Geld kann man gar nicht bei den reichen Leuten nehmen, um diese Kosten aufzubringen, so ist das eine banalste Erklärung Ihrer kapitalistischen Ordnung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie können nicht zahlen und deshalb soll es die Armut aufbringen. Wir werden gegen diese Vorlage und für eine gerechte direkte Steuer auf Einkommen und Vermögen stimmen. (Lebhafte wiederholte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (K.): Gegen die Anschauung, die der Kriegsminister gestern bekundet hat, muß ich namens meiner politischen Freunde auf das energische protestieren (Lebhafte Beifall im Zentrum und links) und zwar auf Grund unserer religiösen und unfeiner Rechtsauffassung. Das Deutsche Reich anerkennt die katholische Kirche, der Katholik darf in keinem von seiner Stellung und keinem staatlichen Verband ausgeschlossen werden, weil er Auffassungen bekundet, die seinem religiösen Bekenntnis entsprechen. Diesen Rechtsanspruch spricht der Kriegsminister den Katholiken ab und zugleich auch den Ehrbegriff, den er für den Offiziersstand beansprucht. Der Kriegsminister stellt damit sich und den Offiziersstand außerhalb des Gesetzes. (Lebhafte Bravo!) Das bürgerliche und militärische Strafbuch vertritt das Duell, der Kriegsminister aber schlägt aus dem Offiziersstande den aus, der dem Gesetze die Achtung des Gehorsams erweist. In der Kommission werden wir weiter darüber sprechen. (Erneute lebhaftes Bravo!)

Abg. Schweidhardt (Sp.): Auch ich bedauere, daß uns zur Deckung der Wehrverlangen nicht solche Steuern vorge schlagen werden, die von den Reichen getragen werden, die in erster Linie daran interessiert sind. Die Spirituszentrale hat den Preis des Spiritus beständig erhöht. Daraus ist ihr kein Vorwurf zu machen, sondern der Gesetzgebung, die ihr das ermöglicht hat. Alle Industrien, die vom Spiritus abhängig sind, sind dadurch aufs schwerste geschädigt. Redner kritisiert in diesem Sinne eingehend die Politik der Spirituszentrale.

Abg. Graf Ledebour (Rp.): Mein Wort vom unbefangenen Vertrauen zur Militärverwaltung gilt selbstverständlich nicht für die Decksfrage. Eine Vermehrung unserer Schuldenlast erfolgt, müssen neue Steuern geschaffen werden. Dazu ist die Schuldenlast schon viel zu drückend. Der Abg. Wurm hat eine Neuerung von mir über die Liebesgabe ausgebracht. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nein, Semler war es!) Diese angebliche Neuerung liegt 15 bis 16 Jahre zurück, und es ist ein eigenartiges Verfahren, Neuerungen, die im privaten Verkehr geflossen sind, hier vorzutragen. Das ist das Verfahren von Stiftergesellschaften alter Damen. (Bravo! rechts — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Das geht alles gegen Semler!) Im übrigen ging es damals der Landwirtschaft unter der Caprivischen Verwaltung sehr schlecht, und da mag ich so etwas gesagt haben, was dann in Wahlkampf verdrückt worden ist. Der ostelbische Grundbesitz hat keine große Bedeutung für Preußen und das Reich, denn er liefert uns einen ausgezeichneten Offiziers- und Beamtenstand. (Mh. Ledebour: Auch eine Ansicht älterer Damen — Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Wittling (natl.) polemisiert unter großer Anruhe gegen den welfischen Redner. Die Welfengruppe verdammt nur den Militarismus und ihre Existenz. (Dort! dort! links.) Der Redner schildert das ausführlich und wird mehrfach zur Sache gerufen. Zur Vorlage bemerkt ich, daß sie vielen Hannoveranern zu wenig zu fordern scheint.

Abg. Werner-Gersfeld (Ant.) betont sein Vertrauen zur Heeresverwaltung.

Damit schließt die Debatte. Abg. Kreth (L.) bestritt die Waterschiffahrt am letzten Brantweinfeuerfest. Ich war überhaupt nicht Mitglied der Kommission. (Lachen links.) In der Leitung der Spirituszentrale bin ich mit einem Nationalliberalen und Fortschrittler nur mitbestimmt. (Dort! dort! rechts.) Die der Zentrale gemachten Vorwürfe sind unrichtig und liegen vor meiner Zeit. (Lautes Gelächter links.) Wir werden sie in der Kommission zurückschicken.

Die Wehrvorlagen gehen an die Budgetkommission. Bei der Abstimmung über Verweisung der Brantweinfeuerfestvorlage an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern ergab sich die Notwendigkeit eines Sammelprinzips. Die Verweisung wird mit 100 gegen 158 Stimmen beschlossen.

Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. (Wahlprüfungen, Interpellation Wassermann betr. Rekrutierung Reichswehrministerium.)

Schluß: 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Kolonialdebatte in der Budgetkommission.

Seit Jahren wird sowohl in der Budgetkommission wie im Plenum des Reichstages eine Verminderung der Schutztruppe in Südwestafrika gefordert. Nachdem durch die Aus-

rollungsstrategie des Generals Trotha während des Kämpfens gegen die Eingeborenen diese dezimiert und (einschließlich fremder Farbiger) auf insgesamt 80 000 Köpfe zusammengeschrumpft sind, außerdem die weiße Bevölkerung auf etwa 14 000 Köpfe angewachsen ist, muß eine Schutztruppe in der Kopfzahl von etwa 2000, wozu noch etwa 600 Mann Landespolizei kommen, als viel zu hoch bezeichnet werden. Diese Schutztruppe erfordert gegenwärtig noch eine jährliche vom Reich zu tragende Ausgabe von 14 Millionen Mark. Die Regierung hat wiederholt Zusagen gegeben, die Truppen zu vermindern, sobald die Bahnbauten vollendet sind, weil durch sie die Truppen in ihrer Aktionsfähigkeit wesentlich gestärkt werden. Aber trotz aller Versprechungen sind nur ganz geringfügige Verminderungen eingetreten. In der dem bisherigen Etat für Südwestafrika beigefügten Denkschrift bekämpft im Gegenzug zu den Erklärungen des früheren Staatssekretärs Lindemann die Regierung die Verminderung der Truppen und Herr Dr. Solff stellte sich am Donnerstag in der Budgetkommission des Reichstages auf den gleichen ablehnenden Standpunkt. Er operierte mit einem Bericht des Gouverneurs Seitz, der eine Menge möglicher Gefahren sieht, wenn die Truppenzahl verringert werde. So sollen die Bastards eine Gefahr darstellen, die Hereros unzufrieden sein usw. Sobald die Bahnbauten beendet sind, soll die Gefahr sich steigern! Gegen diese Haltung der Regierung wendete sich Genosse Koste sehr lebhaft und bekämpfte die Schwarzmalerei der Regierung. Die Eingeborenen sind nur in sehr geringer Zahl im Besitz von Waffen und stehen als Arbeiter stramm unter der Kontrolle der Behörden. Nicht der kriegerischen Gefahr wegen wird die Kopfzahl der Schutztruppe auf der heutigen Höhe gehalten, sondern als Konsumenten für die Farmereiprodukte. Ohne die Truppe würde die Weiße in Südwest schneller kommen.

Auch der Abg. Erzberger forderte die Verminderung der Truppe, die selbst Karl Peters empfohlen habe. Durch die hohe Truppenzahl schwebe auch der Pensionselet an, der jetzt schon eine Ausgabe von 4 Millionen erfordere. Für die jetzige Truppenzahl treten neben der Regierung die Abg. von Böhlenhoff und Woffmann ein. Der Staatssekretär vertritt die Kommission bis zu seiner Rückkehr von der Informationsreise nach Südwestafrika. — Annahme fand eine Resolution, die die Schutztruppe zur Vornahme von Kulturarbeiten verpflichtet; ferner eine völkervereinlichkeits Resolution, die von der Regierung die Vorlegung eines Kompetenzgesetzes für alle Kolonien fordert, gehalten nach ihrer Eigenart; ferner ein Verfassungsgebot für Südwestafrika und eine auf Grund allgemeiner, gleicher und direkter geheimer Wahlen gewählte Vertretung. Die Gesetzgebung über die Eingeborenen soll der Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren des Reiches bedürfen. Wegen die letztere Forderung stimmten nur die Konservativen.

Sodann trat die Kommission in die Beratung des Etats für Ostafrika ein, wobei es zu einer längeren Debatte über die Sklaverei in dieser Kolonie kam. Das Zentrum forderte die Aufhebung der Sklaverei ab 1. Januar 1920. Abg. Erzberger führte dazu aus, daß die Hausfloreri in einzelnen Bezirken noch sehr im Schwange sei, trotz aller Freibriefe und der Postkäufe. Die Preise für Sklaven sind fortgesetzt gestiegen; sie werden unter Mithilfe der Behörden festgesetzt und steigen bis 75 Rupien. Es gibt Sklavenhalter, die 500—600 Sklaven sich halten. Freigelassene und freigelassene Sklaven werden wieder verkauft. Während im Jahre 1910 insgesamt 4083 Freibriefe erteilt worden sind, ist allein in Tabora die Zahl der Sklaven um 15 000 gewachsen. Gouverneur v. Rechenberg warnte vor allzu eiligen Schritten, weil eine Menge großer Schwierigkeiten zu überwinden sein werden; aber der Aufhebung der Sklaverei stimme die Regierung zu. Die Nationalliberalen Paasche und v. Nicht-hofen übertrugen durch sentimentale Erwiderungen über den im allgemeinen indischen Charakter der Sklaverei. Dr. Solff hat die Annahme der Resolution bis zum nächsten Jahre zu verschieben, um dem neuen Gouverneur nicht sofort große Schwierigkeiten zu bereiten. Die Resolution Erzberger wurde angenommen.

Weil der bisherige Gouverneur v. Rechenberg Leute, die am Klimawandel sich anzupassen wollten, über die dort herrschenden ungünstigen klimatischen Verhältnisse aufstellte, also in durchaus veräußelter Weise seine Amtspflicht erfüllt hat, wurde er von den Nationalliberalen beifällig angegriffen. Der Gouverneur jedoch führte die Nationalliberalen kräftig ab.

Der „große“ Befähigungsnachweis.

Im Auftrage des 19. Deutschen Scheidertages petitionierte der Bund deutscher Schneiderinnen an den Reichstag um Einführung des Befähigungsnachweises für die Nähmaschinen, um dem Eindringen der Großkonfektion in das Gewerbe entgegenzuwirken. Das alte zünftlerische Rezept soll dem Schneiderhandwerk den verlorenen „goldenen Boden“ wieder verschaffen. Zentrum und Konservativen produzierten sich in der Petitionskommission des Reichstages wieder als Handwerkervertreter und empfahlen die Heberweisung der Petition an die Regierung zur Berücksichtigung, weil das Handwerk endlich „Taten“ sehen wolle. Unsere Genossen betonten demgegenüber, daß sie in diesem Beschlusse eine „rettende Tat“ nicht erblicken könnten. Die Hebung der Kaufkraft des großen Publikums und eine größere Anpassung des Handwerks an die Entwicklung unserer Produktion gäben sicherere Existenzunterlagen als derartige Ehrenartikulare, die übrigens von der offiziellen Vertretung des Handwerks dem deutschen Handwerkskammerlage in Köln am Rhein, selbst in ihrer Wirkungslosigkeit erkannt und deshalb verworfen wurden. — Die Vertreter der Regierung erklärten ebenfalls, daß die Einführung des Befähigungsnachweises für ein einzelnes Gewerbe ihre Zustimmung nicht finden könne, der eingeführte kleine Nachweis vielmehr völlig ausreißend erscheine. Schließlich wurde ein Antrag auf Heberweisung der Petition an die Regierung als Material gegen die Stimmen der Fortschrittlichen und Sozialdemokraten angenommen, nachdem der weitergehende Antrag auf Berücksichtigung mit 13 gegen 14 Stimmen der genannten Parteien und der Nationalliberalen abgelehnt war.

Mecklenburgische Wahlpraktik.

Die Konserativen im Wahlkreis Spandau-Offenbachland befürchteten, daß sie mit ihrem bisherigen Vertreter, Tischlermeister Pauli, durchfallen würden. Sie gaben ihm den Vorlauf und — fielen auch durch. Herr Pauli aber kehrte wieder in den Reichstag zurück, er hatte in dem mecklenburgischen Wahlkreis Dagenow-Grobesmühlen einen Unterschupf gefunden. Bei der Hauptwahl erhielt er dort 7063 Stimmen, der Sozialdemokrat erhielt 6151, der Fortschrittler 6149 Stimmen. In der Stichwahl siegte Pauli mit 9805 gegen 8755 Stimmen.

Gegen die Hauptwahl haben die Fortschrittler Protest erhoben, weil eigentlich nicht der Sozialdemokrat, sondern der Fortschrittler mit Pauli in die Stichwahl hätte kommen müssen. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages benutzte zur Prüfung dieser Wahl fast drei Sitzungen. Dies lag in der Hauptsache daran, daß in diesem Wahlkreis eine möglichst große Anzahl ganz kleiner Wahlbezirke gebildet wurde. Reist bildete ein Rittergut gleichzeitig einen Wahlbezirk. Der Besitzer oder der Pächter war dann Wahlvorsteher, seine Angehörigen waren die Wähler und die „Masse“ der Wähler bestand aus den Anwesenden. Nicht weniger als 78 Wahlbezirke waren vorhanden, die höchstens 25 Wähler aufzuweisen hatten. So hatte der Wahlbezirk Dori-Redendorf 25 Wähler, der Bezirk Hof-Redendorf (Rittergut) 13 Wähler, welche letztere einstimmig Herrn Pauli wählten. Als Wahlurnen dienten: Suppenküfeln, Zigarrenkästchen, Pappschachteln, ein Kaffast und andere völlig ungeeignete Gefäße. Die Gutsherren und ihre Bögle versprachen Lang und Freibier, falls Pauli gewählt werde; einer der Bögle ging sogar so weit, daß er sich von den Wählern Kerbere stellen ließ, in denen sie sich verpflichteten, Pauli zu wählen! Auf einem Gut sind die Wahlzettel vom Gutsinspektor kontrolliert worden. Daß die abgegebenen Wahlzettel genau aufeinander gecheckt wurden, um die Stimmabgabe kontrollieren zu können, wurde mehrfach behauptet. In

einem Wahllokal war ein abgeschlossener Raum überhaupt nicht vorhanden. In einer ganzen Anzahl Orte hatten die Wahlvorsteher die Wahlhandlung bereits um 11, 12 oder 2 Uhr geschlossen, ohne daß schon alle Wähler abgemittelt hatten. Von einem Strafen ließ der Wahlvorsteher den Stimmzettel einfach abholen und legte ihn in die Urne. Die ganze Art, wie in diesen Wahlkreise gewählt wurde, ist einfach skandalös; sie bildet ein treffliches Seitenstück zu der Art, wie in Ostelbien Wahlen gemacht werden.

Die eingehende Prüfung ergab schließlich folgendes Resultat: Sozialdemokrat 6137 Stimmen, Fortschrittliche Volkspartei 6149 Stimmen. Demnach hätte nicht der Sozialdemokrat, sondern der Fortschrittler mit dem Konservativen Pauli in die Stichwahl kommen müssen. Damit ist die Wahl des Abg. Pauli ungültig. Referent und Korreferent der Wahlprüfungskommission werden das Resultat noch genau zusammenstellen, so daß am Dienstag die Kommission das Mandat des Herrn Pauli kassieren wird.

4. Verbandstag des Deutschen Kürschnerverbandes.

Leipzig, 21. April.

Dritter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Geschäftsberichte schloß auch noch einen großen Teil der heutigen Sitzung aus. Der Redner schien unverständlich. Durch Schlußantrag wurde er schließlich — nachdem eine Beschränkung der Redezeit den gewünschten Erfolg nicht brachte — gewaltsam abgebrochen. Neue Momente wurden in der Debatte nicht aufgeworfen. Soweit sich die Redner nicht mit der Röhre Sache beschäftigten, waren es mehr interne Angelegenheiten, die sie beschäftigten. Im Schlußwort ging Verbandsvorsitzender Leichter-Hamburg auf die strittigen Fragen nochmals ein.

Dem Hauptantrag wurde Entlastung erteilt. Anträge auf Erlass von Schulden einiger Filialen bei der Hauptkasse wurden abgelehnt. Der Verbandstag beschloß aber, den Filialen Leipzig und Hamburg zur Bestreitung ihrer Schulden 25 Proz. der Verbandsbeiträge (der reguläre Satz ist 15 Proz.) auf die Dauer von zwei Jahren, der Filiale Kopenhagen für ein Jahr und der Verwaltung Köln für das 2. und 3. Quartal 1912 ebenfalls 25 Proz. zu gewähren. Vorauszahlung hierfür ist aber, daß diese Filialen einen Ertragsbeitrag von 5 Pf. pro Woche zum Zwecke der Schuldentilgung erheben. Die der Verwaltungsjahre Berlin durch die Unterbringung der Unorganisierten bei dem letzten Kampfe in der Mähnenbrände entstandenen Kosten werden auf die Hauptkasse übernommen. Den bei der Landfriedensbruchoffäre in Scheiditz im vorigen Jahre beteiligten Kollegen wird nachträglich noch Rechtschutz gewährt. Der Verbandstag erklärte aber ausdrücklich, daß der Vorstand nach Lage der Sache nicht anders handeln konnte, und auf Grund des Statuts den Rechtschutz ablehnen mußte. Annahme fand ferner ein Antrag, die Agitation in der weitgehendsten Weise auszubauen.

Der Verbandstag nahm dann den

Bericht über das Verbandsorgan

entgegen, den Regge-Berlin gab. Er verteidigte die Haltung des „Kürschners“ im allgemeinen und im besonderen in der Röhre Angelegenheit, wo er sich auf den Standpunkt des Vorstandes stellte.

Der Bericht zeitigte eine längere Debatte, in der Stang-Anstadt sich mit der Haltung des Organs einverstanden erklärte, aber wünscht, daß persönliche Auseinandersetzungen weggelassen werden.

Küller-Fürth meint, der „Kürschner“ bringe zu viel politische Artikel, er müsse mehr gewerkschaftliche Aufsätze haben. Krashch-Lindenau ist gegenständlicher Ansicht. Die Kollegen seiner Filiale bemängeln, daß nicht genügend politische Artikel erscheinen.

Hausding-Leipzig betonte ebenfalls, politische und volkswirtschaftliche Artikel seien zur Erzielung der Mitglieder notwendig. In dieser Frage wäre er mit der Haltung des „Kürschners“ einverstanden; nicht aber in der Sache Röhre.

Werner-Frankfurt a. M. hofft, daß der „Kürschner“ auch künftig so redigiert wird wie bisher. Das gewerkschaftliche und politische Gebiet seien so eng verknüpft, daß das Verbandsorgan auch politische Artikel druckt.

Verbandsvorsitzender Reiser-Hamburg: Bei politischen Artikeln muß sich der Redakteur fragen, welche Wirkung hat der Artikel auf das Gewerkschaftsleben? Diese Artikel dürfen nicht nur vom Standpunkt der Partei aus gehalten sein; der gewerkschaftliche Gedanke muß immer in ihnen verflochten sein. Sonst kann es vorkommen, daß die jüngeren Mitglieder für die Artikel nicht das nötige Verständnis haben. Den Artikel des „Kürschners“ über den Rogdeburger Parteitag kann ich nicht billigen.

Sprado-Haag wünscht, das Verbandsorgan möchte ab und zu auch Artikel in holländischer Sprache bringen. Redakteur Regge-Berlin betont auf die Einwände, daß die meisten Artikel, die als rein politische angesehen wurden, sozial- oder wirtschaftlich-politischer Natur waren.

Der Verbandstag erklärte sich dann einstimmig mit der Haltung des Verbandsorgans und der Tätigkeit des Verbandsorgans vorstehend in der Geschäftsperiode einverstanden.

Der Punkt Arbeitszeiterhöhung und Saisonarbeit wurde in Berücksichtigung der vorgeführten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt, und zur

Statutenberatung

geschritten. Das einleitende Referat hielt Verbandsvorsitzender Reiser, der einen Statutenentwurf des Vorstandes begründete. Auf die wichtigsten Änderungen gegenüber dem bisherigen Statut haben wir bereits im Vorbericht hingewiesen. Die Beiträge sollen in der 2. Klasse von 40 auf 45 Pf., in der 3. Klasse von 50 auf 60 Pf. und in der 4. Klasse von 60 auf 75 Pf. erhöht werden; in der 1. Klasse sollen sie auch künftig 30 Pf. betragen. Ferner schlägt der Vorstand eine Neuregelung der Unterstützungsätze und die Einführung eines Veirates vor. Diese Vorschläge, sagte Reiser, seien von den Mitgliedern nicht unfreundlich aufgenommen worden; anders die Änderungen des Streikreglements. Diese stehen auf Widerpruch. Sie würden dem Vorstand größere Rechte geben, besonders über den Abbruch von Streiks. Ein Streik könnte nach den Vorschlägen vom Vorstand als beendet erklärt werden, falls keine Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen, so betonte der Referent, hielt sich der Vorstand für verpflichtet, diese Vorschläge zu machen. Bedinglich aus dem Gesichtspunkt heraus, die Interessen des Verbandes zu wahren. Der Vorstand hat aber bereits die Opposition berücksichtigt und macht nun noch Abänderungsvorschläge, die seine ersten Vorschläge milderten.

In der Generaldebatte wurde den allgemeinen Vorschlägen des Vorstandes zum Statut zugestimmt, besonders sahen die Delegierten die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung ein; dem Streikreglementsentwurf wurde aber heftig widersprochen. Die Filialen könnten sich ihre Rechte nicht nehmen lassen.

Die Verhandlungen wurden dann auf Donnerstag fortgesetzt.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 21. 4.	am 20. 4.	Wasserstand	am 21. 4.	am 20. 4.
Remel, Mühl	234	—10	Saale, Grobsh	88	—4
Regel, Amberburg	—27	—3	Saale, Spandau	56	—2
Seidewitz, Thon	218	0	Saale, Staßfurt	137	—5
Dber., Ralbitz	146	—6	Spree, Spremberg	72	0
„ „ „ „	153	—8	„ „ „ „	85	0
„ „ „ „	105	—9	„ „ „ „	153	—4
Barthe, Schimm	51	—6	„ „ „ „	229	—13
„ „ „ „	55	—9	Rhein, Rarimlandau	373	0
Rege, Gordan	25	—1	„ „ „ „	173	—5
Elbe, Veltmerg	—12	—5	„ „ „ „	175	—2
„ „ „ „	—128	—2	„ „ „ „	65	—4
„ „ „ „	139	—7	„ „ „ „	138	—3
„ „ „ „	113	—11	„ „ „ „	63	—3

1 + bedeutet Waß, — Fall — 7 Unterpegel.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung. Donnerstag, den 25. April, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Der Etat des Innern.

Die Fragen des Medizinalwesens, des Zigeunerwesens und der Nordmarkenpolitik sowie der Frauenunterbringung wird vorläufig ausgeschlossen.

Es liegen sozialdemokratische Anträge vor auf Einbringung eines Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit; auf freien Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen und Erziehung der Gemeindegewalt für Kaufleute durch die Wahlrechtsreform; auf Aufhebung der §§ 9, 10 und 41 des preussischen Pressegesetzes (das beantragen auch die Fortschrittler).

Abg. Dr. Vahnke (Sp.) brandmarkt das preussische Wahlrecht als das reaktionärste Wahlrecht von Europa. (Lachen rechts, Weisfall links.) Nur dann stimmen wir der Verbringung vor Vornahme zu, wenn unser Wahlrechtsantrag behandelt wird. Dieses Wahlrecht bedeutet für den Mittelstand Bedrückung von oben und von unten. Und dazu diese Wahlrechts-einteilung! Wir fordern grundsätzlich das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht. Zwischen dem Reich und dem größten Bundesstaat muß da Uebereinstimmung herrschen. Hier sitzen sechs Sozialdemokraten, im Reichstag 110! (Stürmische Zurufe rechts; Durch Ihre Schuld!) Ich konstatiere jetzt nur Tatsachen. Für ein direktes und geheimes Wahlrecht ist hier eine Mehrheit vorhanden. Der Kampf gegen das preussische Wahlrecht ist kein Kampf gegen Preußen, sondern für ein freieres, entwicklungs-fähiges, vorbildliches Wahlrecht! (Weisfall links, Lachen rechts.) Der Abg. Giesberts hat gefordert, den Kampf für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen noch euerger zu führen. Das Zentrum sei also zur Stelle! Das Wahlrecht, das den Reichsländern gewährt worden ist, darf auch Preußen nicht vorenthalten werden. Man erfülle endlich das Versprechen der Thronrede.

(Zustimmung links.) Unser Stichwahlabkommen merke man und nicht vor. Das Zentrum ist auch nicht sozialdemokratisch geworden, als es die Abmachungen im Speyerer Dom mit der Sozialdemokratie getroffen hatte. Die Verträge gegen das Vereins- und Versammlungsrecht sind immer noch sehr zahlreich und ich vermisse ein Wort des Bedauerns seitens des Ministers. Die Landräte sind vielfach konservernativ Wahlmacher, die Landratsämter werden oft zu reinen konservernativ Wahlbureaus. Besonders der aus dem Vordere-Prozess bekannte Landrat von Rathahn hat sich bei den letzten Wahlen wieder ganz ungeheuerlich im konservernativ Parteinteresse betätigt. (Sehr richtig! links.) In gewissen Gegenden, so z. B. in Gnesen, agitierten die Distriktsämter statt der Landratsämter amtlich für die konservernativ Presse. Ebenso der Kreissekretär, z. B. in Köslin, der dabei ausführt, daß er die Wahl zum gewissen Grade nicht des Landrats, aber mit dessen Einverständnis die Propaganda betreibt. Der Landrat des Kreises Gnesen v. Rathahn vertritt direkt gegen das Gesetz, wenn er den Wahlvorstehern empfiehlt, „Wahlkapitler“, die sich nicht als Wähler legitimieren können, hinauszulassen. Er schreibt den Beamten vor, in der Stichwahl für den konservernativ, gegen den bürgerlichen Fortschrittler zu stimmen. Die Landräte brauchen nur etwas mehr Unparteilichkeit zu bewahren, und sie wären entlastet. Sie sind von allen bezahlt, nicht nur von der konservernativ Partei! (Zustimmung links, Heiterkeit rechts.) Möge der Minister solchen Landräten doch zu verstehen geben, daß sie kein Advancement dafür zu erwarten haben. Worum kümmern sich aber die Landräte sonst. Einer empfiehlt Stockfische eines bestimmten Firma. (Heiterkeit.)

Der Schießerlah des Herrn v. Jagow hat erst durch die Erläuterung des Ministers ein anderes Gesicht bekommen. Die Fassung „Ich werde jeden zu spät schließenden Schussmann bestrafen“ kann sehr üble Folgen haben. Der Redner bezieht sich auf die Verzögerung der Stadtratsdelikte von Vororten. Die Stadterwerbungen zum erleichtert werden. Mit tendenziöser Geheißgebung zum Schutz der Arbeitwilligen fördern Sie nur die Sozialdemokratie. Je konservernativ das Regime, desto mehr Sozialdemokraten! (Lachen rechts, Sehr richtig! links.) In dem so wichtigen Ressort des Innern muß ein moderner Geist herrschen, mit Gerechtigkeit und Unparteilichkeit nach allen Seiten werden wir am weitesten kommen. (Weisfall links.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Die generelle Verschuldigung des ehrenwerten Standes der Landräte, daß sie für die konservernativ Partei arbeiten, muß ich zurückweisen. (Abg. Vahnke: Viel-sach! Ich habe nicht verallgemeinert!) Die von ihm vorgebrachten Fälle reichen auch nicht aus, um solche Verschuldigungen zu begründen. Sie haben sich zum Teil schon vor Jahren ereignet. (Heiterkeit rechts.) Der Landrat in Grimmen steht in Uebereinstimmung mit einem Kammergerichtsurteil, daß nur Wahlberechtigte in das Wahllokal kommen dürfen. Wenn auch die Reichstagskommission einen anderen, viel angefochtenen Standpunkt eingenommen hat, so hat dies nichts eine Änderung des Standpunktes nicht stattgefunden. Die Verbreitung der Kreisblätter muß ein Gegengewicht gegen die von anderer Seite verbreitete Schund- und Sammel-Literatur sein. (Lebhafter Rufe der Sozialdemokraten: Von welcher Seite? — Auf rechts! Von den Sozialisten! — Abg. Liebnecht: Er meint den Reichs-verband! — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jeder Schussmann hat die Instruktionen bei sich, die den Waffengebrauch nur als letztes Mittel und unter Schonung des Lebens und der Unbeteiligten gestatten. Der Schießerlah war nur eine Ergänzung eines vorangegangenen, der mit der Instruktion nicht im Widerspruch steht. Der Waffengebrauch darf nur nach pflichtmäßigem Ermessen des Schussmanns erfolgen, nach wie vor. Es handelte sich bei den Erlässen nur um Erklärungen des § 18 der Instruktion. Ein Anlaß zu den Erlässen war durch Ermordung oder Verletzungen der Schulleute durch Verbrecher gegeben. Der Polizeipräsident handelte im Interesse der Schulleute wie des Publikums. Unrichtig ist, daß — wie in der Berliner Stadtwortrednerversammlung — der Erlaß die Verbrecher noch mehr zum Waffengebrauch anfeuern werde. Im Gegenteil! Die Ueberfälle, Einbrüche usw. sind in Berlin ständig im Zunehmen begriffen. Wir müssen vorbeugen, daß wir Zustände wie in Paris bekommen, mit seinem Apogäum. (Sehr richtig! rechts.) Die vom Abg. Vahnke vorgebrachten Fälle von Verletzungen des Versammlungsrechts sind zum Teil Jahre alt, zum Teil von den höheren Behörden rezipiert worden. Im Reichstage sind auch unbedeutende Beschwerden vorgebracht worden. Der Minister verliest eine Statistik, um dies zu bekräftigen und wendet sich dabei des Längeren gegen die betreffende Reichs-tagrede des Abg. Korfanit. Ich bestreite gar nicht, daß namentlich in den ersten Jahren infolge der Verdrängungen der Machtbefugnisse der Ortspolizeibehörden mannigfache Mißgriffe vorgekommen sind. Wir weisen die Behörden immer auf die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts und veranlassen sie, bei öffentlichen Aufzügen sich nur von der Frage der Ge-fährdung leiten zu lassen. Es findet ständige Ueberwachung statt und es soll möglichst auch mit den Versammlungen mündlich verhandelt werden. Ich habe für schuldhaftige Mißgriffe Anträge angebracht. Wie kann da Abg. Vahnke so allgemeine Klagen erheben! Bei den schwierigen und verschiedenen Verhältnissen können Unrichtigkeiten gar nicht ausbleiben, namentlich bei Verboten öffentlicher Aufzüge.

Aber die fehlerhaften Entscheidungen werden sich in Zukunft wohl vermeiden.

Der Minister wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Vahnke über die Wahlrechtsfrage. Durch die Einbringung der Wahlrechtsreform von 1910 sei das Versprechen der Thronrede von 1908 erfüllt worden. Nachdem die Wahlrechtsreform am dem Widerstreit der Meinungen gescheitert ist, muß die Staatsregierung das Recht für sich in Anspruch nehmen.

nach pflichtmäßigem Ermessen darüber zu befinden, wann der Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Wahlrechtsreform vorliegt gekommen zu sein scheint.

Die Gründe, die den gegenwärtigen Augenblick nicht geeignet erscheinen lassen, habe ich bereits in erster Lesung ausgesprochen, ich glaube nicht, daß so manche Erscheinungen im politischen Leben der neueren Zeit dazu beitragen können, eine Änderung (stürmischer Weisfall rechts, Heil hört! und Lärm links) der Auffassung der Staatsregierung herbeizuführen. (Erneuter Weisfall und Lärm.) Ich erinnere nur an die veränderte Stellungnahme einzelner bürgerlicher Parteien zur Sozialdemokratie. (Erneuter stürmischer Weisfall rechts — großer Lärm links) und an die Stellung der Parteien zu einander. Ich glaube es nicht, daß diese Erscheinungen dazu angetan sind, den gegenwärtigen Zeitpunkt besonders geeignet erscheinen zu lassen (lebhafter Zustimmung rechts), diejenige Aktion in die Wege zu leiten, deren befriedigender Abschluß zweifellos davon bedingt ist, daß sie getragen wird von der Zustimmung der Mehrheit der großen bürgerlichen Parteien dieses Hauses. (Erneute lebhafter Zustimmung rechts.) Am wenigsten scheinen mir diejenigen Parteien, die überhaupt eine Wahlrechtsreform im Sinne der Thronrede nicht wünschen, sondern die ganz andere Absichten verfolgen, das Recht zu haben, ihrerseits unter Berufung auf die Thronrede auf die baldige Inangriffnahme der Wahlrechtsfrage hinzuwirken. (Lebhafter Weisfall rechts, Widerspruch links.)

Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß gerade diejenigen beiden Parteien sich fortgesetzt auf die Thronrede berufen, die sich ihrerseits durch die in der Thronrede von 1908 angelegte organische Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts für nicht befriedigend erklären, die vielmehr schlechthin gegen Sinn und Wortlaut der Thronrede die Einführung des Reichstagswahlrechts verlangen und immer wieder betonen, daß nicht Ruhe sein werde, bis dieses Ziel erreicht sei. (Lebhafter Zustimmung rechts, Lachen links.) Die immer wiederkehrende Einbringung des Antrages auf Einführung des Reichstagswahlrechts ist nur geeignet, der Wiederaufnahme der Wahlrechtsfrage demut-nisse in den Weg zu legen. (Sehr richtig! rechts. — Weisfall links.) Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß der Zweck einer Wahlrechtsreform ganz wesentlich darin bestehen muß, eine auf absehbare Zeit dauernde Regelung zu treffen, die geeignet ist, auch eine Verhütung der durch langjährige Agitation erregten Gemüter herbeizuführen. Wenn nun die Freisinnigen immer wieder betonen, daß dieser Zweck nicht erreicht wird, weil sie nicht eher ruhen werden, als bis das von ihnen verlangte Reichstagswahlrecht oder noch radikalere Bestimmungen zum Durchbruch gelangt sein werden, so läßt doch naturgemäß ein recht wesentlicher Moment für die baldige Inangriffnahme der Wahlrechtsfrage fort. (Sehr richtig! rechts.) Um aber jeden Zweifel nach dieser Richtung hin zu beseitigen, möchte ich noch einmal ausdrücklich aussprechen, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nach wie vor für die Staatsregierung nicht in Frage kommen kann. (Stürmischer Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Die samt-pflichtigen Worte des Ministers kontrastieren seltfam mit seinen Hauptworten gegen die Beamten vor einigen Wochen. Es ist charakteristisch für ihn, daß er bei der Beratung seines Gehalts noch nie Mißstände in seinem Ressort zugegeben hat — heute zum erstenmal und in welcher kritischer Demut! In der Ministerrede hat sich wieder gezeigt, daß die Sozialdemokratie

die Aeg der ganzen Regierungspolitik

geworden ist. In jeder größeren Debatte verläßt die Regierung die Verpflichtung der Sozialdemokratie als ihre erste Aufgabe. Was laudenden Dritte lachen wir über ihre Verlogenheiten. Was die Kritik von rechts oder links kommen, wir scheiden immer außerordentlich gut ab. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Geheimrat Schmöller hat uns empfohlen und Dr. Vahnke ebenso, die Elemente unseres Staatswesens kennen zu lernen. Wie hat eine Partei unser Staatswesen so gründlich erkannt, wie die Sozialdemokratie. (Lachen rechts.) Die Rede Dr. Vahnkes beweist das: daß unsere Staatsgewalt nur die brutale Exekution für die Interessen der Herrschenden ist! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Preußen also für die Agrarkonservernativ, denen gegenüber die bürgerliche Linke — mit Ausnahme der Industriearbeiter — nur das Schandopfer spielt. Die Schandopfer aber sind, wie der Wahlkampf zeigte, die Herzens-brüder der Rechten und des Zentrums!

Die Elemente des modernen Preußens sollen wir begreifen! Es gibt ja gar kein modernes Preußen! Plus ça change, plus c'est la même chose. (Je mehr das wechselt, umso mehr bleibt es dasselbe.) (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Unparteilichkeit der Behörden — kein Kleinod ist so rein! In meinem Reichstagswahlkreis ist in einem Wahllokal vom Amtsdirektor und Gendarmen mein Freund Horlich ohne Recht und Grund niedergeschlagen und verletzt worden. Stundenlang vorher stand der Gendarm, der im Wahllokal gar nichts zu suchen hat, schon im Wahllokal! Sie freilich — nach rechts — wünschen das ja für alle Wahllokale. ...

Die Unterwerfung der Berliner „Freien Volks-löhne“ unter Polizeiaufsicht soll nur aus Ordnungsliebe usw. erfolgt sein. Aber wir kennen Ihre Gerechtigkeit und Wohlwollen! Eine bezeichnende Parallele hat der Kultusminister gegen den Berliner Volkshor unternommen. Kunst-bereitungen des Volkes sind Ihnen tief verhaßt, Sie unterdrücken Sie mit aller Kraft. Das ist Ihre Kultur!

In Breslau tobt der Polizeikampf gegen die roten Krankschleifen. Er spottet jeder Beschreibung.

Von prinzipieller Bedeutung ist die Frage der Eintragung von Vereinen ins Vereinsregister. Politische Vereine sind davon ausgeschlossen. Aber im Vereinsregister Berlin-Mitte ist der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie als „G. V.“ eingetragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für dieses Vergehen steht einfach eine parlamentarische Verurteilung. Auch der Bund der Landwirte ist „G. V.“ und der Deutsche Lehrverein usw. sollen ebenfalls nicht als politisch erklärt werden. (Hört! hört! links.) Alle politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten, Polen und Dänen werden amtlich als — unpolitisch erklärt. Nur wir sind politisch!

Ein vertraulicher Erlaß des Ministers

hat die Landräte veranlaßt, Ende März ein Rundschreiben an die Polizeibehörden zu erlassen, worin um Bezeichnung sozialdemokratischer verdächtiger Meltrien erlucht wird. Sie (nach rechts) sind wissend, daß wir die Massen zur Selbstständigkeit zum Handeln nach eigenem Ermessen erziehen und ihnen die geistigen Grundlagen dazu verschaffen. Sie nennen das natürlich „verhüten“. (Lachen rechts.) Ach, wollten wir hier in diesem Hause ein Echo unserer Reden finden, so läten wir ja gar nicht unsere Pflicht. — Dieser Erlaß ist eine Anweisung zu polizeilicher Gefinnungsmaßnahmen. Ich habe hier zwei solche polizei-

liche Maßnahmen aus Ostpreußen — es sind feste Formulare, in denen die Nichtbeteiligung an sozialdemokratischen Versammlungen bescheinigt wird. Solche Formulare werden aber nur im inneren Verkehr der Behörden verwendet; diese Atteste sind geheime politische Professionslisten unserer Behörden über fast alle Staatsbürger. Ungeheuerlich sind die geheimen Qualifikationslisten unserer Beamten, um wieviel mehr erst diese geheime politische Registrierung der Staatsbürger, die ihnen die schwersten materiellen Schäden zufügen können. Nach der Verfassung aber geht dergleichen die Behörden gar nichts an. Ich verweise nur auf meine wiederholten Charakteristiken des Verhältnisses von Preußen für Geheimsache!

Unausgesprochen erlauben sich die russischen Grenzbeamten und Soldaten ungeheuerliche Verbrechen gegen Deutsche und Preußen. Da fehlt aber die ungeheuerliche Würde, Empfindlichkeit und Energie, die unsere Regierung sonst gegen einen Turnverein oder dann aufbringt, wenn ein Deutscher im Ausland so behandelt wird, daß daraus ein Nutzen für die Kolonialpolitik geschlagen werden kann. Hier aber handelt es sich ja um Rußland, um

das barbarischste und verächtlichste Staatssystem der Welt.

(Auf links: Rufe Preußen! — Rufe rechts: Zur Ordnung rufen!) Unerhört ist die rechtswidrige Behandlung russischer Auswanderer, die man der „Ausweisungslieferung“ unterzieht, wobei man nicht einmal die völkerrechtlichen Formen der Auslieferung beobachtet. Uebrigens hat ja das Oberverwaltungsgericht lebhafte sogar entschieden, daß auch die Auslieferung eine bloße Verwaltung Angelegenheit sei! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Tage erst wurde von der obersten Polizei eine seit Jahren in Deutschland lebende 82jährige Frau, die vom Gericht freigesprochen worden war, trotzdem der russischen Polizei übergeben und in dem Wescheib, der darüber erteilt wurde, ist sogar von Auswechslung die Rede, als handelte es sich um leibliche Sachen. (Stürmischer Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der mit dem Gesetz unvereinbare Mißstand, daß namentlich im Osten Gendarmen und Polizeiorgane für die Berufs-genossenschaften gegen Entgelt tätig sind, müßte abgeschafft werden. Aber wir wissen ja, daß solch gesetzwidriges Entgelt bei Streiks usw. ganz gebräuchlich ist! — Die Rede des Ministers des Innern ähnelt so sehr seinen früheren Reden über die Handhabung des Vereinsgesetzes und über das Wahlrecht, daß geradezu ein Konzept dafür ständig in Gebrauch zu sein scheint. Vielleicht hat er nur gesprochen, um Dr. Vahnke in die Pfanne zu hauen, wie das mit mir sehr v. Jellig tun soll und dann sollen die anderen Redner als echte Don Quixotes die Attacke weiter reiten, denn uns geben Sie doch nicht mehr das Wort.

Präsident Dr. Frhr. v. Cotta: Es ist unstatthaft, daß Sie einen nachfolgenden Redner als Don Quixote bezeichnen.

Abg. Dr. Liebnecht (fortfahrend):

Immerhin soll nicht verkannt werden, daß der Minister gegen die Mißbräuche im Vereinsrecht

mehr gesagt hat, als wir von ihm erwartet haben. Aber sein starker Hinweis auf die Schwierigkeiten usw. kann nur als ein Freibrief für künftige Mißgriffe wirken. Handelte es sich um Ausschreitungen freilebender Arbeiter, dann hätte der Minister einen ganz anderen Ton gefunden: „Die preussische Staatsgewalt ist stark genug, um Gesetzwidrigkeiten der unbotmäßigen Bevölkerung auszurotten“. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb nicht, um Gesetz-widrigkeiten seiner eigenen Verwaltungsorgane auszurotten? Dieser rednet er die juristischen Schwierigkeiten als Abwehrgrund an, warum nicht auch den Staatsbürgern das entsprechende Paragraphen-büchlein des preussischen Polizeistrafes?! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Bureaukratie und die Staatsbürger werden eben mit weierlei Maß gemessen.

Es trifft wohl zu, daß die im Reichstage besprochenen Fälle von Verletzungen des Vereinsrechts zum Teil einige Jahre alt sind. Aber ebenso wahr ist, daß sie erst bis in die letzte Zeit hinein von den Oberbehörden oder dem Oberverwaltungsgericht rezipiert wurden. Das Reichsverordnungs-gesetz hat der preussischen Polizei die im alten preussischen Vereinsgesetz nicht vorhandene Handhabe gegeben, die-jenigen Arbeiterorganisationen, die ihr ein Dorn im Auge sind, für politische Vereine zu erklären und damit den Eintritt Jugendlicher zu verbieten. Ueberhaupt ist das Vorgehen der Polizei gegen die Jugend-bewegung eines der traurigsten Kapitel. Ein Beweis für die Not-wendigkeit der rechtsstehenden Parteien ist, daß ihre Presse sofort gegen den Scherz der „Breslauer Volkswacht“ mobil machte, daß der Minister einen Erlaß betreffend die Uebertragung des Ordnungsbüchleins bei sozialdemokratischen Veranstaltungen an Ordner der Partei herausgegeben habe. Und dabei hat er schon öfter, so bei den Friedens- und Wahlrechtsdemonstrationen und großen Kundgebungen gesehen, daß die Sozialdemokratie die wahre Ordnungspartei ist. (Lachen rechts.) Nicht ein Jugend-gesetz gegen Streiks, sondern ein Gesetz zum Schutz der per-sönlichen Freiheit gegen die Polizei brauchen wir; es könnte durch Ergänzung des fast völlig vergessenen Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit von 1860 geschaffen werden. Die Verhaftung des Gewerkschaftsleiters Schabel in Rastenburg wegen angeblichen Vorbedachts und die polizeiliche Ausnutzung dieses Falles gegen die Sozialdemokratie in der Reichsverbandspresse ist ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit dieser Reform. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Abg. J. Feinert vom „Wörter“ des Herrnmann sprach, warf mir der Justizminister dies vor, da die Sache noch nicht geklärt sei. Hier aber sehen wir, wie die Polizei auf Grund ihrer oberflächlichen, als ganz haltlos erwiesenen Ermittlungen einen ganz unbedachten Mann rein aus politischer Ränke als Mörder be-zeichnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme dann speziell zu den

Taten des Herrn Polizeipräsidenten von Versta.

Er hat sich nicht damit begnügt, durch seinen Hutnadelerlah die Damen zu entwaffnen, sondern er geht auch daran, die Zivilbevölkerung allgemein zu entwaffnen, ein Verbot des Waffentragens durchzuführen. Auf der anderen Seite hat er die Polizei in einen Zustand der Mobilisation gebracht, daß man fast von einem all-gemeinen Belagerungszustand in Berlin sprechen kann. Die offen umgeschalteten Revolver der Schulleute wirken viel provozierender als selbst die polizeiliche Ueberstufung im Ruhrrevier gewirkt hat, wo die Schulleute die Revolver wenigstens untergeheimlich hatten. Der Minister meinte, der Schießerlah sei nicht für die Berliner bestimmt gewesen. Ich kann es ihm ja nachsagen, daß ihm die Veröffentlichung dieses Erlasses sehr unangenehm gewesen ist. Aber betrifft dieser Erlaß nicht das Interesse aller Staatsbürger? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es verdoppelt und verdreifacht gerade unsere Anklage gegen den Minister, daß er versucht hat, einen solchen Erlaß hinter dem Rücken der Öffentlichkeit herauszugeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn der Minister auf der anderen Seite wieder sagt, der Erlaß richte sich nur gegen das Apogäum, so schlägt er sich damit ja selbst. Denn wenn der Erlaß auf das Apogäum abfahrend wirken sollte, so müßte dieses doch zunächst etwas davon erfahren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Warum gibt der Polizeipräsident nur einen Erlaß heraus, in dem betont wird: Wer zu spät schließt, wird disziplinarisch bestraft und nicht auch, wer zu früh schließt? Diese einseitige Stellungnahme kennzeichnet allein den Charakter des Erlasses. In der Berliner Stadtwortrednerversammlung haben sich sehr gemäßigter Politiker der Kritik des Erlasses angeschlossen und auch der Oberbürgermeister Rixner hat diese Kritik im wesentlichen als berechtigt anerkannt. Wenn die Polizei sich weniger mit

Heinrichen politischen Maßnahmen als mit dem Sicherheitsdienst abgeben wollte, so würden Kräfte genug vorhanden sein, um mit dem Apapentum auch so aufzuräumen.

Dann noch einige Worte zum

Bergarbeiterstreik.

Es ist gelungen, ihn zu Boden zu werfen mit Hilfe der Polizei und des Militärs. Und vor allem mit Hilfe jener Streikbrecher, die den Namen einer Organisation gegenwärtig zu unrecht führen. Ueber diese Judasorganisation hier näher zu sprechen, will ich mir vorbehalten. Ich erinnere nur daran, wie in einem Artikel der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“ der Gewerbeverein christlicher Arbeiter festgehalten wurde, als diese Organisation im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung sofort nach Militär gerufen hat. Was die Haltung des Militärs im Ruhrgebiet anlangt, so hat im allgemeinen dort wo Militär gewesen ist, größere Ruhe und Ordnung geherrscht, als dort, wo Polizei und Gendarmerie ihres Amtes walten. Und wiederum haben die Gendarmen, die aus dem Orte selbst stammten, ruhigeres Blut bewahrt, als die oft geflüchteten aus ländlichen Kreisen herbeigerufenen Gendarmen, die noch in größere Menschenansammlungen gesehen hatten und mit der Ueberzeugung hinliefen, sie seien dazu berufen, mit ihrer Plume den Staat und die Unterthener zu retten. Das aber auch das Militär bereit war, mit Waffengewalt einzugreifen, und großes Blutvergießen zu inszenieren, das haben deutlich die ausgepflanzten Maschinengewehre bewiesen, die ich mit eigenen Augen gesehen habe und die militärischen Patrouillen, die durch das Land ritten, als ob man sich in Feindesland befände. Ich erinnere auch an jene Ansprache des Hauptmanns in Lina am 14. März, der seinen Leuten verbot, mit Zivilisten zu sprechen und hinzufügte: „Wenn Zusammenrottungen stattfinden, sind die Leute dreimal aufzufordern, auseinander zu gehen; gehen sie nicht auseinander, so ist von der Schlegelwaffe Gebrauch zu machen; auf keinen Fall darf in die Luft geschossen werden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht gering sind die Fälle, in denen das Militär ergeht hat. Die Gendarmerie ist vielfach gegen Kinder und Frauen losgezogen. Ich habe darüber eine große Fülle Materials von den unmittelbaren Beteiligten gesammelt, kann aber heute nicht ausführlich darauf eingehen. Wichtiger ist etwas anderes. Man hat von den zahlreichen Erzeugen von Streikenden gesprochen und verteuert auf die vielen Prozesse, die jetzt im Ruhrrevier verhandelt sind. Auf die bedauerlichen Justizzustände bei diesen Prozessen werden wir bei der dritten Lesung zurückkommen. Hier möchte ich nur betonen, daß wir es in diesem Falle mit einem

ganzen Heer von Denunzianten

in Gestalt der im Christlichen Gewerbeverein organisierten Arbeiter zu tun haben. Sie sind hier die lieben Kinder der Staatsgewalt, damit sind sie für alle Zeit gebrandmarkt, vor allen Arbeitern, die es ernst nehmen mit dem Kampfe für die Arbeiterinteressen. Die vom Minister vorgetragenen Einzelheiten sind zum guten Teil bereits als falsch erwiesen. Die Getöteten sind fast ausnahmslos Streikende. Der eine getötete Arbeitswille ist von einem Beamten getötet worden. Der Minister hat über die Bombenattentate mit großer Enttäuschung gesprochen. Es hat sich aber herausgestellt, daß auch diese mindestens zum großen Teil gegen streikende Arbeiter, in einem Fall sogar gegen einen Funktionär des Bergarbeiterverbandes ausgeübt worden sind. Auf jeden Fall mißbilligen wir derartige Dinge und der Bergarbeiterverband ist ihnen von vornherein scharf entgegengetreten. Sehr möglich ist auch, daß dabei Spindel die Hand im Spiele gehabt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Stellung des Zentrums zum Bergarbeiterstreik hat ja ihre bekannten politischen Gründe. Wir können beweisen, daß der Arbeiterverrat des Zentrums aus rein politischen Gründen unternommen worden ist. Den Judas Hiskarioth haben Sie ja erhalten. Die Erbschaftssteuer und Herr Vermuth sind dem Zentrum als Dankopfer dargebracht worden. (Lärm rechts und im Zentrum. — Sehr richtig! links.) Sie im Zentrum haben gehandelt nach dem Befehl: Eine Hand wäscht die andere. Während im Ruhrrevier die

Schnellfeuerjustiz gegen die Streikenden

arbeitete, ist es bis jetzt noch nicht gelungen, der unglücklichen Frau des ermordeten Arbeiters Herrmann die ihr zustehende Unterstützung beim Gericht zu erstreiten. Daß die Mörder des Herrmann natürlich noch nicht gefunden sind, ist ja in Preußen selbstverständlich.

Vor wenigen Wochen hat im Charlottenburger Polizeipräsidium eine Zusammenkunft der Polizeipräsidenten Preußens stattgefunden. Diese Zusammenkunft dürfte sicherlich sehr wichtige Dinge zu erörtern gehabt haben. Sollte uns darüber nicht eine kleine Mitteilung gemacht werden können? (Lachen rechts.) Beobachtungen die Herren vielleicht eine Gewerkschaft zur Wahrung ihrer Standesinteressen zu gründen oder wollen sie den Jagowischen Schieferlag über ganz Preußen ausdehnen? Wir glauben an nichts Gutes, wenn sich die Polizeipräsidenten zusammensetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Besonders glauben wir an nichts Gutes, denn die Polizeipräsidenten unterstehen dem gegenwärtig amtierenden Minister des Innern, der durch seine Amtsführung durchaus nicht den Beweis erbracht hat, daß er wahres Verständnis für die Interessen der Selbstverwaltung in Preußen hat. Jedes Wort, das dieser Minister spricht, beweist, daß er die Infamtion des beschränkten preussischen Polizeigeistes darstellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Der Minister des Innern hat bei der Beratung des Etats jene bekannten Worte gesprochen: Ueber die Beamten, die für einen Sozialdemokraten eintreten und ihn wählen. Lügner, Fälscher, Heuchler! so prasselte es herunter auf die Beamten. So spricht der Herr Minister des Innern gegen die Beamtenschaft, obwohl eine Strafammer in Oberschlesien erst in letzter Zeit ausgesprochen hat, daß das Gericht nicht auf dem Standpunkt stehe, ein Beamter dürfe niemals einen Sozialdemokraten wählen. Ich brauche auch nur an die bekannten Äußerungen des Herrn Jörn v. Dulach zu erinnern und daran, daß in anderen deutschen Bundesstaaten diese Stellung der Sozialdemokratie gegenüber nicht eingenommen wird. Mit diesen schweren Beschimpfungen gegen die Beamten, die nach ihrer Ueberzeugung gewählt haben, greift der Minister in Gesetz und Verfassungswidriger Weise ein in die Verfassungsbestimmung des Reiches, die das geheime Wahlrecht garantiert. Der Beamte schwört doch in seinem Dienstfeld nicht nur Treue dem König, sondern er verpflichtet sich auch auf die Verfassung. Nun sucht der Minister die Beamten zu einer Ungesetzlichkeit und Verfassungswidrigkeit zu zwingen.

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Sie haben dem Minister vorgeworfen, daß er sowohl in Gesetz wie in verfassungswidriger Weise vorgegangen sei. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Liebknecht (fortfahrend):

Der Minister hat mit seinen Beschimpfungen gegen die Beamtenschaft freilich das Gegenteil von seinem Zweck erreicht. Das beweisen zahlreiche Schreiben, die mir von Beamten zugegangen sind. (Abg. Hoffmann: Er ist ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft!) Wenn ich ein Sänger wäre, dann würde ich jetzt ein Lied singen. (Stürmisches Lachen rechts und im Zentrum.) Ich würde ein Lied singen von dem Jörn. (Erneutes Lachen.) Singe o Muse vom Jörn des Herrn v. Dallwitz. (Er. Weiter.) Herr v. Dallwitz hat eine gewaltige Schlacht geschlagen. Der Minister hat in der Schlacht gestiegen, und wenn wir keine Lorbeeren auf seinem Haupte sehen, so ist das eine Ungerechtigkeit. Der Herr Minister v. Dallwitz, der von Lügner, Fälscher und Heuchlern gesprochen hat, und dem es aus dem Wald heraus nun ein bißchen dorth entgegenhallte, der Minister des Innern, der ist zum Rabi gelaufen. (Hört! hört! links, großer Lärm rechts und im Zentrum.) Er ist etwa nicht zum Rabi gelaufen, um Laternen festzustellen, deren Feststellung im politischen Kampfe erwünscht

ist, sondern er hat wegen einer formellen Beleidigung geklagt, und er hat dabei gesiegt. Die

Glorie der preussischen Regierung

strahlt dreimal so hell bei diesem Sieg des Herrn v. Dallwitz. (Sehr gut! links.) Das sind so Geschichten, die nur in Preußen vorkommen können, nicht einmal in Rußland. Dabei wäre es wirklich mehr angebracht, wenn die preussische Regierung endlich an eine Reform der Verwaltung an Haupt und Gliedern herangehen würde, die dringend notwendig ist. Aber sie denkt nicht einmal daran, auch nur die Fesseln des preussischen Staates zu verbessern.

Der Kern des Uebels liegt im Wahlrecht.

(Lebhafte Zustimmung links.) Wie kann der Minister die fähige Behauptung aufstellen, daß der Wahlrechtsentwurf von 1910 der Thronrede entspricht habe. (Sehr richtig! rechts.) Als die Thronrede vom Kaiser sprach, haben gerade die Herren der Rechten deswegen in schärfster Weise Sturm gelaufen gegen den damaligen Reichskanzler Bismarck. Deshalb haben sie ihm auch das Grab geschaukelt. Als nachher die Wahlrechtsreform kam, standen sie ihr durchaus nicht so ablehnend gegenüber. Daraus geht schon hervor, daß die Reform von 1910 nicht die Erfüllung des Versprechens der Thronrede war. Die Hauptschuldigen sitzen freilich im Zentrum. Indem sie sich auf die Seite der Regierung geschlagen haben bei der Wahlrechtsreform und beim Austritt haben sie die Rechte des Volkes preisgegeben. Der Minister will vor allem einen Konflikt unter den bürgerlichen Parteien vermeiden. Er ist als

Sammlungsnachwächter

an der Seite des Reichskanzlers immer darauf bedacht, die bürgerlichen Parteien zusammenzuhalten. (Präsident: Sie dürfen den Minister nicht mit einem Nachwächter vergleichen! — Stürmisches Geheul links.) Wenn die Herren von der Volkspartei einen vorläufigen Beschlagsantrag gestellt haben, so sind wir selbstverständlich bereit, diesen Antrag zu unterstützen. So sieht der Minister auf das deutlichste, daß eine Wehrzeit für die Wahlrechtsreform in diesem Hause vorhanden ist. Wir wollen nur abwarten, ob nicht irgend welche Gründe der politischen Weiterentwicklung die Herren vom Zentrum bestimmen werden, gegen diesen Antrag zu stimmen. Der Minister will kein Wahlrecht mit der Sozialdemokratie zusammen machen, also kein Wahlrecht mit der großen Masse des Volkes, deren Interessen die Reform doch dienen soll. Das ist der alte trotzig Standpunkt des Ministers: Nach dem Ausfall der Reichstagswahlen nun gerade nicht!!

Sie (nach rechts) sehnen sich nach einer lustigen Kaballerieattade gegen das Volk, das preussische Dreiklassenwahlrecht ist Ihre Raubritterburg. Im Kriminalwesen und in der Pädagogik hat man die Abschredungstheorie längst zum alten Eisen gemworfen. Sie aber wollen in der allgemeinen Politik diese Abschredungstheorie noch wie vor praktizieren und dazu ist Ihnen der Minister die geeignetste Instanz, deshalb ist er neben dem Kultusminister Ihre liebste Kind, an dem Sie Wohlgefallen haben. Aber Gewalt und Provokation nützen Ihnen auch in der allgemeinen Politik nichts, sie bewirken überall das genaue Gegenteil. Solange Sie sich nicht zu der Höhe der staatsmännischen Auffassung emporgeschwungen haben, das Volk als lebendigen, selbständigen, seiner selbst bewußten und zur Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten fähigen Organismus zu verstehen, solange Sie den Staat lediglich betrachten als das Objekt, das Sie in Ihrem Interesse ausnützen, um Ihre Privilegienherrschaft auf die Dauer zu stabilisieren, solange Sie an einer solchen rückwärtigen Staatsauffassung festhalten, wird die Wirkung Ihrer Tätigkeit sein, wie es schon in der Bibel heißt: Wer Wind säet, wird Sturm ernten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Entwidlung wird auch über Sie hinweggehen. Die Entwidlung steht nicht still, wie es in der Thronrede heißt, auch gegenüber Ihren Privilegien, gegenüber dem Dreiklassenwahlrecht. Sie aber weisen alle unsere Anregungen immer noch zurück. Preußen ist Ihre Domäne, Sie sind verantwortlich für Preußen und das Prestige, das Preußen in der Welt hat. Wenn ich vor einigen Wochen in einer persönlichen Bemerkung scharfe Worte über Preußen und das Dreiklassenwahlrecht gebraucht habe, so kann ich davon nichts zurücknehmen. Es bleibt dabei, daß sich Preußen mit dem Dreiklassenwahlrecht immer mehr entwidelt zu einem Spott für die ganze Welt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Große Unruhe rechts.)

Präsident Freiherr v. Erffa ruft den Redner zu einem weitem mal zur Ordnung und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Liebknecht (fortfahrend): Sollten Sie die Absicht haben, so weiter zu wirtschaften, wie bisher, indem Sie sich jeder wirklichen Reform widersetzen, so werden Sie sehen, daß Preußen mehr und mehr zu einem Rindenspott für die Welt wird. (Stürmisches Entrüstungsgeheul rechts. — Präsident Freiherr v. Erffa erteilt dem abgehenden Redner den dritten Ordnungsruf. Abg. Hoffmann ruft zur Rechten: Regen Sie sich nicht so auf, starke Leute bekommen leicht einen Herzschlag. Weiterkeit.)

Präsident Freiherr v. Erffa: Nach dem amtlichen Stenogramm hat der Abg. Liebknecht im Laufe seiner Rede gesagt: „Warum sehen wir denn gar nichts von dieser mimosenhaften Empfindlichkeit unseres Nationalgefühls und Ehrgefühls, wenn es sich handelt um das Verhältnis zwischen Deutschland und dem barbarischsten und verächtlichsten aller Staatswesen, das wir in Europa haben.“ Dazu hat der Abg. Ströbel den Zwischenruf gemacht: „Außer Preußen!“ Herr Abg. Liebknecht, ich rufe Sie wegen dieser Beleidigung eines mit Deutschland befreundeten Staates zur Ordnung. (Stürmisches Geheul rechts, Jurufe bei den Sozialdemokraten.) Und Sie, Herr Ströbel, erst recht, der Sie den traurigen Mut hatten, diesen Zwischenruf zu machen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Erneuter stürmischer Beifall rechts. Abg. Hoffmann: Sie sollen die Ordnung aufrechterhalten und beherzigen die Abgeordneten! Sie haben den traurigen Mut, Ihre Amtsgewalt zu mißbrauchen! Lärm rechts.)

Minister v. Dallwitz: Auch ich lege gegen den unerhörten Angriff des Abg. Ströbel auf einen aus befreundeten Staat namens der preussischen Regierung (Abg. Ströbel: Und der russischen!) Bewahrung ein. (Stürmisches Bravo! rechts — Jurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich kann nicht umhin, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß in einem preussischen Parlament eine derartige Äußerung möglich war. (Erneute lebhaft Zustimmung links. — Protestrufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa (zu den Sozialdemokraten): Warum regen Sie sich denn auf! Wenn sich Abg. Liebknecht über den Ordnungsruf aufregt, finde ich das noch begreiflich. Abg. Ströbel: Sie können mich nicht aufregen! — Stürmisches Geheul rechts: Ruhe! Unerschämtheit! Weiterberatung Freitag 11 Uhr. Schluß 4¼ Uhr.

Aus der Partei.

Der 1. Mai als Schulfeiertag.

Die Zentralschulpflege der Stadt Zürich hat beschlossen, am 1. Mai die Schule freizugeben. 1898 wurde zuerst bezüglich um die Freigabe petitioniert. 1902 wurde durch Ständeheld des Vorstehenden der Nachmittag freigegeben, diesmal mit anschließender Freigabe der ganze Tag. Es geht doch vorwärts in der Welt. —

Freigabe des 1. Mai für das städtische Personal.

Man meldet uns aus Brüssel: Auch hier hat der Brüsseler Gemeinderat auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, dem städtischen Personal den 1. Mai freizugeben. Wie früher schon, widersetzte sich auch diesmal der liberale Bürgermeister

Roy dem Antrag, mit der Begründung, daß das Fest der Arbeit einer politischen Partei organisiert werde und demzufolge der Gemeinderat nicht seine Zustimmung für die Freigebung geben könne. Demgegenüber hob der auch sonst etwas weiterblickende liberale Gemeinderat Bauwens hervor, daß es ebenso berechtigt sei, die Arbeit, die die Prosperität des Landes bedeute, zu feiern, wie religiöse Feste. Der von Bauwens verteidigte Antrag wurde mit 19 gegen 18 Stimmen angenommen.

Die „Römische Zeitung“ als Verbreiterin einer Verleumdung.

In der Nr. 447 veröffentlicht die „Römische Zeitung“ unter dem Titel „Das neueste Evangelium“ einen Artikel, in dem vom Syndikalismus in den Vereinigten Staaten die Rede ist und die „Industrial Workers of the World“ (Industriearbeiter der Welt) als die Träger der syndikalistischen Bewegung Amerikas bezeichnet werden. Wir würden uns mit dem Artikel nicht befassen, wenn ihn der Korrespondent nicht zum Unlach genommen hätte zu einer Verleumdung des Genossen William Haywood, der ein Führer der „Industrial Workers of the World“ und Mitglied des Parteivorstandes unserer amerikanischen Bruderpartei ist. Haywood ist der Mann der direkten Aktion, wie es die Mc Namaras und ihre Spießgesellen waren, die mit Dynamit nachhelfen, wo es nicht ihren Büscheln entsprechend zugeht.“ Schreibt der Washingtoner Vertreter des Weltblattes am Rhein froh drauf los. Noch toller ist die weitere Behauptung: „... Herr Haywood, der den Gouverneur Steunenberg mit Hilfe einer Bombe aus dem Wege schaffte...“

Wann und wo hat Haywood den Gouverneur Steunenberg mit einer Bombe aus dem Wege geschafft? Es ist allerdings wahr, daß Genosse Haywood und die beiden Arbeiterführer Roger und Pettibone wegen Beihilfe zur Ermordung des Gouverneurs Steunenberg unter Anklage gestellt worden waren, es ist ferner wahr, daß die ganze kapitalistische Meute unter Führung des demagogischen aller amerikanischen Präsidenten, des Theodore Roosevelt, den Kopf Haywoods verlangt hatte, wahr ist aber auch, daß Haywood trotz einer beispiellos parteiischen Prozeßführung von der sorgfältig ausgesiebten Jury glänzend freigesprochen worden ist, weil sich sämtliche zwölf Geschworenen von seiner völligen Schuldlosigkeit überzeugt hatten.

So liegen die nackten Tatsachen. Entweder waren sie dem Vertreter des Weltblattes bekannt und er verleumdete froh drauf los oder aber er kannte sie nicht und hat dann mit der Ehre eines fremden Menschen ein freches Spiel getrieben. Beide Fälle sind für den Korrespondenten eines „vornehmen“ Weltblattes gleich blamabel.

Sozialdemokratischer Sieg in der römischen Arbeiterkammer.

Rom, den 23. April. (Fig. Ver.) Die Wahlen des Exekutivkomitees der römischen Arbeiterkammer haben unserer Partei den Sieg über die verbündeten Republikaner, Anarchisten und Syndikalisten gebracht, in deren Händen die Kammer bisher lag. Die Unterlegenen vertraten die sozialistische Richtung und hatten die Kammer auch aus der Konföderation der Arbeit austreten lassen, angeblich, weil die Konföderation politisch wäre. Bei der Verleumdung des Wahlergebnisses kam es zu geringfügigen Erzeugen der unterlegenen Parteien. Reformisten und Revolutionäre gingen bei der Wahl gemeinsam vor.

Vertichtigung. Der Verfasser des Artikels „Zum Parteitag der polnischen Genossen“ in Nr. 82 des „Vorwärts“ teilt uns mit, daß er vom Genossen Caspari überhaupt nicht informiert worden ist und somit die Behauptung des Parteivorstandes der polnischen sozialistischen Partei in Nr. 85 des „Vorwärts“: „Caspari hat den Artikelschreiber wissenschaftlich falsch informiert“, in sich zusammenfällt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kronprinzenbeleidigung.

Wegen Beleidigung des Kronprinzen hatte sich der Parteisekretär Gen. Scheibe in Dohum am Mittwoch vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Scheibe hatte im Dezember vorigen Jahres in einer Reichstagswahlversammlung u. a. sich mit dem Eingriff des Kronprinzen in die Verfassungskommission der Reichsregierung beschäftigt und in diesem Zusammenhang auch an die Jugendlichkeit des Herrn erinnert und daran, daß sich der Kronprinz bereits früher einmal in beleidigender Weise über die Sozialdemokratie geäußert habe. In der Hitze des Gefechts sind dann Äußerungen gefallen, die von der Anklagebehörde als Beleidigungen des Kronprinzen aufgefaßt worden sind. — Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 Monat, wobei es als strafmildernd in Betracht zog, daß die Äußerungen in der Hitze des Wahlkampfes gefallen sind.

Gewerkchaftliches.

Gewerkchaften als politische Vereine.

Versuche, Zahlstellen der gewerkchaftlichen Organisationen als politische Vereine zu betrachten und sie unter die Ueberwachungsbestimmungen des Vereinsgesetzes zu bringen, sind trotz der Zusicherung der Regierungsvertreter, daß das Reichvereinsgesetz loyal gehandhabt werden soll, in den letzten Jahren zahlreich gemacht worden. Namentlich in den ostelbischen Gefilden versuchen die Behörden es recht oft, und meist auch mit Erfolg, die Ortsvereine der Gewerkchaften für politisch zu erklären. Etwas ganz Besonderes hatte sich aber das Schöffengericht in Thorn geleistet. Es hatte die Leiter der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie es unterlassen hatten, Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes der Polizeibehörde anzuzeigen. Die Anmeldepflicht besteht nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes bekanntlich nur für politische Vereine. Allgemeine Weiterkeit hat es seinerzeit erregt, wie das Thorer Gericht die politische Tätigkeit der Zahlstelle festgestellt hat. Das Gericht wußte nämlich über die Tätigkeit der Zahlstelle seit Bestehen des neuen Vereinsgesetzes überhaupt nichts, sondern schloß aus dem Umstand, daß die Zahlstelle früher, unter dem alten Vereinsgesetz, ab und zu Erörterungen politischer Art zugelassen hatte, auf den jetzigen politischen Charakter der Zahlstelle.

Das war dem Landgericht Thorn, das sich nach erfolgter Berufung der Beurteilten mit der Sache zu beschäftigen hatte, doch zu stark. Es lehnte die gerichtliche Deduktion des Schöffengerichts ab. Zu dem damals ergangenen Urteile liegt jetzt die schriftliche Begründung vor. Wenn das Landgericht in der Urteilsbegründung auch den erstinstanzlichen Richtern unrecht geben muß, so ist das Urteil doch eine recht kräftige Ablage gegen die schöffengerichtliche Juristerei. Es lautet in seinem wesentlichsten Teile:

Es geht nun aber nicht an, wie es der Vorderrichter tut, aus der Tatsache der politischen Betätigung des Vereins bis zum Jahre 1908 den Schluß zu ziehen, daß der Verein auch weiterhin dieselben Bahnen eingeschlagen und die gleichen Prinzipien bis zur Jetztzeit verfolgt hat. Wohl liegt die Annahme dafür außerordentlich nahe, jedoch fehlt es an einem strengen Nachweis dafür, der um so mehr den Angeklagten erbracht werden muß, als sie behaupten, daß infolge des neuen Reichvereinsgesetzes der Verein streng genossen habe, irgendwelche politischen Fragen in seinen Versammlungen zu besprechen und zu erörtern.

Von den Angeklagten darf der Nachweis, daß der Verein sich jeder politischen Tätigkeit enthalten habe seit Beginn des Jahres 1908, nicht verlangt werden, weil dies eine Ab-

Weichung von der allgemeinen Regel im Strafprozess wäre, wonach den Angeklagten der Beweis ihrer Schuld geführt werden muß.

Die Angeklagten haben übrigens auch versucht, den Beweis zu erbringen für ihre Behauptung, daß der Verein eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten nicht bezweckte, und zwar durch Benennung der Zeugen Leipzig und Siefeld. Diese haben denn auch bezeugt, daß der Zentralverband der Holzarbeiter Deutschlands in keiner Weise sich politisch betätigte. Der Zeuge Leipzig hat bei seiner Vernehmung ein Rundschreiben des Zentralverbandes des genannten Verbandes an die Zahlstellen und eine Anweisung an die Leiter der Versammlungen zu den Ältern überreicht. (Bl. 57.) Der Inhalt dieser Schriftstücke ist, soweit er wesentlich war, in der Hauptverhandlung vorgetragen worden.

Dort heißt es unter anderem:

Einige Anträge und Fragen politischen und religiösen Inhalts sind vom Leiter der Versammlung nicht zur Verhandlung zugelassen.

Es muß der alte Grundsatz bestehen bleiben, daß jedes Mitglied die Pflicht hat, wie jeder andere Staatsbürger sich in der politischen Partei politisch zu betätigen. Das muß aber außerhalb des Verbandes geschehen; der Deutsche Holzarbeiterverband soll unpolitisch sein und bleiben.

Wenn das Berufungsgericht dadurch auch nicht die Behauptung der Angeklagten, daß der Verein in Wirklichkeit keinerlei politische Tendenzen zurzeit verfolgte, für dargetan erachtet, so fehlt es doch eben an dem hängigen Nachweis des politischen Charakters des Vereines in der Gegenwart.

Aus diesen Gründen wurde auf Freisprechung erkannt. Die ganze Anklage beweist aber, weisen man sich von Behörden versehen kann und wie vorsichtig in den Zahlstellen der Gewerkschaften gearbeitet werden muß, wenn sie nicht in den Mäßen des Vereinsgesetzes hängen bleiben wollen.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Eisenmöbelbranche erhalten im allgemeinen wesentlich niedrigere Löhne, als die Schlosser nach dem neuen Tarif zu beanspruchen haben, der einen Mindeststundenlohn von 57 Pf. festsetzt. Wie am Mittwoch in einer Versammlung der Eisenmöbelarbeiter ausgeführt wurde, werden in der Eisenmöbelbranche von Karl Schulz, Hasenheide, Anfangslöhne von 40 Pf. an Schlosser bezahlt. In den kleinen Betrieben sind die Löhne etwas höher; dort sind auch die Arbeiter besser organisiert wie bei Karl Schulz. In der Branche sind etwa 800 Arbeiter beschäftigt. Die Eisenmöbelhersteller, welche der Schloßerinnung angehören, müssen den Tarif zahlen. Daß auch in den übrigen Betrieben bessere Verhältnisse eintreten, dafür zu sorgen, wurde den Arbeitern dringend geraten. Insbesondere wandte man sich in dieser Hinsicht an die Arbeiter bei Karl Schulz. Diese Firma müsse angehalten werden, den Tariflohn zu zahlen. Sie sei doch wohl eher dazu imstande wie die fünf kleineren, der Innung angehörenden Betriebe, welche den Tarif innehalten. — Mit Rücksicht darauf, daß in der Eisenmöbelbranche nicht nur Schlosser, sondern auch Dreher, Sattler, Drahtarbeiter und andere beschäftigt sind, beauftragte die Versammlung die Kommission, einen Tarif für die ganze Branche aufzustellen, der in der nächsten Versammlung beraten werden soll.

Arbeiter, Parteigenossen! Fragt bei Euren Zigarreneinkäufen, wo es auch sei, nach den grünen Plakaten, unterschrieben Alwin Schulz. Beachtet die Veröffentlichungen in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“.

Der Vertrauensmann der Tabalarbeiter.

Achtung, Freisourgehilfen! Tariflich geregelt ist Gendolla, Diebigstr. 2; Vaher, Memeler Str. 81; Wartzel, Koloniestr. 38, und Barnd, Reußstr. 38. Für Verbandsmitglieder gesperrt: Kerber, Lüderstr. 39; Kuhnau, Rühringstr. 38. Verband der Freisourgehilfen.

Zu der Tarifbewegung der Fleischergesellen Neuföllns. Bewilligt hat noch der Fleischmeister G. Knauff, Neuföllns, Zentralverband der Fleischer, Straße 18.

Deutsches Reich.

Achtung, Kupferschmiede! In Frankfurt a. O. befinden sich unsere Kollegen seit Montag im Streik. Die Unternehmer haben im Gegensatz zu den Unternehmern an anderen Orten jede Verhandlung abgelehnt und versuchen, in bürgerlichen Blättern, auch in der „Volkszeitung“, Kupferschmiede und Heizungsmonteurs als Arbeitswillige heranzuziehen. Wir ersuchen, den Zugang nach Frankfurt streng fern zu halten.

Der Verband der Kupferschmiede Deutschlands, 1. Bezirk.

Die Militärkassier in Erfurt haben am 23. April wegen Nichtanerkennung des Berliner Tariffs die Arbeit niedergelegt.

Am Metallarbeiterstreik in Frankfurt und Umgegend sind zurzeit circa 4000 Arbeiter beteiligt. Die Aussperrung weiterer 3000 wurde von den Unternehmern für nächste Woche angedroht.

Ausland.

Ein Streikbrecher als Mordmörder!

In Zürich streiken seit einigen Wochen mehrere hundert Maser und alter Genossenschaft gemäß machen die lieben Christen wieder die Streikbrecher. Jetzt hat einer dieser Heiden und Berräter, namens Otto Kaiser aus Westfalen, den streikenden Maser Wädler, während er sich ruhig mit einem anderen Streikbrecher unterhielt, mit dem Revolver aus einem Nebenzimmer niedergeschossen und ihm im Unterleib derart schwere Wundwunden beigebracht, daß er im Spital gestorben ist. Der christliche Mordmörder, ein noch junger Bursche, ist verhaftet.

In der Stadt Zürich besteht das Waffenverbot. Die Streikbrecher sind davon offenbar ausgenommen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch noch die internationale schwarze Liste der Masermeister erwähnt. Die „Süddeutsche Maserzeitung“ (Weisterorgan) fordert die Masermeister auf, keinen aus der Schweiz kommenden Masergehilfen einzustellen. Das sei „Ehrenpflicht“.

Soziales.

Steuerverweigerung im Kampfe um das Selbstverwaltungsrecht.

Zur Anwendung eines ganz außerordentlich scharfen Kampfmittels haben sich die seit kurzem mit dem Landrat des Kreises West-Haveland in bitterer Feindschaft liegenden Steuerzahler der kleinen Gemeinde Neuenhof bei Brandenburg a. S. entschlossen. Sie wollen nämlich mit dem schwersten Beschluß der Steuerverweigerung vorgehen. Die Vorgeschichte dieses auffsehenerregenden Entschlusses, der sich als ein Akt der Notwehr darstellt, ist folgende:

In Neuenhof erfolgte im März d. J. zwei erien Male eine Gemeindevertreterwahl, bei der sofort drei Sozialdemokraten gewählt wurden. Durch die Wahl sowie auch durch die gleichzeitig erfolgte Erledigung des Gemeindevorsteherpostens hatte sich die Einziehung der Steuern für das letzte Vierteljahr bis jetzt hingezogen. In der ordentlichen Besannung wurde nun mitgeteilt, daß die Prozentsätze für die Gemeindesteuerschläge durch den Landrat bedeutend erhöht worden seien, so die Einkommensteuer von 210 Proz. auf 260 Proz., und daß dieser erhöhte Steuerzuschlag bei der Zahlung der Steuerbeträge für das letzte Quartal für das ganze abgelaufene Steuerjahr nachzahlen sei. Dadurch würde sich der Steuerbetrag manches Steuerzahlers für das letzte Vierteljahr um das Doppelte erhöhen. Als Begründung für diese Maßnahme wurde erklärt, daß die Zuschläge nach dem letzten Etatsvoranschlag nicht richtig berechnet worden seien.

Zu dieser Angelegenheit, die unter den Neuenhofer Steuerzahlern ungeheure Empörung erregte, nahm eine vom stell-

vertretenden Gemeindevorsteher einberufene Versammlung aller Steuerzahler Neuenhofs am 22. d. M. Stellung. In dieser Versammlung, in der es recht lebhaft zugeht, wurde allgemein der Wille zum Ausdruck gebracht, die Zahlung der vom Landrat diktierten Steuerzuschläge zu verweigern. Es wurde dessen Maßnahme als ein starker Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde bezeichnet. Von dem sadam einstimmig gefassten Beschluß, die erhöhten Steuern nicht zu zahlen, erhielt der Landrat durch eine schriftliche Ausfertigung, in der in sehr deutlichen Worten auch die Gründe mitgeteilt wurden, bereits am nächsten Tage Kenntnis.

Der Dank vom Hause Lichtenstein.

Die Berliner Schirmfabrik Eugen Lichtenstein ersucht uns um Aufnahme folgender Ergänzung zu unserem Bericht über den Gewerbegerichtsverhandlungsbericht vom 13. d. M.: „Es ist nicht richtig, daß die Tätigkeit des Franz Robert Waume entbehrlich war. Die Mündigung erfolgte wegen mangelhafter Arbeitsausführung. Der Sohn kam nicht 4 Stunden zu spät, sondern mit 1 Stunde und 10 Minuten Verspätung. Die Inanspruchnahme eines Schutzmannes erfolgte, weil Waume in betrunkenem Zustande erschien, und meiner Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge leistete.“

Inangebrachte Rathschläge der Polizei.

Die Köchin Sch., die in dem Pensionat Antrum beschäftigt war, hatte am 10. April ihren Dienst verlassen, nachdem ihr die Inhaberin des Pensionats im Laufe eines Streits zugerufen hatte: „Alle Zülle, die Beamten haben mir gesagt, ich kann Ihnen ein paar hinter die Ohren geben!“ Die Beleidigung und die drohende Haltung des Fräulein Antrum bewogen die Sch. zum sofortigen Verlassen ihrer Stellung.

Vor dem Gewerbegericht Hagie legierte nun auf Zahlung von Lohn und Kostgeld für 20 Tage in Höhe von 62 M. Die Kammer 6, unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Dreger, riet zu einem Vergleich, den die Parteien auch annahmen. Danach zahlte die Beklagte an die Klägerin 40 M.

Es will uns recht zweifelhaft erscheinen, daß Polizeibeamte dem Fräulein Antrum die Auskunft erteilt haben, sie sei berechtigt, dem Mädchen ein paar hinter die Ohren zu geben. Denn es muß der Beamten der Polizei sehr gut bekannt sein, daß die Dienstmädchen in einem Pensionat zu den Gewerbegehilfen zählen, und daß auch dem Befinde gegenüber, wie wir erst kürzlich darlegten, nach Artikel 95 des Bürgerlichen Gesetzbuches, ein Zuchtungsrecht nicht mehr besteht.

Verhört ein Vertrag über den Ausschluß des örtlich zuständigen Kaufmannsgerichts gegen die guten Sitten?

Das Kaufmannsgericht der Stadt Chemnitz hat wiederholt in Rechtsstreitigkeiten zwischen der Firma Grabner und ihren Angestellten auf Grund des § 138 BGB. Abs. 2 Verträge für nichtig erklärt und Beurteilungen der Firma ausgesprochen. Das paßt der Firma nicht. Noch weniger hat ihr gefallen, daß der Vorsitzende des nicht immer einwandfreie Geschäftsgebahren der Firma scharf gekennzeichnet hat. Die Firma verfuhr nun, den ihr unangenehm vorliegenden in verschiedenen Prozessen als befangen abzulehnen. Sie blieb dabei aber ohne Erfolg.

Jetzt versucht es die Firma auf andere Weise, sich der Rechtsprechung des Chemnitzer Kaufmannsgerichts zu entziehen. In ihren Verträgen mit den Angestellten vereinbart sie, daß für Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien das Kaufmannsgericht zu Hohenstein-Ernstthal zuständig sein soll. Ein solcher Vertrag lag dem Gericht vor, als der Reisende Sch. gegen die Firma Hagie, und den Vertrag, den die Firma mit ihm abgeschlossen hatte, als nichtig bezeichnete, weil er gegen die guten Sitten verstoße.

Der Vertreter der Firma behauptet, daß der Vertrag wegen des Ausschlusses des Chemnitzer Kaufmannsgerichts gegen die guten Sitten verstoße und deshalb nichtig sei. Nach § 38 der Zivilprozessordnung sei die Vereinbarung über die Zuständigkeit eines Gerichts zwischen den Parteien zulässig. Beide Parteien seien rechtsfähig und könnten Vereinbarungen treffen wie sie wollten, sofern diese nicht gegen Strafgesetze verstoßen. Der vorliegende Vertrag verstoße also nicht gegen die guten Sitten, wie das Kaufmannsgericht gern annehmen möchte. Die Firma betrachte den Gewerberichter Bauer als Richter nicht vollkommen unparteiisch. Er habe wiederholt in gegen die Firma gerichteten Prozessen Äußerungen gebraucht, die diese Behauptung rechtfertigten. Eine Ablehnung dieses Vorhabens aus formellen Gründen sei der Firma nicht möglich gewesen und deshalb habe sie nun mit ihren Angestellten ein anderes Kaufmannsgericht als zuständig vereinbart.

Nach eingehender Beratung beschloß das Gericht, über die Frage der Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts besonders zu verhandeln. Unter Zustimmung sämtlicher, die Firma Grabner betreffenden Prozessanten wurde nun das Material durchgenommen. Auf Grund des Ergebnisses der mehrstündigen Verhandlung wurde schließlich ein Zwischenurteil gegeben, das dahin lautete, daß die Einrede der Inzuständigkeit zu verwerfen sei. Die Vereinbarung über die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts zu Hohenstein-Ernstthal verstoße gegen die guten Sitten. Es gehe gegen das Empfinden des Rechts- und Billigdenkenden, einen anderen seinem ordentlichen Richter zu entziehen. Die Einreden der Firma seien widerlegt, nicht zuletzt durch die Berufungsinstanz, das Landgericht, das sämtliche von der Firma durch Berufung angefochtene Urteile des Kaufmannsgerichts bestätigt habe.

Das Urteil erscheint uns durchaus zutreffend.

Gerichts-Zeitung.

Zum Ahlfstener Vergiftungsprozeß.

Im Prozeß ist eine Erklärung des Vorsitzenden der Presse gegenüber noch nicht abgegeben, so daß eine Berichterstattung unmöglich ist. Der Vorsitzende soll der Ansicht sein, ein Grund zur Annahme einer Verletzung der Presse liege nicht vor. Diese Ansicht wäre durchaus irrig. Als der Sachverständige erklärte, er könne vom Pressefisch aus, wo er sah, nichts hören, erwiderte der Vorsitzende, dann müßte die Presse raus. Er gab damit also der völlig falschen Anschauung Raum, der Sachverständige sei durch die Pressevertreter gestört und die Presse gehöre nicht an den Tisch, der für sie reserviert war. Hatte der Vorsitzende etwa den Sachverständigen mißverstanden, so lag das an der schlechten Aufsicht des Saales. Hierfür die Pressevertreter verantwortlich zu machen, lag nicht der geringste Grund vor. Wir erfahren übrigens, daß eine eigenartige Beweisaufnahme kürzlich in diesem Prozeß stattgefunden hat. Der Sachverständige Professor Dr. J u d e n a u a wurde auf Antrag des Staatsanwalts als Zeuge darüber gehört, ob Rechtsanwalt Dr. Werthauer ihm gegenüber nach Ablehnung des von der Verteidigung gestellten Vertragsgesuchens geäußert habe; er werde dem Gericht solche Schwierigkeiten bereiten, daß eine ordnungsmäßige Erledigung nicht möglich wäre. Das bestätigte Dr. Judenau als Zeuge. Rechtsanwalt Dr. Werthauer, der dann über dasselbe Beweisthema gehört wurde, gab die Möglichkeit eines solchen Gesprächs zu. Gemeint habe er, daß ohne Voruntersuchung kein Gericht das Verfahren ordnungsmäßig zu Ende bringen könne.

Ein solches Vorgehen des Verteidigers rechtfertigt unsere schon früher zum Ausdruck gebrachte Ansicht über die auf fallende Art unsolchlicher Verteidigung in diesem Prozeß. Wie wir hören, müssen Zeugen und Sachverständige, wiewohl ihre Aussage bereits gemacht ist, der Verhandlung noch weiter beiwohnen, weil der Verteidiger ihrer Entlassung widersprochen

hat. Ein solches Zurückhalten von Zeugen und Sachverständigen — zu ihnen gehören Ärzte und Krankenbeschwestern — ist weder durch die Sachlage noch durch die Gesetzgebung geboten. Sie ist eine durchaus zwecklose Zeitvergeudung einer Reihe von Personen. Als Rechtsanwält Dr. Werthauer vernommen war, fragte ihn der Vorsitzende, ob er auch seiner Entlassung widerspreche, da er ja grundsätzlichen Widerspruch gegen Entlassung von Zeugen erhoben habe. Die Frage wurde von dem Zeugen nicht bejaht. Seine Entlassung erfolgte. Die anderen Zeugen haben dasselbe Recht auf Entlassung.

Versuchter Mord.

Eine Liebestragödie mit einem Einschlag ins Tragikomische, lag einer Anklage wegen versuchten Mordes zugrunde, mit welcher sich gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde der erst 20jährige Hausdiener Paul Schröder vorgeführt.

Der Angeklagte war längere Zeit in dem Tuch- und Wäsche-geschäft von Rosse in der Münzstraße als Hausdiener beschäftigt. Er verlebte hier in Gemeinschaft mit anderen Angestellten umfangreiche Schwindereien und Diebstähle, durch welche der Geschäftsinhaber nach seiner Angabe einen Schaden von circa 20—30 000 Mark erlitt. Wegen dieser Straftaten kam er zeitweilig gegen Schröder und zehn andere Personen in Strafverfahren. Durch diese Verbrechen war der Angeklagte in den Besitz einer größeren Geldsumme gekommen, mit der er sich einen vergnüglichen Tag machte. In seiner Gesellschaft befand sich dabei die Stickerin Hedwig Kaul, die er als 15jähriges Mädchen auf einem Tanzboden in Schönholz kennen gelernt hatte. Schon nach kurzer Bekanntschaft kam es zwischen beiden, nach Behauptung des Angeklagten, zu einem intimen Liebesverhältnis. Er veranlaßte das Mädchen, ihr Elternhaus zu verlassen. Er nahm sich ein möbliertes Zimmer, da ihm sein Vater wiederholt den „schlagenden“ Beweis dafür geleistet hatte, daß sich für einen so jungen Menschen ein solches Summel-leben nicht passe.

Im Oktober vorigen Jahres glaubte der Angeklagte Beweise für die Intimität seiner „Braut“ zu haben. Er kaufte sich mit dem durch die Diebstähle erlangten Gelde einen Revolver und holte am Nachmittag die K., die damals bei dem Offiziersverein als Stickerin beschäftigt war, ab. Das Mädchen fuhr nach Tegel hinaus, wo sich der Angeklagte durch Kaffee und Kuchen erst gehörig häufte. Nach einem zärtlichen tête à tête im Bade, holte der Angeklagte plötzlich den Revolver und eine große Flasche mit — Scheidewasser herbei. Wie er in seiner Vernehmung vor Gericht behauptete, habe er der K. nunmehr erklärt, daß er sich wegen der von ihr begangenen Intimität das Leben nehmen wolle. Die K. habe ihn darauf gebeten, sie nicht allein zu lassen, sondern sie ebenfalls zu erschießen. Er habe ihr diesen „Wesallen“ auch getan, da sie zu sehr gebeten habe. Er habe dann die K. in den Kopf geschossen und sie ebenfalls einen Schuß beigebracht. Beide legten sich dann nebeneinander im Bade hin, um auf den Tod zu warten. Der erwartete Erfolg trat jedoch nicht ein; statt dessen schloffen beide schlaftrunken ein. Nachdem der Angeklagte am Morgen von der K. geweckt worden war, gingen beide nach dem Bahnhof Schulzenhof, wo sie sich von dem Blut säuberten, und dann nach Berlin fuhren. Nachdem sie hier ein Hotel aufgesucht hatten, brachte der Angeklagte die K. in einer Drohsche zu seinen Eltern. Auf Grund der Angaben der Kaul, die entzweielt bestritt, den Angeklagten aufgefördert zu haben, sie zu töten, wurde die vorliegende Anklage wegen Mordversuchs erhoben. Die K. selbst ist, wie der Angeklagte vor Gericht behauptete, später an den Folgen eines strafbaren Eingriffes im Krankenhaus verstorben.

Vor Gericht wurde von Rechtsanwält Dr. Dunsch ein Beweis nach der Richtung hin angetreten, daß der Angeklagte tatsächlich auf das ausdrückliche und ernstliche Verlangen der K. hin, auf diese geschossen habe. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach versuchtem Totschlag. Das Gerichtsurteil lautete, da der Angeklagte ein recht frevelhaftes Spiel mit einem Menschenleben getrieben habe, auf 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis, unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft.

Diebstahl von Militärgewehreteilen.

Die Beweisaufnahme im Prozeß gegen Hellfrisch und Genossen ergab bis jetzt in der Hauptsache folgendes: Vor mehreren Jahren hat Hellfrisch „Systeme“ des Militärgewehres Modell 98 an Waffenfabrikanten in Suhl und Jella verkauft. Neuerdings hat der Londoner Vertreter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik die Entdeckung gemacht, daß in London „Systeme“ des Modells 98 zur Hälfte des Preises verkauft wurden, den er für die Systeme seiner Firma zu fordern hatte. Auf Veranlassung des Direktors Gänß von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik kaufte der Vertreter in London 20 solcher „Systeme“ an und schickte sie nach Berlin, wo sie der Direktor als Fabrikate der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik erkannte. Firma und Fabrikstempel waren herausgeföhelt. Die Nachforschung nach der Herkunft der „Systeme“ führte auf Hellfrisch zurück, der eine befreiende Erklärung über den Erwerb derselben nicht geben konnte. Eine polizeiliche Hausdurchsuchung bei Hellfrisch förderte eine Anzahl Gewehreteile zutage, die ebenfalls als aus der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik herrührend bezeichnet wurden.

Wie Hellfrisch zu den Gewehreteilen gekommen ist, läßt sich aus den Angaben eines seiner früheren Lehrlinge schließen. Der junge Mann hat etwa ein Jahr lang wöchentlich ein- bis zweimal, auch dreimal schwere Pakete vom Angeklagten Pöner geföhlt. Am Tage nach dem Eingang solcher Pakete mußte der Lehrling den Stempel der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik aus Gewehreteilen ausfeilen.

Die nächste Sitzung findet am Sonnabend statt.

Am 1. Mai Teppeden

bleibt mein Geschäft auch in diesem Jahre geschlossen. Arbeitsanzüge.

Witt. Pahr, Brannenstr. 116.

Schönige Patent-Mundharmonika



Es lassen sich Oktav- und Doppel-Oktavtöne zu gleicher Zeit erzeugen. Durch Drücken auf einen Knopf kann die Oktavstimmung auch ausgeschaltet werden und lassen sich auf diese Weise wundervolle Töneffekte erzielen. Kein Musikfreund ver-säume sich dies Frachtinstrument anzuschaffen. Auch ist die äußere Ausstattung eine sehr gediegene. (Ganze Länge d. Instr. 12 1/2 cm.) Preis in schönem Etui 1.60 M., Porto 20 Pf. extra; gegen Nachnahme oder Voreinsendung (auch Briefm.). Garantie: Geld sofort zurück, wenn nicht gefällt! Hauptkatalog über tausende Gebrauchs- und Luxusgegenstände gratis und franko.

Kirberg & Cie. in Foche No. 4 bei Solingen.

Todes-Anzeigen

Auguste Ficius
geb. Krüger
nach kurzem Leiden am 24. April, mittags 12 Uhr, im Alter von 53 Jahren verstorben. 13495 Dortrauerstr. Halle nebst Kindern.
Fruchtstr. 33/34.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. April, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Frau Auguste Ficius
Fruchtstr. 33/34
gestorben ist.
Ihre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. April, nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Joseph Grolmus
Klattenheller Str. 4) gestorben ist.
Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 1/4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Eduard Schubert
Antonstr. 24.
Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Joseph Weglehner
Schönhauser Allee 73.
Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Albert Sternberg
Abteigasse 20, im Alter von 37 Jahren verstorben ist.
Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hermann Gebert
gestorben ist.
Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
Haut- und Harnleiden.
Zenstr. 41, Moritzplatz
-7. Sonntag 10-12. 2-4

Todes-Anzeige.
Am 23. April verstarb mein lieber Sohn, unser Bruder, der Schiffseger
Paul Seibt
im 26. Lebensjahre. 303
Um stille Teilnahme bitten
Elisabeth Seibt
und Söhne.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Emilie Wullschläger
geb. Grabowsky
im Alter von 82 Jahren nach langem schweren Leiden am 24. April verstorben ist.
Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen
Hermann Wullschläger.
Die Beerdigung findet am Sonnabend auf dem Berliner Gemeinde-Friedhof statt.

Frida Nitz geb. Ziemann
nach kurzem, aber schwerem Krankenlager im Alter von 21 Jahren verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Seestraße aus statt. 13568

Frau Lehmann
sagen wir allen Beteiligten, besonders dem Deutschen Transportarbeiterverband, dem sozialdemokratischen Wahlkreis sowie dem Verband der freien Gewerkschaften unseren besten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Lehmann, Steglitz.

Emil Müller
sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie Herrn Schenk für die wertvollen Worte am Sarge, dem Wahlkreis des dritten Reichstagswahlkreises, den Genossen des Bezirks 434, dem Lesabend der 42. Abteilung, seinen Freunden in den letzten Stunden seines Lebens, den Kollegen der Firma Rud. Mosse sowie den Kollegen der Firma Rauter & Sieck meinen innigsten Dank.
Mitte Berta Müller,
Gsmarschtr. 16.

Rudolf Gnifke
sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem sozialdemokratischen Wahlkreis Reinickendorf-Ost und dem Gefangenen-Beiratsrat Reinickendorf-Königsplatz meinen besten Dank.
13428
Luis Gnifke.

Emma Prause
sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Spektator Genossen Kadobusch und Ansträgerinnen, dem Hausbesorger und Kochdamen unseren herzlichsten Dank.
Albert Prause nebst Kindern.

Ziehung v. 13.-18. Mai 1912
Grosse Coburger
Geld-Lotterie
17555 Geldgewinn ohne Abzug - A
360000
100000
50000
Lose 3.- Porto u. Liste 30 Pf. extra
Emil Stiller, Hamburg

Knorr Suppen-Würfel
Weibertreu
Erbsen m. Speck
Wer probt, der lobt

Das echte Dr. Gentner's Goldperle
Veilchenseifenpulver
mit den reizenden, praktischen und brauchbaren Geschenkbeilagen können Sie nur in obiger Packung bekommen.
Kleiner Fabrikant auch der so beliebten Schmierseife "Nigrin"
Carl Gentner, Fabrik chem.-techn. Prod., Göppingen.
Vertretung für Groß-Berlin: 200/12*
Max Haseh, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 216. Tel. Neukölln 9250.

Betrifft Herren!
welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen. Wir empfehlen aus unserer Abteilung zum höchsten Herrenanzug, Alter und Valetots. Diese Anzüge sind zum Teil aus feinsten Stoffen gefertigt (einige auch auf Seide) und für jeden Herrn passend am Lager. Früherer Verkaufspreis bis 120 Mk., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen: auch neue
Schrock-Anzüge 18, 21, 24, 28 Mk. u.
Valetots u. Hüster 8, 12, 16, 20 Mk. u.
Burschen-Anzüge 7, 10, 12, 15 Mk. u.
Hosen-Anzüge 12, 16, 19, 22 Mk. u.
Hosenhosen 2, 3 bis 6 Mk.
Verteilung von eleganten Jacken und Gefellanzug-Anzügen.
Haupt-Geschäft: **Große Frankfurter Straße 116, an der**
J. Wand, II. Geschäft: **Chausseestr. 89.** III. Geschäft: **Jägerstr. 11.**

Neukölln. Bitte Neukölln.
Liste derjenigen Fleischermeister, die den Tarif des Zentralverbandes der Fleischer unterschriftlich anerkannt haben.
G. Fonara (Buckhofsstr.), Berliner Str. 27
P. Lukaschek, Berliner Str. 28
A. Reiland, Berliner Str. 29
W. Fischer, Pietenstr. 51
H. Jochmann, Pietenstr. 41
M. Kaller, Pietenstr. 23
H. Rauchfeld, Pietenstr. 13
P. Wonneberger, Belferstr. 24
F. Schield, Belferstr. 51
K. Gerlach, Barthelstr. 70
G. Saft, Barthelstr. 58
Th. Pahake, Barthelstr. 73
W. Friedmann, Barthelstr. 7
P. Jünger, Barthelstr. 5
F. Klein, Rothbuler Damm 12
C. Flehmig (Buckhofsstr.), Thomasstr. 35
Paul Schmel, Steinmetzstr. 110
A. Müller, Seidamer Str. 28
J. Fischer, Seidamer Str. 1
W. Wasowicz, Seidamer Str. 35
F. Kubin, Donaustr. 15
F. Schmidt, Weichselstr. 49
H. Burok, Weichselplatz 4
1. Neuköllner Engros-Schlächterei, Hermannstr. 114
O. Persika, Hermannstr. 109
C. Bolle, Hermannstr. 232
B. Riedel, Hermannstr. 46
M. Riese, Ralfstr. 20
G. Seidel, Jägerstr. 7
P. Kuszik, Jägerstr. 59
M. Meier (Woc.), Belferstr. 168
W. Krager, Dersbergstr. 21
O. Schönbrunn, Richardstr. 61
W. Rademacher, Hebrichstr. 19
J. Blümlin, Weichselstr. 14/16
H. König, Rogatzstr. 40
R. Kauer, Rogatzstr. 31
E. Krause, Rogatzstr. 28
P. Bartsch, Ankerstr. 41
H. Polerfuß, Ankerstr. 68
K. Kroll, Ankerstr. 78
J. Orth, Anker Str. 25
K. Stock, Anker Str. 111
Gleich, Anker Str. 40
Nachstehende Fleischermeister, die zurzeit keine Geschäfte beschäftigen, haben ebenfalls ihre Zustimmung erklärt:
E. Schildt, Dersb. Str. 23
E. Immrich, Rogatzstr. 14
M. Falkner, Donaustr. 7
H. Schmidt, Anker Str. 21.
Diese Fleischermeister erklären ihrer Kundsch. bei ihnen sei alles bewilligt, das ist nur eine Fälschung; nur diejenigen haben die Forderungen resp. den Tarif anerkannt, die hier in dieser Liste namentlich aufgeführt sind.
Arbeiter, Hausfrauen! Unterstützt die Fleischermeister in ihrem Kampfe um gerechte und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse.
Zentralverband der Fleischer.
Berlin NO., Gleditschstr. 11. Teleph.-Amt: Köpenick Nr. 3024.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.
Touren
zum Sonntag, den 28. April:
1. bis 10. Ubr.: Weider. Abteilungsstart 4 Uhr an den bekannten Stellen. Sammelstart 5 Uhr Schöneberg (Rathaus). 12 Uhr: Rotenapfel (Einger).
11. Ubr.: Am 14. Mai 8 Uhr: Weider. Start: Große Hamburger Str. 18/19. 11/5

Reinickendorf.
1. Ubr.: 2 Uhr: Gasmittel. Start: Schillingstr. 1.
2. Ubr.: 1 Uhr: Ziegelstr. Start: Kamenstrasse.

General-Versammlung!
Die oberste Generalversammlung findet am Dienstag, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, in dem Sophienpark, Sophienstr. 17/18 am Godeschen Markt Rat. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
Der Zentralvorstand.

Bekanntmachung
für die jugendlichen Wandermittler!
Unsere nächste Zusammenkunft findet am Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr, bei Lehmann, an der Straßener Brücke 3, statt.
Vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter E. V.
Anmeldungen werden in der Oberbergsammlung am Sonnabend, d. 27., 8 Uhr, im Saal des Zentral-Arbeitsnachweises, Gsmarschstr. 18, entgegengenommen.
Unterrichtsbeginn 2. Mal.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.
Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Hund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte m. stark Gäng.
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken unsonst.
Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Männer - Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Mens. größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 - Brückenstr. 28
Gr. Frankfurterstr. 20
Schönbergstr. 18, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Nachdr. verboten.

Orts-Krankenkasse für das Bäcker- u. Konditorgewerbe zu Berlin.

General-Versammlung
der Vertreter der Ortskrankenkasse für das Bäcker- u. Konditorgewerbe zu Berlin findet am
Dienstag, den 30. April, abends 7 1/2 Uhr,
in den Vereinslokalen,
Kottbusdammstr. 58/59, Parterre-Saal statt.
Tagesordnung:
1. Bericht über das Geschäftsjahr 1911 der früheren Ortskrankenkasse der Konditoren, Bäckermeister und oekonomischer Gewerbe zu Berlin.
2. Bericht der Prüfungskommission.
3. Bericht über das Geschäftsjahr 1911 der früheren Ortskrankenkasse für das Bäcker- u. Konditorgewerbe zu Berlin.
4. Bericht der Prüfungskommission.
5. Antrag des Vorstandes auf Veränderung der §§ 21 und 42 des Statuts.
6. Stellungnahme zur Zentralisation der Ortskrankenkassen Berlins.
7. Kassenantragstellungen. 275/3
Der Vorstand,
Karl Heuschold, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse Britz bei Berlin.
Dienstag, den 30. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, findet die Ordentliche

General-Versammlung
der Vertreter der Arbeiter und Arbeitnehmer im Lokal von H. Raddag, Brly. Chausseestr. 39, statt.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung des Vorjahres und Bericht der Revisoren.
2. Änderungen der §§ 18, 31f. III, 18, Abs. 1, 20, Abs. 1 des Statuts.
3. Bericht des Vorstandes.
275/4
Der Vorstand,
Langguth, II. Vorsitzender.

Auch Teilzahlung!
Nur mit **Möbel-Misch**
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Erstklassige Bezugsquelle für Gardinen u. Teppiche
Wallstr. 13 (dreizehn)

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktische Mann
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66
Nähe Alexanderplatz. Am Weinmeisterstraße. am Friedrichshagen.
Neuere billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßart, beste Verarbeitung, größte Answahl.

Stadtverordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 25. April, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/4 Uhr. Zunächst erfolgt die feierliche Einführung des in einer Ersatzwahl der 1. Abteilung gewählten Stadtverordneten IIIstein (Fr. Fr.).

Mit großer Mehrheit ist in der Ausschussberatung die Abänderung der

Ordnung über den Anschluß an die Kanalisation und die Erhebung von Kanalisationsgebühren von 1908

angenommen worden. Diese Novelle bezweckt im wesentlichen eine Vereinfachung des Geschäftsganges; es soll die Aufnahme industrieller unreiner Wasser in Mengen von über 10 000 Kubilmeter und reiner Abwasser von der Zustimmung des Magistrats abhängig gemacht und die zu zahlende Zuschlaggebühr durch Gemeindebeschlüsse geregelt werden.

Referent ist Stadtv. Körte (Fr. Fr.). Stadtv. Landsberg (A. L.) kann sich mit dem neuen § 25 nicht befreunden. Die Hausbesitzer seien doch schon belastet genug; da sei es doch verwunderlich, daß der Magistrat eine neue dingliche Belastung für sie erdnen habe.

Stadtv. Justizrat Pahn (A. L.) hält es auch für nicht ratsam, so gelegentlich ein neues dingliches Recht zu statuieren. Befestigung des § 25, so möge man die bisher geltende Bestimmung des § 28 einfügen, wonach wenn in dem Halbjahr, für welches die Gebühren noch nicht entrichtet sind, der Besitz wechselt, jeder Eigentümer als Gesamtschuldner haftet.

Stadtv. Alberti tritt für die vom Magistrat vorgeschlagene Fassung ein. Bis 1908 sei diese geltende Recht gewesen, dann von den Gemeindebehörden aufgehoben worden. Inzwischen hätten die Ausfälle an Gebühren sich so gesteigert, daß es wohl angezeigt sei, wenigstens den Versuch mit dem früheren Modus wieder zu machen. Eventuell solle die Versammlung wenigstens dem Antrag Pahn zustimmen.

Stadtv. Koblensger (Soz.): Wir werden für die Magistratsvorlage stimmen. Gegen diese ist sehr wenig vorgebracht worden. Man hat den Termin, bis zu welchem die Radweise eingereicht werden sollen, den 1. Januar — jetzt ist es der 1. Februar — als zu früh bemängelt, aber ein ausschlaggebendes Gewicht legt auch Kollege Landsberg nicht darauf. Die dingliche Belastung halten wir für durchaus annehmbar, um so mehr, da es sich nur um Wiedereinführung eines früher schon lange bestehenden Verhältnisses handelt. Auch 19 000 M. sind doch immerhin für den Stadtsäckel schon ein Gegenstand.

Stadtv. Sonnenfeld: Wir können doch nicht alle drei Jahre ohne die triftigsten Gründe unsere städtische Gesetzgebung ändern; die Bürgerhöfe würde einen solchen Mangel an Stetigkeit nicht verstehen. Die Verwaltungsberechtigten erklärt die Dinglichkeit für nicht zulässig. Gewiß revidiert auch das Oberverwaltungsgericht einmal seine Anschauungen, aber doch nicht alle drei Jahre. Daß der neue Besitzer für alle Schulden der Vorbesitzer haften soll, wäre eine große Ungerechtigkeit; das muß zur Unsicherheit führen und auch die Hypothekengläubiger schädigen. Ich empfehle dagegen die Annahme des Antrages Pahn.

Die Versammlung lehnt den § 25 ab und nimmt den Antrag Pahn und mit diesem das abgeänderte Ortsstatut an. Die Besitzer des Hauses Friedrichstraße 24, Dr. Walter Aebelsdorf und Professor Dr. Wegner, haben ihr Grundstück an die Grundstücksverwertungsgesellschaft Friedrichstraße 24 G. m. b. H. verkauft, und es ist ihnen die Wertzuwachssteuer im Betrage von 3100 M. aberkannt worden. Sie petitionieren um Nichtbeitreibung dieses Betrages, da der neue Erwerber, eben diese Gesellschaft, bankrott sei, sie auch durch eigenartige pekuniäre Machenschaften der Gesellschaft materiell schwer geschädigt worden seien. Der Petitionsausschuss beantragt Ueberweisung zur Ermäßigung.

Stadtv. Brückner (Soz.): Wir beantragen Uebergang zur Tagesordnung, weil wir den Instanzenweg noch nicht für erschöpft halten, weil wir aber auch Billigkeitsgründe zunächst nicht wälten zu lassen vermögen. Geschäfte der Art, wie hier gemacht worden sind, grenzen geradezu an

sträflichen Leichtsinns.

Die Verkäufer mußten sich doch über die Person des Käufers unterrichten; haben sie das unterlassen, so müssen sie die Folgen tragen. Sie haben nicht die notwendige Sorgfalt beim Verkauf beobachtet, sie können daher nicht mit einem solchen Antrag an die Stadt kommen. Erst vor kurzem haben wir in einem ähnlichen Falle den Antrag angesehener Geschäftsleute um Befreiung von der Warenhaussteuer aus gleichen Erwägungen abgelehnt. Der Ausschussantrag auf Ueberweisung zur Ermäßigung ist auch nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt worden. Der Magistrat hat ja schon selbst ein Entgegenkommen gezeigt, wie man es nur selten findet, indem dem Betreffenden gestattet ist, Papiere zu hinterlegen.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt, ebenso bleibt der Ausschussantrag auf Ueberweisung zur Ermäßigung in der Minderheit.

Die Petition der ständigen wissenschaftlichen Mitglieder des städtischen Untersuchungsamtes um anderweitige Regelung ihrer Bezüge wird dem Magistrat nach dem Antrage des Petitionsausschusses als Material überwiesen.

Von dem Wortlaut des Gutachten, welches der Magistrat dem Ministerium in Sachen des Gesetzentwurfes über die Ausübung der Armenpflege bei Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen erstattete, nimmt die Versammlung Kenntnis.

Der „Deutsche Dauerflug 1911/12“ ist seitens der Veranstalter unter drücklicher und zeitlicher Beschränkung in einen Wettflug

„Rund um Berlin“

umgewandelt worden. Letzterer vermeidet die gegen den Dauerflug geltend gemachten Bedenken. Der Wettflug soll am 24. und 25. August stattfinden und die Flugbahn nur 96 bezw. unter Einziehung des Flugplatzes vorl. 150 Kilometer betragen. Für den Dauerflug hatten die städtischen Behörden am 8. Juni 1911 50 000 M. bewilligt, davon sollen 10 000 M. zur Unterstützung des Wettfluges „Rund um Berlin“ verwendet werden.

Stadtv. Unger (A. L.): Der alte Plan krankte an den zu ungeheuren Organisationskosten; der neue reduziert diese Ausgaben nicht unerheblich. Es ist aber auch das Interesse Hannovers und Hamburgs in Bezug gekommen; das Interesse Berlins, des Zentrums der Flugzeugindustrie, ist aber geliebten. Wir halten 10 000 Mark für zu wenig und bitten, die Angelegenheit nochmals in einem Ausschusse von 10 Mitgliedern zu prüfen.

Stadtv. Selberg: Der neue Wettflug geht „Rund um Berlin“, die Vororte aber, die am meisten davon haben, gehen nichts dazu her. Für Berlin scheinen uns 10 000 M. ausreichend.

Nach Ablehnung des Antrages Unger wird die Magistratsvorlage angenommen.

Die „Herrenwiese“ in Neukölln.

26 226 Quadratmeter, soll für 462 233 M. an Neukölln veräußert werden.

Stadtv. Bruns (Soz.): Wir halten den Moment nicht für geeignet, den Magistratsvorschlag anzunehmen. Eine gemischte Deputation berät seit einiger Zeit über die Frage, wie man den städtischen Grundbesitz in Treptow der Bebauung erschließen könnte, ohne daß Berlin die Wertzuwachssteuer verloren geht. Findet dieser Ausschuss einen Weg, so wird davon auch der übrige außerberlinerische Grundbesitz, der sich im Eigentum von Berlin befindet, berührt werden. Deshalb sollte erst der Beschluß der gemischten Deputation abgemartet werden. Berlin geht nichts verloren, wenn wir einstweilen die Vorlage ablehnen.

Stadtrat Kast: Das muß ich bestreiten; Berlin würde sehr viel verlieren. 250 M. pro Quadratrate für ein Terrain, das noch gar keine Straßen hat, sind eine sehr hohe Summe. Heute bringt uns dieser Besitz so gut wie gar nichts, wir müssen aber

doppelte Steuer

bezahlen, da Rixdorf die Steuer für die nicht im Ort Ansässigen verdoppelt hat. Lassen wir den Besitz noch länger liegen, so wird sich unser Verlust nur noch steigern. Die gemischte Deputation berät ja nur über Treptow.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt und der Verkauf beschlossen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/8 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenwahlrecht.

Zu dem am 12. Mai 1912 stattfindenden Zweiten Sozialdemokratischen Frauentag ist soden eine 16 Seiten starke Agitationszeitung für das Frauenwahlrecht erschienen, herausgegeben von Klara Jettin.

Aus dem Inhalt haben wir hervor: Das Fest der Blüte. Gedicht von Klara Müller-Jahne. — Zum 12. Mai. — Die Schmerzensreichen. Gedicht von Ada Rogri. — Die Internationalität des Frauentages. Von Adelheid Popp, Wien. — Für unser Recht. Aus der Rede von August Bebel zum ersten sozialdemokratischen Antrag, der 1895 im Deutschen Reichstage das Frauenwahlrecht forderte. — Das Frauenwahlrecht, eine geschichtlich begründete Forderung. Von Luise Zick. — Das Bürgerrecht — ein Recht der Mütter. Von Berta Selinger. — Schicksal. Gedicht von Ada Rogri. — Frauenwahlrecht und Klassenkampf. Von Rosa Luxemburg. — Warum fordern wir volles Bürgerrecht? — Mutter. Gedicht von Klara Müller-Jahne. — Die Bedeutung des Frauenwahlrechts für die Arbeiterinnen. Von Gertrud Hanna. Frauenwahlrechtbewegung in Bayern. Von Helene Grünberg. — Einseitigkeit aus der Hülle. . . . Gedicht von Wast Whitman. — Als die Frauen in Finnland zum erstenmal zur Wahlurne gingen. Von Hilja Värrinen, Helsingfors und anders.

In künstlerischen Bildern enthält die Zeitung: Aufende Bergarbeiterin, von Reunier. — Porträts der Sozialdemokratinnen im finnischen Landtag. — Walfürer, von Stephan Sinding. — Die Lehrschwestern, von Millet. — Judith, von Botticelli.

Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig. Dieselbe ist von der Expedition der „Gleichheit“ in Stuttgart, Furlbachstraße 12, sowie von den Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

B. Th. Stead und sein Kampf gegen den Mädchenhandel.

Unter den auf so gräßliche Weise umgelommenen Opfern des Schiffbruchs der Titanic befand sich auch der bekannte englische Journalist und Friedenssozialist William Thomas Stead. Die Nachricht von seinem tragischen Ende weckt die Erinnerung an das erste Auftreten dieses Mannes in der Öffentlichkeit, das einer Sache galt, die für die Frauenwelt von ganz besonderem Interesse ist. Es war im Jahre 1885, als die englische „Ball Mail Gazette“ ihre weltbekannt gewordenen Enthüllungen über den „Jungfrauen-Tribut im modernen Babylon“ brachte. Stead war der Leiter einer von jenem Blatte ernannten Kommission, die dem englischen Mädchenhandel auf die Spur kommen sollte, indem sie sich mit Inhabern und Insaßinnen von Bordellen in Verlehr setzte. Entsetzliche Dinge, wie sie grausiger sich keine Phantasie vorstellen kann, wurden damals offenbart. Der Bericht dieser Kommission wurde gedruckt und in allen Teilen bestätigt durch eine andere Kommission, der der Bischof von London, der Erzbischof von Canterbury, der Lordmayor und andere hervorragende Männer angehörten. Stead selbst sagte in seinem Bericht, daß seine Kommission nur die Oberfläche des Gegenstandes streifen konnte. Das Unternehmen wurde in 6 Wochen durchgeführt mit einem Gesamtaufwand von 800 Pfund Sterling. Das war nach Steads Worten „weniger als ein reicher Mann für die Korruption eines einzigen Ladenmädchens besserer Klasse, sagen wir die Tochter eines Pfarrers oder eines Doktors, verwenden würde“.

Das typische Vasten der Männer in den oberen Gesellschaftsklassen des als so sittenstreng verschrienen England ist die Entzugesungsmanie, die in ihren schneulichsten Auswüchsen schließlich zur Kinderprostitution und zur Einrichtung von Kinderbordellen geführt hat. Wie Kauf und Verkauf von Kindern und eben ererblicher Jungfrauen gehandelt, wie diese durch List eingefangen, durch Betäubungsmittel wehrlos gemacht werden, um die weiblichen Gelüste reicher Wüstlinge zu befriedigen, das ist in den Enthüllungen der „Ball Mail Gazette“ mit allen Einzelheiten beschrieben worden. Um alle Wünsche ihrer zahlungsfähigen Kunden zu erfüllen, stellten diese Bordelle eigene Kertze an, die den ihnen zugeführten Mädchen nach eingehender Untersuchung Jungfrauenatome ausstellten. Da die Nachfrage nach Jungfrauen aber das Angebot sehr oft überstieg, behand neben dem „reellen“ Jungfrauenhandel ein ausgedehnter Handel mit „gefälschten“ Jungfrauen. Es ist natürlich unmöglich, an dieser Stelle auf Einzelheiten jenes schmutzigen aller Verhältnisse einzugehen.

Genug, Stead konnte das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, eine moralische Pestbeule aufgedeckt zu haben. Seine Enthüllungen gaben das Signal für die ersten Anläufe zur Bekämpfung des Mädchenhandels, der bisher weber für die Regierungen, noch für die Öffentlichkeit existiert hatte. Aber es blieben Versuche mit unangenehmen Mitteln am unangenehmen Objekt. Denn bis zur Stunde blüht der Mädchenhandel nach wie vor; er wird nur raffinierter betrieben als dordem.

Das moderne Babylon existiert in allen sogenannten Kulturländern, und überall, wo es arme, ausgebeutete Menschen gibt, treiben Not und Unwissenheit dem Mädchenhandel und der mit ihm verschwärteten Prostitution in endloser Folge stets neue Scharen von Opfern zu. Als wackerer Bourgeois hat Stead, der auch in anderen Dingen — so in seinen Bestrebungen für den Weltfrieden — stets im Halbheiten stecken blieb, an die tieferen Zusammenhänge des Mädchenhandels und der modernen Prostitution mit der kapitalistischen Ordnung nicht gedacht, als er gegen die ekelhaftesten Auswüchse der geschlechtlichen Unsitte zu Felde zog. So mußte dieser Ideologe es erleben, daß jede Befehdung der Prostitution, welche die wirtschaftliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unangestößt läßt, dazu verurteilt ist, ein Kampf von Pyramiden gegen ein hünenhaftes Scheusal zu bleiben. Auch seine Friedensidee mußte er scheitern sehen. Und als Stead so jah aus dem Leben getafft wurde, ward er selbst ein Opfer des Ammonismus unserer Zeit, dessen zahlloser Profügler die Toten der Titanic geschuldet sind. —

Der schweizerische Arbeiterinnenverband

hielt am Sonntag in Basel seine Delegiertenversammlung ab, die von Delegierten aus 12 Sektionen besucht war. Der Verband hat im Jahre 1911 einen Vermögensbestand von 1165,49 Fr. erreicht, wozu noch der Profunds mit 475,39 Fr. kommt. Von den Beschlüssen erwähnen wir: Prüfung der Frage durch Redaktion und Zentralvorstand, ob nicht das Format der heute monatlich erscheinenden „Vorläuferin“ vergrößert und das Blatt alle 14 Tage herausgegeben werden kann; Anschluß der Sektionen an die lokalen Arbeiterunions; Nichtzugehörigkeit sozialdemokratischer Arbeiterinnenvereine zu bürgerlichen Frauenorganisationen; Aufstellung eines Arbeitsprogramms durch den Zentralvorstand und die Arbeiterinnensekretärin. Die nächstjährige Delegiertenversammlung findet in Olten statt.

Aus aller Welt.

Höflichkeit vor den Wahlen.

Man schreibt uns aus Brüssel: Die Generalwahlen am 2. Juni machen den Merkmalen große Angst. Die Regierung und die Merkmalen Abgeordneten sind daher von einer Konstimul, Aufmerksamkeit und Höflichkeit gegen die Wähler, die unbeschreiblich ist. Besonders große Ehre ist kürzlich einem Eisenbahnarbeiter erwiesen, dem ein Baron und ein Graf, beide Mitglieder der Merkmalen Partei, höchst eigenhändig die Mitteilung einer — Lohnaufbesserung machten. Das kleine Schriftstück ist ein Musterexemplar von Höflichkeit und es verdient schon darum eine größere Publizität, damit die Welt erfährt, wie herzlich und schlicht auch die Aristokraten mit einem simplen Arbeiter umzugehen verstehen — wenn die Wahlen vor der Tür stehen. Die Karte lautet ungefähr:

Herr Graf von Limburg-Stirum

und

L. von Du Bus von Warnaffe

Mitglieder der Deputiertenkammer

haben die Ehre und das Vergnügen Ihnen mitzuteilen, daß Ihr Lohn vom 1. Mai dieses Jahres an von 8 Frank 40 Centimes auf 8 Frank 80 Centimes erhöht wird. Sie (die Herren Deputierten nämlich, Anmtg. des Korresp.) entbieten Ihnen die Versicherung ihrer ganz ergebene Gefühle.

Nicht alle Tage wird einem Eisenbahnarbeiter eine Lohnerhöhung von 20 Centimes in einer so erlesenen Form angezeigt. — Erfieht man aus dieser Anzeige, wie merkwürdig, sagen wir, erzieherisch Wahlen auf die Umgangformen von Aristokraten und Volk wirken, so ist leider nicht daraus zu entnehmen, aus welchen Gründen dem Arbeiter die 20 Centimes Lohnerhöhung zugesprochen wurden. Hat der Arbeiter die Lohnerhöhung zu Recht erhalten? Wie kommen dann die Deputierten dazu, ihm davon Mitteilung zu machen? Oder bekam er etwa die 20 Centimes auf dem Wege der Protektion, durch die Vermittlung des Herrn Grafen und des Herrn Baron? Dem Herrn von Broqueville wären nach allem, was man sonst von ihm hört und sieht, auch diese kleinen Wahlgeschäften schon zugutruhen. Jedenfalls muß es schon ganz miferabel um die Merkmalen Wahlausichten stehen, wenn die Aristokraten zu dem verzweifeltsten Mittel greifen und mit Arbeitern — höflich reden.

Das Leichenfeld im Meere.

Die Passagiere des in New York eingetroffenen Dampfers „Bremen“ erklären, sie seien so dicht an den Leichen der „Titanic“ vorbeigefahren, daß sie die einzelnen Personen hätten unterscheiden können. So sahen sie eine weibliche Leiche, die in jedem Arme ein Kind hielt, und ein Ehepaar, das sich umschlangen hatte. Drei Personen hielten noch einen Deckstuhl fest; alle hatten Rettungsgürtel um. Überall auf dem Meere sah man Rettungsgürtel umher schwimmen. Die Mehrzahl der Leichen trieb zwischen zwei Eisbergen, von denen der eine zerplittert worden ist, als er mit der „Titanic“ zusammenstieß. Viele von den weiblichen Passagieren der „Bremen“ schrien beim Anblick all dieser Leichen laut auf.

Der zur Auffindung der Leichen ausgesandte Dampfer „Madag-Bennet“ meldet, daß er 205 Opfer der „Titanic“-Katastrophe geborgen habe. Der Kapitän glaubt, daß die Mehrzahl der Leichen niemals wieder an die Meeresoberfläche gelangen werde.

Verhaftung von Pariser Anarchen.

Die Verfolgung des Banditen Vonnott, der am Mittwoch den Unterchef der Pariser Sicherheitspolizei, Jouin, erschof, hat Donnerstag früh zur Verhaftung mehrerer angeblich Mitschuldigen geführt. Die Mitglieder der Klobverbände nennen sich „Anarchisten“, um ihren Verbrechen ein politisches Mantelchen umzuhängen. Die Verhafteten sind Roulot, genannt Lerulot, der Herausgeber der Zeitung „Anarchie“, und Bouquet, der Verleger der „Anarchie“. Beide wurden in Paris festgenommen, Sie vermittelten den Verlehr zwischen den einzelnen Mitgliedern der Bande. Später nahm die Polizei in Les Blas den „Anarchisten“ Dubost, einen Freund Vonnotts, in Haft, von dem man allerdings noch nicht genau weiß, welche Rolle er gespielt hat. In Alfortville wurde eine Frau Marie Vesse, die Geliebte Simentoffs, festgenommen, da man auch sie zu den Helfershelfern Vonnotts rechnet. Die Hausfuchung, die in der Wohnung des „Anarchisten“ Andre Maurice vorgenommen worden war, weil man glaubte, daß die Wohnung eine Zufluchtsstätte Vonnotts sei, hatte kein Ergebnis.

Kleine Notizen.

In des Tigers Zähnen. Eine Schreckensszene spielte sich in dem in Lübeck gastierenden Tierzirkus Walfertener ab. Ein Oberwärter begab sich in den Käfig der Königstiger, um ihn zu säubern. Als der Wärter einen der Tiger einen Augenblick unbeachtet ließ, stürzte sich dieser auf ihn und riß ihm große Stücke Fleisch aus den Waden, die er gierig verschlang. Auf das furchtbare Geschrei des Verletzten und des Publikums, das panikartig ins Freie rannte, kamen die übrigen Wärter dem Angegriffenen zu Hilfe. Erst als man der Bestie eine Gabel durch die Nase stieß, fuhr das Tier zurück und ermöglichte es so, daß der Wärter geborgen werden konnte. Seine Verletzungen sind aber furchtbarer Art.

Der vergiftete Meßwein. Die Geschworenen von Reggio Calabria haben den Priester Raso des Giftmordes schuldig befunden, worauf ihn das Gericht zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt hat. Wir haben über die Affäre, die durch dieses Urteil ihren Abschluß findet, seinerzeit berichtet. Der Pfarer von S. Ferdinando wurde nach der Meße von heftigen Vergiftungserscheinungen befallen, so daß der Verdacht laut wurde, daß der Meßwein vergiftet war. Um jeden Verdacht von sich zu weisen, trank der Sakristan aus der Apside, in der er den Wein aufbewahrte, erlag aber mit dem Pfarer den Wirkungen des Giftes. Da der Priester Raso in Feindschaft mit dem Pfarer lebte, fiel der Verdacht auf ihn, und die Verdachtsgründe waren so schwer, daß sie zur Verurteilung geführt haben.

Braune Condor-Woche

Jedes Modell beachtenswert durch schicke Modiform und höchste Preiswürdigkeit!



Vom
27. April
bis
4. Mai

Damen-		Knaben-u. Mädchen-Schnürstiefel				
echt Chevreau-Derbyschuhe Lackkappe	5 ⁹⁰	echt Ziegenleder, mit Lackkappen				
echt Chevreau-Schnürstiefel neueste Charakterformen	7 ⁵⁰	Gr. 25-26	27-30	31-35		
„Oxford“ 2-Knopfschuhe	8 ⁵⁰ 5 ⁹⁰	4 ²⁰	5 ²⁰	5 ⁹⁰		
Herren-		Derby-Schnürschuhe, echt Ziegenleder elegante breite Form				
echt Chevreau-Schnürstiefel	8 ⁵⁰	Gr. 25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
echt Boxcalf-Schnürstiefel hochmoderne Form, Pressfalten	10 ⁵⁰	3 ⁶⁰	4 ⁰⁰	4 ⁵⁰	5 ⁰⁰	5 ⁵⁰
echt Chevreau-Derby-Schnürschuhe	8 ⁵⁰	Condor-Sandalen — Naturaform —				
		Gr. 25-26	27-28	29-30	31-33	34-35 36-42 43-46
		2 ⁰⁰	2 ³⁰	2 ⁶⁰	2 ⁹⁰	3 ²⁰ 3 ⁵⁰ 4 ²⁵

Conrad Tack & Cie. Schuh-Fabrik Burg b.M.

130 Verkaufsstellen. Davon in Berlin und Umgegend:

C. Spittelmarkt 15 | W. Schillstrasse 16 | NW. Beusselstr. 20 | N. Reinickendorfer Str. 23 | O. Andreasstrasse 50 | SO. Oranienstr. 2a
 C. Rosenthaler Str. 14 | NW. Turmstrasse 41 | N. Friedrichstr. 127 | N. Brunnenstrasse 37 | O. Frankfurter Allee 125 | SO. Wrangelstr. 40
 W. Potsdamer Str. 50 | NW. Wilmsacker Str. 22 | N. Mollerstr. 3 | N. Danziger Strasse 1 | SO. Oranienstrasse 32 | SW. Friedrichstr. 240-241
 Charlottenburg: Wilmersdorfer Strasse 122-23 — Neukölln: Bergstrasse 30-31 — Potsdam: Brandenburger Strasse 54

Theater und Vergnügungen

Freitag, 26. April 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Ballett. Die Schöne Helena.
Kgl. Schauspielhaus. 1912. Deutsches. George Dandin. Komische Oper. Opernabend. Jofus Schumann. Gala-Vorstellung.
Haberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Tantenrahe 48/49. Weltbäder an europäischen Küsten. Nimmerwieder. Samuraj. Lesung. Das Friedensfest. Aufwärts. Oberst Dabert. Westen. Die schöne Helena. Kleines. Lotteries Geburtstags. Geny und Janny Elmer. Hedenjos. Königgräber Strohe. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Judith. Neues. Der liebe Augustin. Resdens. Alles für die Firma. Lustspielhaus. So'n Windhund. Berliner. Große Köhnen. Neues Operetten. Mädchenmarkt. Schiller O. Die Jüdin von Toledo. Zeyher. Charlottenburg. Lady Wilmersdorfer Fächer. Friedr. Wirth. Schauspielhaus. Das letzte Reich. Quisen. Ich lasse dich nicht. Hofe. 5x100 000 Teufel. Metropol. Geflohen. Trianon. Der Ehemann am Fenster. Ein angebrochener Abend. Thalia. Autollenchen. Wintergarten. Spezialitäten. Casino. Die lustige Strohmütze. Apollo. Spezialitäten. Variete. Spezialitäten. Herrnsfeld. Der Hausstiefel. Die man Männer liebt. Reichsballen. Eine Hochzeit in der Wälderstraße.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Der Polizeihund. Walhalla. Berliner Alerlei.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Königsleutnant.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Baller-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Lady Wilmersdorfer Fächer
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Köhnen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Der Vogelwandler.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von H. Hermequin und G. Nitsch.
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**
Sonntag 3 1/2 Uhr, nachm. 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Wissor Blut.**

Quisen-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Ich lasse dich nicht.
Sonntag 3 Uhr: **Wilhelm Tell.**

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstrasse 58.
Freitag, den 26. April 1912:
Verföhnt durch das Lied.
Original-Vollstück mit Gesang in 5 Akten von H. Kneifel.
Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonntag, den 28. April 1912, abends 7 Uhr:
Verföhnt durch das Lied.

„Clou“ Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Nur noch 3 Tage!!
Großes Konzert!
Heute: Musik d. 2. Garde-Regts. z. Fuß. Dirig. Oberm. Graf.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert
bei freiem Eintritt.
Heute: Musik d. 2. Grde-Drig.-Regts. Dirig. Oberm. Peschke.

Großes Eisbeinessen
Eisbein, Sauerkohl und Erbse purée a Portion 50 Pf.
Freitag, 26. April **Sackpeter,** Gr. Frankfurter Straße 106.
Verstärktes Orchester!

Urania.
Wissenschaftliches Theater
8 Uhr:
Weltbäder an europäischen Küsten.
(Von Hamburg bis Lissabon.)

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
5 x 100 000 Teufel.
Sonnabend: Es gibt nur ein Berlin.

Metropol-Theater.
Begen Vorbereitung heute geschlossen.
Sonnabend, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, zum erstenmal:
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch-mystische Komödie in 3 Akten nach H. Ambient u. H. M. Thompsons „The Arcadians“, völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von L. Woulton, Howard Talbot und H. Nelson. In Szene gesetzt vom Direktor H. Schalk.
Tänze arrangiert von Bill Bishop.

Königstadt-Kasino.
Ecke Polmarkt- u. Alexanderstraße
Bis 30. April täglich ab. 1/2 8 U.
Im Saal zum grünen Kranz und das glanzvolle Spezialitäten-Programm. — Borzugskarten haben an allen Wochentagen Giltigkeit.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Letzte Woche
des großen komischen Programms mit dem
Tagesgespräch von Berlin Bellini.

Herrnsfeld Theater
Schluss diesjähriger Spielaison:
Montag, 29. April
bis dahin täglich:
Wie man Männer bessert
3 Akte von Anton u. Donat Herrnsfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausstiefel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkasse)

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Hierzu: Ein angebrochener Abend.

Passage-Theater.
Gastspiel
Gertrude Barrison
Karl Hollitzer
Das Geisterfenster
und das große April-Programm mit 10 neuen Attraktionen!

Passage-Panoptikum.
Das vereinte Riesenpaar
Brühhl und Dusorc
Deutschland u. Frankreich
Hede, das Löwenmädchen
halb Mensch — halb Animal
lebend zu sehen
Ohne Extra-Entree.

Ki-Ko-Krol
früher Neues Kgl. Operntheater.
Lichtspiele
in wirklichen Naturfarben
Kinemakolor.
Bis auf weiteres das von der gesamten Presse glänzend besprochene, farbanprächtige Eröffnungsprogramm.
Gr. Orchester mit Gesang.
Unsere Eintrittskarten berechnen auch zum Besuch des **Konzertgartens.**

Am 2. Mal unwiderruflich letzte Vorstellung.
Zirkus
A. Schumann
Heute Freitag, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr:
Zum erstenmal:
Casa Blanca
ausgeführt von 8 Houckes.
Auftritt der **Don-Kosaken**
u. ihren Orig.-Steppenpferden sowie das übrige Sportprogramm.
Um 9 Uhr:
Das größte Ausstattungstück der Gegenwart
Das Motorpferd
in 5 Akten.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

Casino-Theater
Lohbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Aprilprogramm mit **Grete Gallus.**
Abendliche Spezialitäten:
Der Hosenhänger
Die lustige Strohmütze.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast Deutschlands
Alle Abende, 6. sensat. Eisballett „Yvonne“. Die kl. Wals-Königin Charlotte. Weltmeister Bror Meyer. Nachm.: Kunstlauf-Produktionen. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang: Hochtags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin** Hauptbüro: **Sof. I.**
 Amt Norden, Nr. 1230. **Charitéstraße 3.** Amt III. **Sof. III.**
 Amt Norden, Nr. 1987.

Sonntag, den 28. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saal der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23:

Branchen-Versammlung aller in den Eisenkonstruktions-Betrieben Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung:
 1. Welche Stellung nehmen die Kollegen zu den Vorschlägen der Kommission ein? 2. Branchenangelegenheiten und Beschäftigung.
 Es ist unbedingt notwendig, daß jeder in diesen Betrieben beschäftigte Arbeiter in dieser Versammlung erscheint.

Achtung! Rohrleger und Helfer. Achtung!

Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dr. Julius Moses: „Der Wille zur Macht“. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Es wird bestimmter und pünktlicher Besuch jedes Kollegen erwartet, da der Vortrag um 10 1/2 Uhr beginnt.

Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Zieh, Warschauer Straße 61 (in der Nähe des Bahnhofs Warschauer Brücke):

Versammlung der Zannaufsteller und Helfer.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
 Kollegen! Es kommen wichtige Angelegenheiten zur Besprechung, deswegen ist es Pflicht, daß ein jeder erscheint.

Montag, den 29. April:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

- Norden: **Pharussäle**, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: **Obiglio Festsäle**, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: **Frankes Festsäle**, Sabir. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit: **Patzenhofer Brauerei**, Turmstraße 25/26, abends 8 Uhr.
- Tegel: **Trapps Festsäle**, Bahnhöfstr. 1, abends 6 Uhr.
- Osten: **Comeniusäle**, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg: **Restaurant J. Ertelt**, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: **Café Bellevue**, Hauptstraße 5, abends 8 1/2 Uhr. Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
- Südenbezirke: **Hohenstaufen-Säle**, Rottbuscher Damm 76, abends 8 1/2 Uhr.
Südost, Wolbemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr.
- Neukölln: **Hoppes Festsäle**, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: **Volkshaus**, Nothenerstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: **Wahrendorfs Festsäle**, Richterfelde, Pöfstr. 7, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: **Papenfoths Linden-garten**, Friedrichstr. 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Ober-Schöneweide: **Wilhelminenhof**, Wilhelminenhofstraße 82, abends 6 Uhr.
- Spandau: **Pezells Restaurant**, Vögelersdorferstr. 5, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
 Bericht von der ordentlichen Generalversammlung und Stellungnahme zur außerordentlichen Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 10, Engel-Auer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
General-F. J. Burrus St. Kreuz i. L.
 Depot von **Größte Firma in Feinschnitt-Tabaken des Kontinents**
 Spezialität: **Shag Tabake u. Zigaretten.**
 Amt Moritzplatz 3014.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der **Möbelfabrik**
H. Walter Inh.: **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35
 kein Laden, kein Laden, kein Laden
 Tel.: A. III, 5157
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Sonntag, den 28. April 1912, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

aller in der Hauptwerkstatt und in sämtlichen Betriebsdepots sowie auf Hoch- und Tiefbau beschäftigten Handwerker und Arbeiter der Großen Berliner Straßenbahn in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97.

Tagesordnung:
 1. **IndustrieKonzentration und Arbeiterbewegung.** Referent: Kollege Büdte.
 2. Diskussion.
 3. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein guter und zahlreicher Versammlungsbesuch erforderlich, denn es sollen auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen werden. Darum ist es Ihre heilige Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Wer es mit der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage ernst meint, darf nicht fehlen. Darum muß jeder Kollege, ob alt oder jung, zur Stelle sein.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Mit kollegialem Gruß
Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Ortsverwaltungen Berlin.

Blendax
 macht's Scheuern sehr bequem
 Und del is mir recht anjehem
 Pakete zu 10 u. 20 Pfg
 Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):

Sitzung der Ortsverwaltung. Donnerstag, den 2. Mai: General-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 4.

Branchenversammlungen

Montag, den 29. April:
Ladenischler. Abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Mezzanin, Straße 27c.
 Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Der 1. Mai. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten sowie Ausgabe der Delegiertenkarten.

Vergolder. Abends 8 1/2 Uhr, in der „Alhambra“, Ballertheaterstraße 15.
 Tagesordnung: 1. Unsere Maßeier. 2. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband.

Kamm- und Haarschmuckarbeiter. Abends 8 Uhr bei Wertowski, Hindenburgstr. 26.
 Tagesordnung: 1. Alte und neue Formen im Lohnkampf. Referent: Kollege König (vom Hauptverband). 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Küchenmöbelbranche. Abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Mezzanin, Straße 27c.
 Tagesordnung: 1. Der 1. Mai. Referent: Kollege R. Leopold. 2. Branchenangelegenheiten. 82/13 Die Ortsverwaltung.

Möbel Reell im **Möbel-Magazin Otto Piehl** Berlin N Brunnenstr. 120 **Möbel**
 Teilzahlungen ohne Preiszuschlag
Kompl. Einrichtungen von 230 M. an.
 Mod. Wohnzimmer v. 235-625 M.
 Mod. Schlafzimmer v. 295-800 M.
 Mod. Speisezimmer v. 320-900 M.
 Garnituren 110-350 M. | Chaiselongues v. 21 M.
 Sofas v. 52 M. | Kleider-Schränke von 38-72 M.

Joseph Frankes Festsäle Badstraße 19. Amt Norden 4944.
Achtung! Vereine!
 Der 1. Pfingst-Feiertag ist zu vergeben.

1350 Grundstücke für **Obstgärten oder Eigenhäuser verkauft.**
 Am vorteilhaftesten kaufen Sie ohne Frage bei uns. Wir warnen Sie vor wilden Forderungen. Der Bebauungsplan unserer **Gartenstadt Hoppegarten** direkt am Bahnhof ist genehmigt. Viele Eigenhäuser von uns ausgeführt, von 9000 M. aufwärts. Obstgärten spottbillig von 300 M. an. Der Erfolg ist bei uns nicht aufgehoben. Mehr als 500 Familien haben sich bei uns angelaut. Warum? — Nur 25 Minuten Bahnfahrt, unmittelbar am Bahnhof, infolge der enormen Billigkeit der Grundstücke (Quadratmeter von 15 M. an), des Groß-Einkaufs und der großen Zukunft der 700 Morgen großen Gartenstadt Hoppegarten.
 Auskunft: **Hoppegarten, Eidenallee 5.**
12 Kolonien, die sich in bester Bille befinden, haben wir angelegt. **Kollege**
10,000 Obstgärten
 und viele Eigenhäuser sind durch uns geschaffen worden. Folgende Berufe sind in unseren Kolonien vertreten: Postbeamte, Lehrer, Bäcker, Schneider, Schuhmacher, Bankbeamte, Schriftsetzer, Kassendotoren, Betriebsleiter, Buchhändler, Lokomotivführer, Bierverleger, Wärrer, Aerzte, Postassistenten, Strassenbahnschaffner, Ingenieure, Mechaniker, Schlosser, Friseur, Bureauassistenten, Tapezierer, Maurer, Köchler, Gärtner, Verordnungsbeamte, Kutscher, Schutzleute, Direktoren, Buchdrucker, Tischler, Hausdiener, Buchbinder, Krankenkassenbeamte, Physiker, Ober-Telegraphen-Assistenten, Handlungsgehilfen, Zimmerer, Maler, Maurerpolier, Dekorationsmaler, Prediger, Konfliktreparierer, Buchhalterinnen, Inspektoren, Gerber, Klempner, Bureauclerks, Kassenssekretäre etc.
 In der **Gartenstadt Hoffjagdrevier** zwischen dem Bahnhof Stolpe-Nordbahn und dem Kaiserlichen Hoffjagdrevier sind mehr als 500 Grundstücke verkauft worden. Warum? — Der Norden erlangt durch den viergleisigen Ausbau der Nordbahn die genehmigte Nord-Süd-Untergundbahn, durch die neue Kreis-Industriebahn, durch den Großschiffbaukanal eine unabherrliche Bedeutung. Über 150 Eigenhäuser erbaut und mehr als 20 Straßen gepflastert. Deshalb kaufen Sie wie viele andere Familien am Nordbahn-Grundstück zunächst ein Gartengrundstück, um später darauf das Haus zu bauen. Käufer von 9000 Mark aufwärts. **50 M. Anzahlung. 10jährige Abzahlungsypothek. Cu.-H. von 15 M. aufwärts.** Verlangen Sie Plan und die Broschüre „Nischen statt Miete“. — Auskunft: **Bahnhof Stolpe**, direkt am Bahnhof, im Pöbikon.

Allgemeine Bau- u. Ansiedelungs-Gesellschaft C. Winkler m. b. B.
 Berlin C 25, Dirksenstraße 20.
 Fernspr.: Königstadt 2524.

Ringels 3 Preise-System ist **Jeden Herrn zu schützen.**
 geeignet Hier hat jeder Garantie, fertige reelle Garderobe vom Schneidermeister aus erster Hand zu kaufen.

Hose 500 **I. Preis:** Ringel-Anzug Ringel-Paletot Ringel-Unter **28⁰⁰** | Hose 750 **II. Preis:** Ringel-Anzug Ringel-Paletot Ringel-Unter **36⁰⁰** | Hose 950 **III. Preis:** Ringel-Anzug Ringel-Paletot Ringel-Unter **45⁰⁰**

Obige Anzüge und Paletots nach Mass nur 3 M. Zuschlag. Modelle von Maßschneider gearbeitet, billigst.

Vernehme Maßanfertigung unter persönlicher Leitung **A. Ringel, Schneidermeister, 31 Chausseesir. 31.**

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4-5-6
 gegenüber der Breite Straße



Für jede Körperform passende
Herren - Anzüge
Unter u. Paletots
 von 21 bis 75 Mark

In den
Eingangs-Schaufenstern
 zu den
Serien-Preisen
 Mark

21	25	28
32	36	
42	48	

ausgestellte hochmoderne
Anzüge
u. Unter
 sind
 besonders preiswert

Knaben u. Jünglings-Kleidung
 nur in eigenen Werkstätten
 hergestellt, ist preiswert
 und unübertroffen in Sitz
 und solider Verarbeitung

Große Auswahl □ Gute Passform □ Billige Preise



unter
 wirklich
 kulanten
 Zahlungsbedingungen
 nur bei

B. FEDER

Brunnenstr. 1, Frankfurter Allee 89,
 Kottbuser Damm 103

Kolossales Lager eleganter
HERREN-Bekleidung
 Anzüge, Paletots, Unter, Lusterjackets, Hosen,
 Waschwesten, Gummi-Mäntel, Lodenpelzerinnen

Jünglings-Anzüge u. Paletots
 Knaben-Anzüge und Paletots

Ständige Neuheiten in
DAMEN-Garderobe
 Kleider, Kostüme, Röcke, Blusen
 Paletots, Mäntel, Jupons usw. usw.

Backfisch-Konfektion
 Mädchen-Konfektion

Damen-Hüte
 Wunderbare Pleureusen
 Bildschöne Reiter
 Blumen in allen Farben

Eigenes Putz-Atell. r im Hause

Schuhwaren für Herren und Damen
Damen-Wäsche
 in einfacher und eleganter Ausstattung.
Herren-Wäsche
 nur prima Qualitäten, in grosser Auswahl

Aparte Neuheiten in Sommerstoffen

erhalten Sie bei einem
Gratis Einkauf von M. 30 an **Gratis**
1 Ideal-Portrait sofern Sie Ihre Photo-
 graphie mitbringen.

VON KOPF BIS
 ZU FUSS

kann
 sich ein jeder
 elegant, schick und billig
 einkleiden, der seinen Bedarf
 bei
Hugo Udo Cohn
 Nr. 13 Kottbuser Damm Nr. 13
 deckt: dort erhält man in
 direkter u. vornehmer Weise
Kredit
 auf
 Garderobe

ohne
 jede Anzahlung
 liefert an meine
 alten, mit ganz kleiner
 Anzahlung an neuin
 kommende Kunden
Anzüge u. Paletot
 hervortragender Auswan
DAMEN-
 Kleider, Blusen, Röcke,
 Mäntel, Paletots
 Schuhwaren
1 Mark
 Wochenrate
Möbel
 elegant,
 ebenso auch
 komplette
 Möbelaus-
 stattungen
 feinste
 Gardin
 Portiere

Nathan Wand

129 Stalher Str. 129.
 Die schönsten
Herren-Sommerpaletots u. Unter
und Anzüge in neu
 sowie speziell
 erstklassige, auf Seide gearbeitete
 Garderobe, von 214 L.
Kavaliere getragen,
 fast neu, für jede Figur passend.
 Spezial Bau-Anzüge sind in
 großer Auswahl stets zu staunen
 billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
 129 Stalher Str. 129.
 Hochbahnhof Kottbuser Tor.
 Bitte im eigenen Interesse auf
 Hausnummer zu achten.

Wichtig für jeden Raucher!

BOLERO

Cigaretten

Verfeinerte Qualität!

Tabake neuester Ernte!

GEBR. SELOWSKY, DRESDEN.

Aufsehen erregt

Wegen Separierung

Aufsehen erregt

Der gänzliche Schuh-Ausverkauf

der übernommenen Waren

40-41 Rosenthaler Straße 40-41

Hackescher Markt
 Bahnhof Börse.

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe
 kräftige Strapazierstiefel
 20-24 25-26 27-30 31-35
1.55 2.95 3.25 3.75

braun, mit Lackk., Normalfassons
 21-24 25-26 27-30 31-35
2.95 3.45 3.75 4.25

Damen-Stiefel

schwarz u. braun Chevreux mit und
 ohne Lack, mod. Fassons in
 jeder Größe, Paar jetzt nur **4.95**
 dieselb. in Prima-Ausführung
 eleg. Muster, Paar jetzt nur **5.75**
 schwarz Chevreux mit Lackkappe
 franz. u. am. Fassons, Prima-
 Ausführung G.-W., jetzt nur **7.95**
 braun Chevreux, Prima-Qualität,
 Goodyear-Welt, schicke
 Formen jetzt nur **8.95**

Herren-Stiefel

Rindbox-Schnürstiefel, amerik.
 Fassons, kräftige Straßen-
 stiefel; auch Zug und
 Schnalle jetzt nur **5.95**
 Chevreux-Schnürstiefel, schwarz
 auch braun m. Lackkappe,
 amer. Fassons, jetzt nur **6.95**
 Pa. Chevreux-Goodyear-Welt-
 stierrenstiefel, schlanke
 u. breite Fassons, jetzt nur **8.95**

Halbschuhe

Damen, im. Chevr. **3.95**
 mit Lackk., jetzt nur
 dito Derby, gr. Oesen, **4.95**
 Lackkappe, jetzt nur
 braun Chevr., Derby **5.75**
 mit Lackk., jetzt nur
 Semt-Halbschuhe **3.95**
 schwarz u. grau jetzt nur
 Lack mit Wildleder od. Chevr.
 Halbschuhe, moderne
 Ausführung, jetzt nur **5.95**

Damen-Stiefel

Lack mit orig. Samt-Calf-Einsatz
 Goodyear-Welt, staunend billig.

Herren-Stiefel

Lack mit orig. Samt-Calf-Einsatz
 Goodyear-Welt, staunend billig.

Herren-Halbschuh

Derby amerik.
 Form, jetzt nur **5.95**

Verkauf an Wiederverkäufer nur vormittags!

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Mitte Mai erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wir eruchen daher, alle Änderungen bezw. Neuaufnahmen bis spätestens Mittwoch, den 1. Mai, an die nachbezeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, O. 19, Hofstraße 81.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen R. Reinhardt, S. 59, Urbanstraße 27.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO. 36, Grünauer Straße 28, IV.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Franz Beyerndorf, NO 18, Elbinger Straße 9.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Dahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Quergeb. IV.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Wilhelm Dams, N. 4, Schlegelstraße 9.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstraße 24.

Für Teltow-Deeslow an den Genossen Karl Mohr, Rixdorf, Weißstraße 33, IV.

Für Potsdam-Ostbarnim an den Genossen Emil Schubert, Spandau, Kurstraße 21.

Für Ober-Barnim an den Genossen Karl Schindhelm, Oberwalde, Junkerstr. 1.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, eruchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln.

Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalliste so oft gefassten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgelommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 1. Mai einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und eruchen wir, dies zu beachten.

Des weitern eruchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Bergnügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Albert Dahnisch, O. 54, Auguststraße 51.

Zur Lokalliste!

Folgende Lokale stehen der Partei und den Gewerkschaften zu allen Veranstaltungen zur Verfügung:

Im 4. Kreis das Lokal „Frankfurter Hütte“ (Inhaber Karl Lautenbach), Große Frankfurter Straße 47.

In Wannsee T.-B. das Lokal „Vayrischer Hof“ (Inhaber Friedr. Reuling), Glitenider Str. 10.

In Wandlitz N.-B. das Restaurant „Seeschloß“ (Inhaber Otto Ristenmacher), Stolzenhäger Straße.

Die Lokalkommission.

Neukölln. In der am Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 2 1/2 und abends 7 1/2 Uhr stattfindenden Operettenvorstellung „Ein Walzertraum“ sind noch Billets bei den Genossen Pfeifer, Hermannstr. 49, Fischer, Weißstr. 14, Meier, Prinz-Jandjery-Str. 3, Gemmeder, Kaiser-Friedrich-Str. 282 und in den Parteipeditionen zu haben.

Billets für die Nachmittagsvorstellung haben abends keine Gültigkeit, ebenso umgekehrt.

Der Bildungsausschuss.

Neuenhagen (Ostbahn). Sonntag früh: Flugblattverbreitung. Das Material ist beim Genossen Leh in Empfang zu nehmen.

Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntagfrüh 8 Uhr von den bekanntesten Stellen: Flugblattverbreitung. Der Bildungsausschuss.

Wühlendeb (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 28. April, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von A. Garsch: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Unsere nächsten Aufgaben. 2. Bericht aus der Gemeindevertretung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Auch Herr Wllstein ist nun wieder da. Im Herbst hatte er bei den Stadtverordnetenwahlen nicht wieder in seinem Bezirk dritter Klasse zu kandidieren gewagt, weil er wußte, daß der Hinauswurf ihm sicher war. Jetzt haben die wohlhabenden Wähler seines Bezirkes erster Klasse in einer Erjagwahl ihn, den die minderbemittelte Wählerschaft in einem Bezirk dritter Klasse nicht mehr geduldet hätte, als ihren geeigneten Vertreter angesehen und aufs neue in die Stadtverordnetenversammlung entsandt. Gestern fehrte er als „Sieger“ zurück, begrüßt von dem Stadtverordnetenvorsteher mit der üblichen Einführungsansprache. Vor Jahren hatte Herr Wllstein einmal in der Stadtverordnetenversammlung dem Kollegen Mommsen die Grobheit ins Gesicht geschleudert, daß dieser ja nur von etwa 30 Mitgliedern der Hochfinanz gewählt sei. Hiernach müßte Herr Wllstein, der jetzt selber wohl noch kein richtiges Halbsoß Wähler hinter sich hat, sich eigentlich sehr „degradiert“ vorkommen. Aber inzwischen wird er gewiß anderer Meinung geworden sein.

Die Tagesordnung versprach keine großen Ereignisse. In der vom Magistrat beantragten Aenderung der Kanalisationsgebührenordnung, über die der Ausschuss berichtete, gab für die sozialdemokratische Fraktion Genosse Koblenzer eine zustimmende Erklärung ab. Im Auftrag der Hausbesitzer klagte Stadtverordneter Dandberg wieder einmal, daß diese Bedauernswerten doch gar zu sehr belastet seien.

Eine Petition wegen Nichtbeitreibung der Wertzuwachssteuer wollte der Veritionsausschuss dem Magistrat zur Erwägung überwiesen wissen, die sozialdemokratische Fraktion aber beantragte Uebergang zur Tagesord-

nung. Genosse Brückner, der den Antrag begründete, hob hervor, daß die Petenten noch sehr viel glimpflicher von der Steuerdeputation behandelt worden seien, als das sonst bei ihr üblich sei. Der Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt, aber hinterher fand sich für die Ueberweisung zur Erwägung keine Mehrheit, so daß die Petenten nun doch das Nachsehen haben.

Die Notwendigkeit besserer Bewertung des Grundbesitzes der Stadt wurde vom Genossen Bruns aus neue betont bei einer Magistratsvorlage über den Verkauf der „Herrenwiese“ an Neukölln. Unsere Genossen empfahlen Ablehnung, weil zurzeit, wie Bruns ausführte, einer gemischten Deputation die Aufgabe gestellt ist, zu prüfen, wie Berlins Grundbesitz in Treptow ohne Verlust des Wertzuwachses verwertet werden kann. Was da beschlossen werde, solle doch dann wohl allgemein für Berlins Grundbesitz in den Vororten gelten. Die Mehrheit verhielt sich diesem Gedanken und genehmigte den Verkauf.

Das Freibad Müggelsee

Soß in seiner neuen Gestalt im Monat Mai eröffnet werden. Erst jetzt wird es zu einer „obrigkeitlich genehmigten“ Einrichtung, während es bisher von der Behörde nur stillschweigend geduldet worden war. An Versuchen, der Berliner Bevölkerung ihr „unerlaubtes“ Müggelsee-Freibad zu nehmen, hat es nicht gefehlt. Sie sind abgewehrt worden durch die Gründung einer Freibad-Gesellschaft m. b. H., an der hauptsächlich die benachbarten Gemeinden Friedrichshagen und Mahndorf beteiligt sind. Nur so war es möglich, die Geldmittel aufzubringen, um dem Freibad die von den Behörden vorgeschriebene feste Form zu geben. Mindestens ebenso, wie in Friedrichshagen und in Mahndorf, wird in Berlin von der minderbemittelten Bevölkerung der Weiterbestand des Freibades am Müggelsee gewünscht. Im vorigen Sommer sind an jedem Sonntag die Berliner zu Tausenden nach dem Müggelsee hinausgefahren, um an seinem Strand zu baden.

Wie es künftig da draußen aussehen und zugehen wird, das wurde erörtert in einer Versammlung von Freunden des Müggelsee-Freibades, die für Berlin von dem Freibadverein am Mittwoch nach den Konföderalsälen (Andersstraße) einberufen worden war. Lebhaft wurde darüber gestritten, ob der jetzt geschaffene Zustand eines sozuzagen reglementierten Freibades gegenüber dem früheren Zustand eine Entwicklung zum Besseren sei oder nicht. Herr Bahlich (Friedrichshagen), der an den langwierigen Verhandlungen mit den Behörden teilgenommen hat, sah in dem Erreichten einen großen Fortschritt. In seinem einleitenden Referat schilderte er, was aus dem Freibad jetzt geworden ist. Die Einrichtungen zur Ermöglichung eines „ordnungsmäßigen“ Badebetriebes, die dort im Entstehen sind und im Mai fertig werden sollen, sind im „Vorwärts“ bereits kurz besprochen worden. Im wesentlichen wird nur ein sogenanntes Familienbad geschaffen, das von beiden Geschlechtern, wie im vorigen Jahre, gemeinsam benutzt werden soll. Für Frauen, die etwa doch absondelt baden wollen, wird noch ein kleines „Damenbad“ hergerichtet. Man erwartet aber, daß nicht viele Frauen ein Verlangen danach haben werden, durch diese Absonderung sich erst auffällig zu machen. Gerade diejenigen seien viel weniger geneigt, die es vorgehen, im Trubel des Familienbades „unterzutauschen“. Mit sehr gemäßigten Empfindungen wurde die Nachricht aufgenommen, daß dem reglementierten Müggelsee-Freibad außer seinen Aus- und Ankleideräumen, Abortanlagen, Fahrradständen, Rettungsvorrichtungen usw. usw. auch eine daneben errichtete Polizeiwache besetzt werden ist. Ein Zwischenrufer schlug vor, Kanonen aufzuführen. Herr Bahlich beschwichtigte die Polizeiaufsicht solle nicht gegen, sondern für die Badenden sich betätigen. Innerhalb des Freibadgebietes sei man selber Polizei, die aus freiwilligen Ordnern gebildet werden solle. Als eine unangenehme Zugabe der Neugestaltung des Bades wird auch das empfunden, daß fortan ein Eintrittsgeld von 10 Pfennig erhoben werden muß. Vermeiden ließ sich das nicht, weil ja das hineingesteckte Kapital verginst werden soll. Etwasige Ueberdüsse, die darüber hinaus noch bleiben, sind zu Verbesserungen des Freibades bestimmt. Infolge des Einspruches der Stadt Berlin gegen den Weiterbestand des Freibades, durch das die Wasserwerke am Müggelsee gefährdet seien, ist angeordnet worden, daß zwischen dem Freibadgebiet und den Wasserwerken eine Strecke von mindestens 1500 Meter freigehalten werden muß. Man hofft aber, daß für die aufzustellenden Jelte noch ein weiteres Stück Strand am schattenspendenden Erlengrund hergegeben werden wird.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern bemängelt, daß das Freibad bei der nunmehr erfolgten Reglementierung leider auch bedeutend an Ausdehnung verloren habe. Hauptvorsitzender dieser Angelegenheiten, denen das Müggelsee-Freibad jetzt als ein unfreies gilt, war Herr Verles (Friedrichshagen). Früher sei, sagte er, da draußen am Müggelsee das Baden verboten gewesen, aber man habe gebadet. Fortan solle es erlaubt sein, aber man werde nicht baden können. Nebenfalls sei für die Wassen, die man im vorigen Sommer dort habe zusammenströmen sehen, kein Platz mehr da. Die sehr ausgedehnte Debatte, in der die Gegensätze mitunter sehr scharf aufeinander prallten, endete mit der Annahme zweier Resolutionen. Die eine, die einstimmig angenommen wurde, protestiert gegen die von privaten Badeanstaltsbesitzern und von privaten Sittlichkeitsfanatikern gemachten Versuche, eine Unterdrückung der Freibäder durchzuführen. Gegen eine nicht sehr starke Minderheit wurde die andere Resolution angenommen. Sie begreift mit Freude den neugeschaffenen Zustand des Freibades, erklärt sich gegen Trennung in Herrenbad, Familienbad, Damenbad, die nicht durchzuführen sei und auch nur der Präderei Vordruck leiste, und wünscht Sineinbeziehung des Erlengrundes, damit Jelte aufgestellt werden können. Eine Resolution, die für das Müggelsee-Freibad die Wiederherstellung des früheren Zustandes wünschte, weil das reglementierte Bad nicht genüge und auch kein Freibad mehr sei, fand nicht die Mehrheit.

Die Hoffnung der Bäckermeister. Mit einer Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre, wühlen die Bäckermeister gegen die seit 1908 gültige Polizeiverordnung, welche im Interesse der Hygiene Bestimmungen über Größe und Beschaffenheit der Backstuben gibt. Hand in Hand mit den Hausbesitzern wenden sich die Bäckermeister besonders dagegen, daß die bereits bestehenden Backstuben nach einer gewissen Zeit den Bestimmungen der Verordnung angepaßt sein müssen. Es wird als ein Eingriff in die Eigentumsrechte der Hausbesitzer bezeichnet, daß elende Schmutzwinkel nicht mehr als Backstuben benutzt werden dürfen. Da alles Wühlen der Bäckermeister und Hausbesitzer den gewünschten Erfolg nicht gebracht hat, so wollen sie sich nun an das preussische Abgeordnetenhaus wenden. In einer Resolution, welche dieser Tage in der Versammlung des Verbandes der Bäckerinnungen Groß-Berlins angenommen wurde, heißt es: die Bäckermeister setzen nunmehr ihre Hoffnungen auf das Abgeordnetenhaus. Ohne Zweifel wird ja die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses den Interessen der Bäckermeister und Hausbesitzer volles Verständnis entgegenbringen, aber das Abgeordnetenhaus ist nur nicht kompetent, eine zu Recht bestehende Verordnung kurzerhand außer Kraft zu setzen.

Aenderung der Verkehrszeit an Sonntagen während der Sommermonate. Nach dem Ortsstatut der Stadt Berlin vom 14. Oktober 1911 dürfen in der Zeit vom 1. Mai bis einschließlich 30. September an Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes Geschäfte, Lehrlinge und Arbeiter — abgesehen vom ersten Pfingsttage, an welchem ihre Beschäftigung überhaupt untersagt ist — nur von 8 bis 10 Uhr vormittags beschäftigt werden. Auf den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, auf den Handel mit Blumen sowie auf den Zeitungshandel findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Spaltenlange Racheuse widmet die bürgerliche Presse dem verstorbenen Kommerzienrat Emil Jacob, dem Mitinhaber der bekannten Expeditionsfirma Jacob u. Valentin. Besondere Verdienste hat dieser Mann wirklich nicht. Er verstand es, durch sein großes Portemonnaie überall dabei zu sein, wo es galt, gesehen zu werden und eine Rolle zu spielen. Es war schließlich keine Komiteebildung, kein Wohltätigkeitsarrangement denkbar, wo nicht auch Jacob sich in die Spitzengruppe stellte und alles niederrede. Der Lohn blieb natürlich nicht aus. Neben dem Gehaltsatitel hatte er an mehr als zwei Dutzend Orden schwer zu tragen. Seinen Arbeitern gegenüber war Jacob weniger freigebig, wie in den Wohltätigkeitsvereinen.

Ein paar sehr beachtenswerte Prügelleistungen werden uns aus zwei Gemeindefschulen Berlins bekannt. In beiden Fällen hat wieder einmal der Eifer prügeln der Pädagogen den Frieden zwischen Schule und Haus gestört.

Aus der 91. Mädchen-Gemeindefschule, Dreieisenstraße 7, wird uns gemeldet, daß in Klasse VI M die Lehrerin Textor am Montag in der Zeichenstunde eine Schülerin schlug, weil diese die ihr auf Stadtblöcken zu liefernden Zeichenmaterialien noch nicht beim Rektor abgeholt hatte. Die Nachlässigkeit des Kindes mag nach Meinung der Lehrerin eine Strafe verdient haben, aber selbst manchem derjenigen Pädagogen, die ohne Prügel nicht auskommen zu können glauben, wird die Nachlässigkeit dieser Abstrafung vielleicht doch nicht unbedingt erscheinen. Als das geprügelte Kind nach Hause kam, wies es auf dem Rücken Licht unter dem Hals beträchtliche Blutunterlaufungen auf, die von der schlagenden Hand des Jrl. Textor herrührten. Andere Personen, denen die Prügelspuren gezeigt wurden, waren darüber nicht weniger erschaut als die Mutter. Wie die Mutter, so schloffen auch sie aus den Spuren, daß die Lehrerin mit ziemlicher Heftigkeit zugehauen haben müsse. Aber selbst bei mäßiger Stärke der Schläge müßte man im Hinblick auf die Körperstelle, die sie trafen, schon recht große Bedenken gegen diese Rüchtigung haben. Das war auch die Meinung des Arztes, dem das Kind zur Untersuchung zugeführt wurde. Er erklärte sich bereit, über seine Wahrnehmungen ein Attest auszustellen, riet aber, im Interesse des Friedens zwischen Schule und Familie eine gütliche Aussprache mit der Lehrerin zu versuchen. Wir wollen hier hervorheben, daß der Arzt, der diesen Rat gab, einer unserer sozialdemokratischen Stadtverordneten ist. Er gehört also zu uns „roten Hehen“, denen gewisse Lehrer, voran die prügeln, sonst gern die Ansicht einer „Erziehung“ des Friedens zwischen Schule und Familie vorwerfen. Als die Mutter des Kindes zur Schule kam und der Lehrerin das Kind zeigte, erwiderte Jrl. Textor, das könne doch unmöglich von ihren Schlägen sein. Rektor Felbin, dem dann die Mutter das Kind vorführte, schien das, was ihm gezeigt wurde, nicht sonderlich aufregend zu finden. Die Mutter hat die Aufnahme, die ihr zuteil wurde, keineswegs als entgegenkommend empfunden.

Schlummer noch liegt eine Prügelaffäre, die uns aus der 210. Knaben-Gemeindefschule, Strelitzer Straße 41, gemeldet. In Klasse II O wurde am Montag im Deutschunterricht von dem Lehrer Heller ein Schüler, dessen Aufsatz ihn nicht befriedigte, mit dem Rohrstock über das Gesicht geschlagen. Dieser Schüler soll, wie uns aus bestimmteste versichert wird, vom Schularzt wegen Neurosthenie in Ueberwachung genommen worden sein. Dem Lehrer erklärte der Geprügelte in großer Erregung drohend, er werde zu Hause der Mutter Mitteilung machen. Um sich weiteren Schlägen zu entziehen, warf er sich rittlings auf die Bank. Hier scheint nun der Lehrer gemeint zu haben, daß seine Autorität gefährdet sei, wenn nicht er der Sieger bleibe. In solcher Lage lieben es die prügelnenden Pädagogen, ein Exemplar zu statuieren. Lehrer Heller leg auf die Tischplatte, packte sich hüftend den Jungen an der Schulter und ließ mit dem Stock von oben herunter. Dieser Situation entspricht es auch, daß von den Prügelspuren an dem Körper des Jungen ein paar nicht quer über das Gesicht, sondern der Länge nach verlaufen. Nach den Schilderungen, die uns über die Prügel- exekution gemacht worden sind, muß der Anblick des offenbar von großer Erregung übermannen Lehrers auf manchen der Schüler recht eigenartig gewirkt haben. Wir wollen hier nicht wiedergeben, was später einer von ihnen der Mutter hierüber gesagt hat. Nur das wollen wir erklären, daß unseres Erachtens die Autorität des Lehrers weniger gefährdet worden wäre, wenn er auf diese Exekution verzichtet hätte. Die Folgen seiner Prügelleistung sind von einem Arzt, dem die Eltern den Jungen zuführten, festgestellt und bescheinigt worden. Als der Vater dem Rektor Arnaz die Angelegenheit vortrug, suchte dieser zu beschwichtigen. Hinterher ließ der Rektor den geprügelten Jungen noch vom Schularzt untersuchen.

In beiden Fällen ist der Schule durch diese prügeln- den Pädagogen ein schlechter Dienst erwiesen worden. Wer, wie wir, leider oft von Eltern erbitterte Klagen über solche Prügelleistungen hören muß, der kann beurteilen, wieviel manchmal ein Lehrer oder eine Lehrerin im Inhauen gefährdet. Unbesonnenheit und Wangel an Selbstbeherrschung reihen da eine tiefe Kluft zwischen Schule und Haus, die sich nie ganz wieder schließt. Die Lehrerschaft selber weiß das nicht, wir aber wissen es; denn nicht zu den Lehrern und Lehrerinnen, sondern zu uns haben Eltern und Kinder das Vertrauen, sich auszusprechen. Im Interesse der Schule und der in ihre Obhut gegebenen Kinder halten wir es für unsere Pflicht, immer wieder solche Vorkommnisse öffentlich zu besprechen, unbekümmert um das einseitige Geschrei, daß wir „gegen die Schule hehen“. Immer wieder sollen weiteste Kreise der Lehrerschaft durch uns erfahren, was die Pädagogen der Schule mit ihren Tritten vernichten.

Durch ein explodierendes Geschöß, einen sogenannten „Kanonen- schläger“, wurden gestern bei einer Uebung des Spanbauer Garde- Juhartillerieregiments ein Sergeant und ein Obergefreiter verletzt. Der letztere soll schwere Brandwunden erlitten haben. Die Uebung fand bei Hahelhorst statt und der Unfall ereignete sich beim Legen von Sprengminen. Näheres hierüber läßt sich nicht ermitteln, da die Militärbehörde sich in Stillschweigen hält.

Ein Pistolenduell hat gestern früh im Brunenwald in der Nähe vom „Großen Stern“ stattgefunden. Ein Bahnmwärtler beobachtete noch die Vorbereitungen zu dem Duell und erstattete sofort Anzeige bei der Polizeistation Hundelebe. Nach seinen Angaben sollen die Gegner Studenten gewesen sein. Als die ausgesandten Polizeibeamteten auf dem Kampfplatz erschienen, waren die Duellanten mit ihren Begleitern bereits wieder verschwunden. Nebenfalls ist der Kampf unblutig verlaufen, da keinerlei Anzeichen für einen tragischen Ausgang wahrzunehmen waren.

Mit dem Badenkasenräuber Paul Tischer, der, wie wir mitteilten, am vergangenen Freitag die Eisenhandlerin Körper in der Tischerstr. 69 überfallen hat und bei der Rettung der Badenkasen-

abgesetzt wurde, beschäftigt sich nach wie vor die Untersuchungsbehörde. Die Nachforschungen über das Treiben des Räubers seit seiner Entlassung aus dem Zuchthaus im Oktober v. J. haben ergeben, daß dieser während der ganzen Zeit Kautionsfahndeleien betreiben hat. Auch hier in Berlin beschaffte er einen großen Kautionsfahndelei in die Wege zu leiten. Wie wir schon berichteten, war Fischer unter dem Namen eines Dr. Steiger in einem hiesigen vornehmen Hotel abgestiegen. Unter demselben Namen hatte er auch in der Vordammer Straße einen geräumigen Laden gegen eine jährliche Pachtsumme von 5000 M. gemietet. Dem Eigentümer gab er an, daß er ein großes Lederwaren- und Parfümeriegeschäft eröffnen wolle. Gleich nach Abschluß des Mietvertrages suchte er durch Zeitungsanzeigen Filialleiter und sonstige Angestellte mit Bürgerbüchern. Bis zu seiner Verhaftung war er nur mit dem Hausdiener Friebe in Verbindung getreten, dessen Namen er sich bei der Bestimmung beilegte. Wie sich jetzt herausgestellt hat, beschaffte er Friebe als Reisebegleiter anzustellen. In dem Hotel, wo er acht Tage lang wohnte, hatte er natürlich noch keinen Pfennig bezahlt. Bei der Durchsuchung seiner Habseeligkeiten, die er dort zurückgelassen hatte, fand man auch verschiedene Wechselformulare, die Fischer mit dem Namen Dr. Steiger unterzeichnet hatte. Wahrscheinlich wollte er sich mit diesen Wechseln Geld verschaffen. Vielleicht hat er es schon getan. Den Namen Dr. Steiger hat er, wie aus einer hier eingetroffenen Nachricht hervorgeht, auch in anderen Städten geführt. In Frankfurt a. O. hatte er einen Zusammenstoß mit einem Berliner Herrn, als er in einem dortigen Café auffällig über die Damenpaville herzog. Am Verlauf der Auseinandersetzung forderte er den Gast zum Kartenwechsel auf mit der Bemerkung, daß er weiteres noch sich hören lassen werde. Die Karte, die Fischer dem Raune gab, lautete auf den Namen Dr. C. Steiger.

Großes Aufsehen erregte am Donnerstagabend unter den Passanten der Greifswalderstraße ein scheinbar totes Pferd. Das Tier, das von einem Dragoner zum Verkauf nach Weihenstephan geritten werden sollte, scheute plötzlich an der Ecke der Greifswalder und Danziger Straße und raste dann in vollem Galopp die Greifswalder Straße entlang nach Weihenstephan zu. Der Reiter schien die Gewalt über das Roß vollkommen verloren zu haben. Am Bahnhof Weihenstephan rannte das Pferd mit voller Wucht gegen einen ihm von Weihenstephan entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 62. Der Zusammenstoß war so stark, daß das Pferd sofort getötet wurde. Glücklicherweise sind Personen durch das Pferd nicht verletzt worden; auch der Reiter des Tieres kam trotz der Gefährlichkeit des Zusammenstoßes mit heiler Haut davon.

Verhaftung zweier gefährlicher Verbrecher. Schon seit längerer Zeit liefen bei den Polizeibehörden Berlin und der umliegenden Vororte zahlreiche Anzeigen über schwere nächtliche Einbrüche ein, bei denen den Tätern erhebliche Beute in die Hände fiel. Trotz eifriger Nachforschungen wollte es jedoch nicht gelingen, die Verbrecher zu ermitteln, bis gestern der Zufall den polizeilichen Bemühungen zu Hilfe kam. Ein Schöneberger Kriminalbeamter begegnete in der Berliner Straße in Wilmerdorf einem Radfahrer, der bei der Annäherung des Beamten in rasender Schnelligkeit davonjauzte. Der Kriminalbeamte glaubte in dem Radler einen Mann zu erkennen, mit dem er früher in einer Einbruchangelegenheit zu tun gehabt hatte, und da ihm außerdem die Flucht des Mannes verdächtig vorkam, sprang er in die nächste vorüberkommende Autobuslinie und nahm die Verfolgung des Radfahrers auf. In der Ullandsstraße holte er den Flüchtigen nach einer wilden Jagd in dem Moment ein, als er in einem Hause zu verschwinden versuchte. Der Beamte eilte dem Verfolgten nach und es gelang ihm auch, den Mann nach heftiger Gegenwehr zu überwältigen. In dem festgenommenen wurde auf dem Schöneberger Polizeipräsidium der Schloffer Vogel festgestellt, der bereits wegen schwerer Einbruchdiebstähle zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Im Laufe des Verhörs wurde festgestellt, daß der Komplize des Vogel der Gelegenheitsarbeiter Hans Brandenburg war, und eine Stunde nach der Verhaftung des V. befand sich auch bereits sein Gefährte hinter Schloß und Riegel. Die beiden Verhafteten geben eine Anzahl schwerer Einbrüche zu, während sie in den übrigen Fällen die Täterschaft bestritten. Eine bei der Braut des Brandenburg vorgekommene Hausdurchsuchung förderte eine große Menge gestohlener Gegenstände zutage, wodurch die Täterschaft der beiden bei weiteren Einbruchdiebstählen zweifellos nachgewiesen werden konnte. Die beiden „schweren Jungen“, die bei ihrer Festnahme geladene Revolver bei sich trugen, wurden gestern nachmittag in das Moabit-Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Straßenbahnunfall. Vor dem Hause Andraasstraße 65 lief gestern vormittag gegen 1/2 12 Uhr der vierjährige Knabe Artur Glas aus der Langen Straße unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 31 auf das Gleis und wurde, obwohl der Führer sofort Gefahrensignale auswarf, ungerissen. Der Kleine geriet unter den Vorderperson und kam mit dem linken Fuß unter dem Schuttbrett zu liegen. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagon angehoben und das verunglückte Kind befreit. Man brachte den Knaben nach der nahen Dr. Volksen Klinik, wo festgestellt wurde, daß der Junge Hautabwühlungen an beiden Beinen erlitten hatte. Nach Anlegung von Verbänden wurde der Kleine nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Im Eisenbahnzuge erkrankt hat sich der 40jährige Bahnwärter Max Tendelof aus Halle. Als vorgefahren ein aus Halle kommender Güterzug auf dem Bahnhof Nichtenberg-Friedrichsfelde eintraf, fanden Beamte bei der Durchsicht der einzelnen Wagen in dem Fernfahrerswagen eines Waggons einen Mann erkrankt vor, in dem aus vorgefundene Legitimationspapiere der dort erwähnte Bahnwärter T. festgestellt wurde. Aus einem bei dem Toten vorgefundenen Zettel, der einen letzten Gruß an Frau T. enthielt, ging hervor, daß der Bahnwärter sich infolge ungünstiger Vermögensverhältnisse das Leben genommen hat.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr auf dem Michaelsträßchen im Südosten Berlins. Dort wurde ein fünfjähriger Knabe Harry Bartel, der bei seiner Großmutter in der Reichstraße 16 wohnte und auf dem Platz spielte, von einem Privatautomobil überfahren und schwer verletzt. Das Kind erlitt auf der Unfallstation in der Kommandantenstraße die erste Hilfe, wo der Arzt einen komplizierten Unterschenkelbruch feststellte. Von hier wurde es nach einer Privatklinik in der Karlstraße transportiert.

Ueber die Saumlässigkeit der städtischen Nachschicht wird uns der folgende Fall berichtet: Für die völlig verarmte, kranke Frau A. wurden von dem gerichtlich bestellten Pfleger unterm 11. März d. J. beim Armenkommissionärsbüro Religion in der Gartenstraße 101 einige Leihwädel beantragt. Herr Religion gab an die Obdachinspektion, welche die Oberaufsicht über die Nachschicht führt, den Bewilligungsantrag mit der formularmäßigen Postkarte weiter und erklärte der Frau A., es sei alles in Ordnung, sie brauche nicht mehr zu ihm zu kommen. Im Vertrauen auf diese Erklärung mietete Frau A. zum 1. April eine leere Stube und bezahlte die Miete von der Armenunterstützung. Aber auch nach dem 1. April rührte sich nichts wegen der Leihwädel. Auf Anfrage hieß es zunächst, die Nachschicht sei im Auszug. Bei der Berufung auf die Erklärungen des Armenvorstehers wurde gesagt, daß die Leihwädel trotz des Umzuges schon am nächsten Tage geliefert werden sollten. Auch das geschah nicht. Der Umzug war um den 10. April herum beendet. Trotz alledem sind die Leihwädel bis heute nicht geliefert worden, so daß die beschriebene, kranke Frau A. schon wochenlang in der leeren Stube klappt und auf dem Fußboden schlafen mußte. Der Systemfehler liegt hier offenbar darin, daß Leihwädel versprochen werden, ohne genau festzulegen, ob und wann sie geliefert werden können. Es mangelt also an der Verständigung zwischen den einzelnen Instanzen.

Aus der Dahme gelangt wurde bei Grünau die Leiche eines unbekannten Mannes, die vielleicht vier bis fünf Wochen im Wasser gelegen hat. Der Tote ist etwa 35 bis 40 Jahre alt und 1,75 Meter groß, hat schwarzes Haar und Schnurrbart und trug eine graue

weilene Jacke, einen dunklen Jacketanzug und eine blaue Monteurbluse.

Vor einem Schwindler wird gewarnt, der in Abwesenheit der Männer bei Frauen von Parteigenossen vorspricht und ihnen aufredet. Der Mann hätte bei der Parteibuchhandlung von Straube, Nonnenstr. 39, Bücher entnommen, deren Kosten jetzt eingezogen werden sollen. Uns liegt eine Quittung auf 1,50 M. vor, die der Mann ausgestellt hat. Es handelt sich um einen Schwindler, vor dem gewarnt wird; er ist ungefähr 30 Jahre alt, trägt einen grauen Ueberzieher, hat schwarzes Haar, in der Mitte gescheitelt.

Großfeuer in einer Laubenkolonie.

In der Laubenkolonie zwischen den Späthischen Baum- schulen und dem Budower Krankenhaus kam gestern abend gegen 9 Uhr ein Großfeuer aus, das mit riesiger Schnelligkeit umhinf griff und schließlich über zwanzig Lauben ergriff. Der Feuerschein war weithin sichtbar und alarmierte sämtliche freiwillige Feuerwehren aus der Umgebung. So erschienen nacheinander die Feuerwehren von Budow, Briß, Treptow, Johannisthal und Abersdorf auf der Brandstelle. Die Flammen bedrohten anfangs auch die Späthischen Baumschulen, die an die Laubenkolonie angrenzen. Der Hauptlöschangriff erfolgte deshalb auch von dieser Seite aus. Erst nach einstündiger angestrengter Tätigkeit konnte das Feuer eingedämmt werden. Mehr als zwanzig Lauben sind ein Raub der Flammen geworden. Außerdem ist viel Vieh mit verbrannt. Ursprünglich hegte man die Befürchtung, daß auch Menschen, die in den Lauben übernachteten, in den Flammen umgekommen seien, doch stellte sich diese Annahme später als irrig heraus. Die Feuerwehren waren um Mitternacht noch mit den Nachlöscharbeiten beschäftigt. Ueber die Ursache des Brandes, der eine große Menschenmenge aus den umliegenden Ortschaften angelockt hatte, konnte in der Nacht noch nichts ermittelt werden. Man vermutet Brandstiftung.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Demokratische Wahlhilfe? Die Bürgerlichen scheinen sich mit dem Gedanken zu tragen, daß ihnen bei der am 8. Mai stattfindenden Stichwahl in der 2. Abteilung auch die Demokraten Wahlhilfe gegen die Sozialdemokratie leisten werden. Das „Neuköllner Tageblatt“ will, wie es in seiner gestrigen Nummer zu berichten weiß, sogar schon erfahren haben, daß die Demokraten für die bürgerlichen Kandidaten stimmen werden. Vorläufig glauben wir, daß bei den Bürgerlichen, namentlich bei dem „Neuköllner Tageblatt“ der Wunsch der Baten des Gedankens ist. Denn im Ernst kann doch niemand glauben, daß dieselben Demokraten, die vor der Hauptwahl in Wort und Schrift in aller Schärfe die reaktionäre Kathauswahlreform bekämpft haben, sich zum Schleppenträger eben dieser Reaktionäre hergeben würden. Wollen die Demokraten sich nicht mit dem Odium, Wahlförder der Reaktion zu sein, befaßten lassen, so werden sie sich zu jener Notiz des „Neuköllner Tageblattes“ erklären müssen. Die Sozialdemokratie wird natürlich, auf ihre Kraft vertrauend, alle Anstrengungen machen, um allein in der Stichwahl weitere Mandate zu den bisherigen hinzuzuerobern.

Unter der Ueberschrift „Wahlmänner“ erhalten wir von der Wahlleitung der Sozialdemokratie noch folgende Zuschrift:

Nachdem vorgestern das „Neuköllner Tageblatt“ die Notiz brachte, daß die Altbürgerlichen und Kommunalfortschrittler sich gegenseitig bei den Stichwahlen unterstützen werden, bringt das Blatt in der gestrigen Nummer eine Mitteilung, wonach es gehört hat, daß auch die Demokraten bei der Stichwahl für die vereinigten Wahlrechtskandidaten eintreten werden. So lange die Demokraten sich nicht zu dieser Mitteilung äußern, betrachten wir einstweilen die Notiz als einen plumpen Wahlwindel, der inszeniert wird, um die demokratischen Wähler für die bürgerlichen Kandidaten einzufangen. Wir halten es zunächst noch für ausgeschlossen, daß die Demokraten an solcher politischer Kurzsichtigkeit leiden sollten, um sich direkt in die Arme der Gegner zu werfen.

In einem verhängnisvollen Zusammenstoß zweier Radfahrer kam es am Mittwochabend an der Ecke der Ober- und Steinmetzstraße. Dort fuhr gegen 1/2 9 Uhr zwei junge Radfahrer so heftig zusammen, daß sie beide in weitem Bogen auf das Straßengitter geschleudert wurden. Während der eine Radler mit geringfügigen Hautabwühlungen davonkam, trug der 17jährige Arbeitsschüler Fritz Mehru aus der Wanglitzstraße 21 einen Bruch des Ober- und Unterkiefers, sowie innere Verletzungen davon. Er erhielt auf der nahen Unfallstation Notverbände und wurde dann nach dem Krankenhaus geschafft.

In der letzten Sitzung der Grundeigentumsdeputation wurden u. a. verschiedene Miet- und Pachtangelegenheiten behandelt. Der bisherige Spielplatz an der Dittelse der Lessingstraße, Ecke Mittelweg, soll zu etwa Dreiviertel als Laubenkolonie eingerichtet und diese in städtische Regie übernommen werden. Einzelne Grundstücke wurden anderen Verwaltungsabteilungen zur vorübergehenden Nutzung überwiesen.

Wilmerdorf-Galensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der wesentliche Verhandlungsgegenstand, mit dem sich die Versammlung am Mittwoch zu beschäftigen hatte, betraf die Regulierung des Kastatter Places, jenes Teils der Stadt, wo die Gemeinden Steglitz, Dahlem, Schmaragdort und Wilmerdorf zusammenstoßen. Während der östliche Teil dieses neuen Wilmerdorfs reguliert und mit der vielberufenen Gartenstadt gegliedert ist, befindet sich der westliche Teil, der der Terrain-Abhängigkeit gehört, zumeist noch im Zustande der Wildnis. Die endgültige Festlegung des Kastatter Places hat wesentliche Schwierigkeiten gemacht, weil jede der an diesem Platz interessierten Gemeinden ihre Sonderwünsche zur Geltung bringen wollte. Auch die Aufsichtsbehörde machte Schwierigkeiten. Jetzt hat diese Behörde zwar noch nicht eine Festlegung der Fischlinien für die ganze Gegend, wohl aber einen von Wilmerdorf ausgearbeiteten Plan zur Regulierung des Kastatter Places in besonderen genehmigt. Dieser Plan schafft eine gute Verbindung mit Steglitz und Schmaragdort. Stadtverordneter Schröder (Soz.) bedauerte, daß es dem Magistrat noch nicht möglich gewesen ist, die Regulierung des ganzen Teils in die Wege zu leiten; auch fragte er, ob die Verbreiterung der Binger Straße, die die Abholung des schönen Baumbebestandes dieser Straße in sich schließt, eine Notwendigkeit sei. Bürgermeister Peters begründete den Plan der Verbreiterung damit, daß die Binger Straße demnächst eine Geschäftsstraße werden und Straßenbahnlinien erhalten soll; die Regulierung des übrigen Geländes werde wahrscheinlich nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Vorlage wurde genehmigt.

Eine Anfrage der Stadtverordneten Gründung und Genossen betraf die Regulierung des Hohenollerndammes. Obgleich die Arbeiten für die Untergrundbahn in dieser ausgebehalten „Brachstraße“ ziemlich zu Ende sind, zieht es hier sehr nach aus. Bürgermeister Peters wies in seiner Antwort darauf hin, daß die Regierung für alle in den Grundwald führenden Straßen einen Rektweg verlangt; eine Einrichtung, die durchaus zwecklos ist und wegen der Staubwege der Stadt nicht zum Vorteil gereicht. Weil wegen dieses Weges Verhandlungen mit der Aufsichtsbehörde geführt werden müssen, könne an eine endgültige Regulierung des Hohenollerndammes noch nicht gedacht werden.

Dem Ausschuss für die Errichtung eines Robert Koch-

Denkmals bewilligt die Versammlung dem Antrage des Magistrats gemäß 1500 M.

Weiter wurde eine Magistratsvorlage angenommen, nach der die Weien der städtischen Sparkasse gegen Veräußerung versichert werden sollen; ebenso wurde der Verkauf der letzten noch ungebauten Parzelle im Scheunenviertel genehmigt.

Die Steuerliste in Wilmerdorf wird wie folgt festgelegt: Der Zuschlag zur Einkommensteuer beträgt 100 Proz., die Gemeindegeldsteuer 22 vom Tausend des gemeinen Wertes der bebauten Grundstücke und 44 vom Tausend des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke. Die Gemeinde-gewerbesteuer stellt sich auf 150 Proz. Zuschlag zu den in den Klassen I und II staatlich veranlagten Beträgen, 115 Proz. als Zuschlag zu den in Klasse III und 90 Proz. als Zuschlag zu den in Klasse IV veranlagten Beträgen. Die Gemeindeumsatzsteuer beträgt 1 Proz. des Wertes der bebauten und 2 Proz. des Wertes der unbebauten Grundstücke; die Betriebssteuer ist auf 100 Proz. Zuschlag zu den von der Veranlagungsbehörde festgesetzten Beträgen angesetzt. Die Kanalisationsgebühr beträgt 1/2 Proz. des Grundsteuerbewertungswertes; die Hundesteuer 30 M. Außerdem kommt noch die Schank- konzessionssteuer und die Luftbarkeitssteuer in Betracht.

Nach der jetzt beendeten Prüfung hat Wilmerdorf im Jahre 1910 einen Steuerüberschuß von 1062301 M. erzielt. Die Rechnung schließt in Einnahme mit 10 159 112 M., in Ausgabe mit 8 783 533 M. ab, so daß ein Bestand von 1 375 579 M. verbleibt. Hier von sind zur Deduktion der Ausgabeüberschüsse 323 277 M. auf das Rechnungsjahr 1911 übertragen worden; der Ueberschuß wird dem Ausgleichsfonds überwiesen.

Sichtenberg.

Ueber „Spekulative und Moralfreligion“ referierte in einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Dawell. Nachdem Redner den geschichtlichen Entwicklungsgang der Religionen überhaupt, und den der christlichen Religion im besonderen, in knappen aber treffenden Umrissen geschildert hatte, ging er auf die in letzter Zeit wieder stärker zutage getretene Tendenz ein, die dogmatische Religion weiten Kreisen der Bevölkerung näher zu rücken. In fesselnder Weise gelang es ihm, die Macht der Kirche aus psychologischen Momenten heraus zu erklären, um zuletzt auf die Religion des Proletariats, den Sozialismus einzugehen, der, frei vom entwicklungsfeindlichen Egoismus, die Religion der Zukunft sein werde. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurden dann noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Ein Betriebsunfall ereignete sich in der Maschinenfabrik von Ruth u. Schmidt in der Herzbergstr. 140. Dort kam ein Arbeiter in das Getriebe der Abtriebsbank, wobei ihm der kleine Finger abgerissen wurde. Die Arbeiter führen den Unfall auf die in dem Betriebe vorherrschende angestrengte Tätigkeit und allzu lange Arbeitszeit des Arbeiters zurück.

Briß-Budow.

Eine wichtige Tagesordnung hat die heute nachmittag 5 Uhr im Rathaus, Chausseestraße, tagende Gemeindevertretung zu erledigen. Außer der Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung soll über die Eingemeindungssache Neukölln-Briß Mitteilung gemacht werden. Als 6. Punkt steht Aufnahme vom Bauverbot für die Baugenossenschaft „Ideal“ zur Verhandlung. — Der Zutritt zur Sitzung ist jedermann gestattet.

Kalkberge-Rüdersdorf.

In einer Lokalverhandlung beschäftigte sich am Mittwoch die Gemeindevertretung mit der Straßenbauangelegenheit. Die Vertreter der Aktiengesellschaft für Beton- und Zementbau erklärten, den fraglichen Pfeiler durch ein Widerlager (Anhäufung von Sandmassen, Kalksteinen etc.) standhaft machen zu wollen. Da die Firma aber die Kosten ohne weiteres nicht bezahlen will, soll das Schiedsgericht angerufen werden, dessen Urteilspruch man sich fügen will. Für die Haltbarkeit des Widerlagers kann die Gesellschaft jedoch nicht Garantie leisten. Die Vertreter der Firma sprachen sich dahin aus, daß die Errichtung eines weiteren Pfeilers das sicherste wäre. Die Gesellschaft würde einen solchen für 8000 M. — sonst würde sich der Preis desselben auf 15 000 M. stellen — erbauen. Diese Ansicht teilten auch im allgemeinen die Vertreter von Kalkberge und Rüdersdorf. Ein Beschluß kam jedoch nicht zustande, da am Freitag noch Erkundigungen beim Kreisbauamt eingezogen werden sollen. In der Verhandlung am Montag nächster Woche soll dann eine endgültige Entscheidung getroffen werden. Das wäre zu wünschen.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Am Sonntag, den 28. April, findet ein Ausflug nach Potsdam und Umgebung statt. Treffpunkt für beide Orte 7/7 Uhr Kanalbrücke, Berliner Straße. Abmarsch 7 Uhr nach Steglitz, von hier Abfahrt nach Wannsee. Fahrgehalt für Jugendliche hin und zurück 50 Pf. Probant miltbringen.

Die Arbeiterschaft wird ersucht, ihre schulpflichtigen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Neukölln. Sonntag, den 28. April: Partie nach Spandau, Kalkbagen, Hufenkrug. Fahrgehalt 75 Pf. Entfernung 22 Kilometer. Treffpunkt 6 1/2 Uhr an den Ringbahnstationen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist schon das 30. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der erste Krieg und der Kampf gegen den Militarismus. Von R. Rautsch. — Der große Streik und seine Lehren. Von Th. Rothstein. — Kongress der ungarländischen sozialdemokratischen Partei. Von Eugen Sarga. — Die Betriebsunfälle als soziale Massenereignisse. Von J. Brod. — Feuilleton der „Neuen Zeit“ Nr. 50: Friedrich von Sallet. Von Franz Diederich. Futter für Roloß. Von H. Rehring. — Bäderchau: Friedrich Müderl, Volkstümliche Notizbuch. Johannes B. Jensen, Der Gleitiger. — Neue Blätter: Kinostreif.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Briefkasten der Expedition.

Wethwasser. Sie können dieselbe von uns direkt per Kreuzband beziehen pro Roman 2 M. bei vorheriger Einzahlung des Betrages.

Marktbericht von Berlin am 24. April 1912. nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktschallenspreise. (Kleinsthandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Roden 34,00—50,00. Spelzbohnen, weiße, 30,00—55,00. Wiesen 40,00—50,00. Antonsen (Reinhold) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom Rinde 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,00. Sammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,80—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Rote 1,50—3,20. Jander 1,00—3,00. Pecher 1,40—2,80. Parage 1,00—2,00. Schote 1,40—3,20. Weiz 0,80—1,50. 60 Stück Äpfel 4,00—60,00.

Witterungsbericht vom 25. April 1912.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Temper. in C.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Temper. in C.
Schwandau	767,8	Schwab	bb	8	Dahrantha	765,8		2 wolkig	6
Hamburg	768,8	Westwind	11	Petersburg	763,8		1 wolkig	1	
Berlin	767,8	Westwind	13	Saßu	767,8		Westwind	11	
Kranla. W.	768,8	Westwind	12	Usterben	773,8		2 wolkig	8	
München	765,8	Westwind	7	Paris	765,8		2 wolkig	8	
Wien	768,8	Westwind	8						

Wetterprognose für Freitag, den 26. April 1912. Vielwolke heiter und am Tage warm bei ziemlich lebhaften nördlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Dem Ausführenden: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wack, Berlin. Für den